

> **(Un-)Recht**

Anna Magdalena Geiger

DIE STICHHALTIGKEIT DER WIDERLEGUNG DES POLOS IN PLATONS GORGIAS

Dawit T. Alemu

SWIM TOGETHER OR SINK TOGETHER

Is Reconciliation Possible Between Hamas and Fatah?

Vinzenz Greiner

INTERACTIO - ANIMADVERSIO - IMAGO

Der slowakisch-ungarische Konflikt aus der Perspektive des Sozialkonstruktivismus
nach Alexander Wendt

Marcel Lehmann

SOZIALE VORAUSSETZUNGEN UND DYNAMIKEN VON REVOLTEN UND PROTEST- BEWEGUNGEN

Eine Analyse des 21. Jahrhunderts

Liebe Leserin, lieber Leser,

herzlich willkommen zur zweiten PJS-Ausgabe 2013!

Die Frage nach dem, was (Un-)Recht ist, ist in jeglicher Hinsicht existenziell – sie stellt sich nicht nur in Hinblick auf die Ordnung zwischen Staaten, sondern ist auch bei der Gestaltung von Beziehungen zwischen Gruppen und Individuen untereinander von Bedeutung und zeigt sich letztlich auch beim Verhältnis zu sich selbst. So, wie sich die Gerechtigkeitsfrage auf unterschiedliche Art auf diesen drei Ebenen widerspiegelt, so befassen sich auch die vier Beiträge dieser PJS-Ausgabe auf je eigene Weise mit der angemessenen Unterscheidung von Recht und Unrecht.

Anna Magdalena Geiger untersucht in „Die Stichhaltigkeit der Widerlegung des Polos in Platons Gorgias“ eine zentrale Stelle der sokratisch-platonischen Philosophie. Sie weist nach, dass die Einwände gegen Sokrates' These „Unrecht tun ist schlimmer als Unrecht leiden“ nicht haltbar sind und dieses Prinzip folglich auch heute noch Gültigkeit besitzt. Dawit T. Alemu richtet in seiner Arbeit „Swim Together or Sink Together: Is Reconciliation Possible Between Hamas and Fatah?“ den Blick auf den Nahostkonflikt. Er analysiert die Spannungen zwischen Hamas und Fatah mithilfe des klassischen Realismus nach Morgenthau und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sich der innerpalästinensische Konflikt erst unter Berücksichtigung der internationalen Machtkonstellation erfassen lässt. Vinzenz Greiner befasst sich in seiner Arbeit ebenfalls mit einem Konflikt auf internationaler Ebene, wählt dafür aber einen anderen theoretischen Zugang als Alemu. In „Interactio, Animadversio, Imago. Der slowakisch-ungarische Konflikt aus der Perspektive des Sozialkonstruktivismus nach Alexander Wendt“ gelingt es Greiner aufzuzeigen, dass der Sozialkonstruktivismus das Handeln Ungarns und der Slowakei plausibel erklären kann. Denn im Gegensatz zu rationalistischen Theorien ermöglicht es ein konstruktivistischer Ansatz, das auf beiden Seiten als Unrecht empfundene Vorgehen der jeweils anderen Partei zu erfassen. Unrecht sorgt nicht nur für Konfliktpotential zwischen Staaten, sondern kann auch zu gesellschaftlichen Protesten führen. Damit befasst sich Marcel Lehmann in „Soziale Voraussetzungen und Dynamiken von Revolten und Protestbewegungen – Eine Analyse des 21. Jahrhunderts“. In seiner soziologischen Studie analysiert er das Verhältnis von kritisiertem System und Protestbewegung mit Hilfe von Luhmanns Systemtheorie.

Auch wenn diese Auswahl an Beiträgen nur die Mannigfaltigkeit der Phänomene verdeutlichen kann, hoffen wir doch, dass damit ein erster Schritt hin zu einem besseren Verständnis von (Un-)Recht unternommen wurde.

Wir wünschen euch viel Vergnügen bei der Lektüre!

Eure PJS-Redaktion

| | |
|--------|---|
| 6 ... | <i>Anna Magdalena Geiger</i> DIE STICHHALTIGKEIT DER WIDERLEGUNG DES POLOS IN PLATONS GORGIAS |
| 20 ... | <i>Dawit T. Alemu</i> SWIM TOGETHER OR SINK TOGETHER Is Reconciliation Possible Between Hamas and Fatah? |
| 34 ... | <i>Vinzenz Greiner</i> INTERACTIO - ANIMADVERSIO - IMAGO Der slowakisch-ungarische Konflikt aus der Perspektive des Sozialkonstruktivismus nach Alexander Wendt |
| 52 ... | <i>Marcel Lehmann</i> SOZIALE VORAUSSETZUNGEN UND DYNAMIKEN VON REVOLTEN UND PROTESTBEWEGUNGEN Eine Analyse des 21. Jahrhunderts |
| 62 ... | Impressum |

Global gedacht: Internationale Beziehungen bei Nomos



Macht und Widerstand in der globalen Politik

Herausgegeben von Julian Junk
und Christian Volk

2013, 176 S., brosch., 29,- €, (Sonderpreis für Mitglieder der DGfP 10,- €)
ISBN 978-3-8487-0164-3

(Veröffentlichungen der Deutschen
Gesellschaft für Politikwissenschaft
(DGfP), Bd. 30)

www.nomos-shop.de/20321

Der Band untersucht das Zusammenspiel von Macht und Widerstand in der globalen Politik. Die Beiträge analysieren aus theoretischer, empirischer oder historischer Sicht die Heterogenität der Formen von Macht und Widerstand, die Vielfalt der Akteure sowie die Frage nach der Normativität von Widerstandsforschung.



Europäische Außen- und Sicherheitspolitik – (k)ein Thema für die Öffentlichkeit?

Die außen- und sicherheitspolitische Rolle der EU im Blickwinkel von öffentlicher Meinung und Medien

Mit einem Geleitwort von Elmar Brok

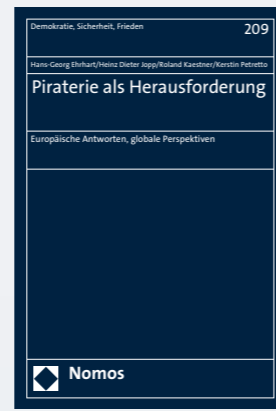
Von Carolin Rieger

2012, 370 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-0041-7

(Staatlichkeit und Governance in
Transformation, Bd. 5)

www.nomos-shop.de/20112

Die Studie unternimmt erstmals eine systematische Analyse der Frage, wie Unionsbürger und Medien die internationale Rolle der EU wahrnehmen. Unterstützt die Öffentlichkeit die EU-Außen- und Sicherheitspolitik? Können GASP und GSVP als Identität und Legitimität stiftendes Narrativ dienen? Mit einer innovativen Methodik beantwortet das Buch diese Fragen.



Piraterie als Herausforderung

Europäische Antworten,
globale Perspektiven

Von Hans-Georg Ehrhart,
Heinz Dieter Jopp, Roland Kaestner
und Kerstin Petretto

2013, 214 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-0247-3

(Demokratie, Sicherheit, Frieden,
Bd. 209)

www.nomos-shop.de/20519

Piraterie gilt als eine der Geißeln der Menschheit. Die internationale Gemeinschaft inklusive EU und Deutschland haben sich zum Ziel gesetzt, diesem Problem mit einem komplexen Ansatz zu begegnen. Die Autoren untersuchen, wie Deutschland und die EU auf die Herausforderung der Piraterie reagiert haben und zeigen, wie sich die maritime Gewalt in Zukunft entwickeln könnte.

Passauer Politiktage zum vierten Mal an der Universität Passau

In der Woche zwischen dem 24. und 29. Juni 2013 finden zum vierten Mal die Passauer Politiktage der Hochschulgruppe „GoverNET – Staatswissenschaften Passau e. V.“ an der Universität Passau statt. Die diesjährige Veranstaltungsreihe nähert sich in drei Fachgesprächen und einer großen Podiumsdiskussion dem Thema „Eine Frage der Verantwortung – Deutschland zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ und reagiert damit auf Zeiten kontroverser Rüstungsexporte, einer krisengebeutelten EU und zunehmender struktureller Veränderungen der deutschen Gesellschaft.

Ziel der Passauer Politiktage 2013 ist eine wissenschaftlich fundierte und doch auch praxisbezogene Auseinandersetzung mit der Verantwortung Deutschlands in den Bereichen Außenpolitik, Europa sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik. Zu Deutschlands Verantwortung als internationalem Akteur diskutiert am Montag, den 24. Juni 2013 beim Fachgespräch zur Außenpolitik der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus zusammen mit dem renommierten Politologen Prof. Dr. Hanns W. Maull sowie SWR-Reporter Martin Durm. Am Mittwoch, den 26. Juni 2013 schließt sich das Fachgespräch zu Europa mit dem Generalkonsul Großbritanniens Paul Heardman an. Deutschlands Verantwortung als nationaler Akteur wird am Donnerstag, den 27. Juni 2013 im Rahmen einer Veranstaltung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik thematisiert, bei der Prof. Dr. Stefan Bauerschuster über die Ergebnisse seiner Forschung am ifo Institut München zu den Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen referiert. Die abschließende Podiumsdiskussion am Samstag, den 29. Juni 2013 sucht mit hochrangigen Vertretern der Bundestagsparteien wie Dr. Gregor Gysi und Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer realistische Lösungswege zur Behebung der aufgeworfenen Herausforderungen.



PASSAUER POLITIKTAGE 2013

„GoverNET – Staatswissenschaften Passau e. V.“ ist die Hochschulgruppe der Studiengänge B.A. / M.A. „Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ an der Universität Passau und seit Juli 2009 ein eingetragener Verein mit ca. 200 Mitgliedern. Seit 2009 organisieren Mitglieder der Hochschulgruppe die Passauer Politiktage, die diesjährig von Björn Dohl und Tihomir Vrdoljak sowie ihrem rund 40-köpfigen Team vorbereitet werden.

Zeit und Ort der Veranstaltungsreihe werden noch bekanntgegeben.

Kontakt

Elena Wasserheß
Ressortleiterin Öffentlichkeitsarbeit
GoverNET – Staatswissenschaften Passau e. V.

E-Mail: presse@politiktage-passau.de
Fon: +49 176 32800925



Anna Magdalena Geiger

DIE STICHHALTIGKEIT DER WIDERLEGUNG DES POLOS IN PLATONS GORGIAS

Anna M. Geiger

B.A. European Studies,
Universität Passau,
Studium abgeschlossen,
alena.geiger@gmx.de

Dieser Beitrag
beruht auf einer
Hauptseminararbeit
im Fachbereich
Politische Theorie und
Ideengeschichte.

Abstract

„Ist doch auch das, worüber wir streiten, nichts Kleines, sondern fast wohl dasjenige, worin etwas zu wissen das schönste, nicht zu wissen aber ganz schimpflich ist. Denn das Wesentliche davon ist doch entweder einzusehen oder nicht einzusehen, wer glücklich ist und wer nicht“ (472c). Diese Aussage des Platon im Gorgias bezieht sich auf die Frage, was schlimmer ist, Unrecht zu tun oder Unrecht zu leiden. Doch nicht nur im Hinblick auf diese Frage bezieht Sokrates eine kontroverse Stellung, indem er angibt, das Unrecht leiden sei das Üblere von beidem, sondern darüber hinaus vertritt er auch noch die Meinung, dass derjenige, der nach vollbrachtem Unrecht keine Strafe leide, unglücklicher sei als derjenige, der bestraft werde. Polos hingegen, mit dem er diese Fragen erörtert, bezieht eine entgegengesetzte Position, wird aber im Laufe des Dialoges von Sokrates widerlegt. Diese Widerlegung sowie die Argumentation des Sokrates wird in der Sekundärliteratur häufig kritisiert, weswegen der folgende Aufsatz die einzelnen Argumente untersucht und auf ihre Stichhaltigkeit prüft.

Einführung

„Recht also hatte ich, dass weder ich noch du, noch sonst ein Mensch lieber würde Unrecht tun wollen als Unrecht leiden; denn es ist übler.“ (Gorgias 475e)¹

Mit diesem berühmten Satz (vgl. Friedländer, 1957: 237) beendet Sokrates in Platons Gorgias den ersten Teil seiner Widerlegung des Polo. Sokrates erklärt Polos in diesem Dialog, dass er selbst, wenn er auch keines von beidem gerne tun würde, dennoch das Unrecht leiden dem Unrecht tun vorziehen würde (469c). In der Tat führte Sokrates sein Leben gemäß dieser Aussage (vgl. ebd.). Ein Beispiel hierfür findet sich in seiner Weigerung, der Willkür der dreißig Tyrannen Folge zu leisten, die die Hinrichtung des Leon aus Salamis angeordnet hatten (vgl. Zehnpfenig 2001: 17). Doch vor allem in seinem Sterben lebte Sokrates diese Wahrheit. Es ist vorstellbar, dass Persönlichkeiten wie Sokrates oder Platon im Begehen von Verbrechen eine Handlung sehen, die sie in keiner Weise tolerieren und dass sie jegliche Art von Leiden dem Unrecht tun vorziehen (vgl. Grote 1990: 105). Dennoch stellt sich die Frage, ob es Sokrates gelingt, diesem Grundsatz, den er in seinem eigenen Leben befolgte, im Gorgias während seines Streitgesprächs mit Polos in einer objektiven Untersuchung allgemeine Gültigkeit zu verleihen und ob seine Widerlegung des Polos, der selbst der Meinung ist, Unrecht leiden sei schlimmer als Unrecht tun (473a), in sich schlüssig ist, oder ob man mit den Worten von H. Gauss „nicht darum herum [kommt], in diesem Beweisgang etwas Künstliches zu spüren“ (Gauss 1956: 54). Eine noch drastischere Meinung vertritt zum Beispiel G. Grote, indem er feststellt, dass Sokrates in diesem Versuch scheitert (vgl. Grote 1990: 105). Die Widerlegung des Polos wird in der Sekundärliteratur häufig kritisiert und erscheint vielen Lesern als nicht überzeugend. Die Frage nach der Wahrheit der Aussage, dass es für den Ausführenden selbst besser ist, Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun, ist nicht nur im Gorgias, sondern darüber hinaus im Leben eines jeden Menschen entscheidend oder wie Kallikles es ausdrückt:

„Sag mir Sokrates, sollen wir annehmen, daß du jetzt im Ernst redest oder scherzest? Denn wenn du es ernst meinst und wenn das, was du sagst, auch wirklich zuträfe, wäre dann nicht unser menschliches Leben geradezu umgestürzt und wir täten überall das Gegenteil von dem, was wir sollen?“ (481 b,c)

Daher scheint die Frage nach der Stichhaltigkeit der Widerlegung des Polos durch Sokrates von enormer Bedeutung und soll in der vorliegenden Arbeit geprüft werden. Hierzu wird zunächst die Schlüssigkeit der Widerlegung des Polos in seiner Annahme, Unrecht leiden sei schlimmer als Unrecht tun (474c), betrachtet. Der größte Kritikpunkt im Bezug auf diesen ersten Teil der Widerlegung ist die sokratische Definition vom Schönen. Es wird zudem auf die Frage eingegangen, für wen das Unrecht tun schlimmer ist, für den, der es tut oder für den, der es leidet. Der Einwand, dass aus den logischen Prämissen dieser Widerlegung ein anderer Schluss erzwungen werden kann, wird betrachtet und das von Polos gegebene Beispiel des Verbrechers Archelaos wird thematisiert. Im Anschluss wird der zweite Teil der Widerlegung, in welchem Sokrates beweist, dass es das größte Übel für den Unrecht tuenden ist, keine Strafe zu erleiden (476a), genauer betrachtet. Hierzu sollen die Schlechtigkeit der Seele sowie die Strafe und ihr Zweck untersucht werden. Abschließend im Hinblick auf den zweiten Teil der Widerlegung folgt eine Auseinandersetzung mit der von Sokrates aufgestellten Korrelation von Tun und Leiden. In einem letzten Punkt wird die Inkonsequenz des Polos erläutert, wozu die Bedeutung des Gespräches mit Polos für den gesamten Dialog mit einbezogen werden soll.

Unrecht tun ist schlimmer als Unrecht leiden

Sokrates stellt in seinem Gespräch mit Polos die These auf, dass Unrecht tun das größte aller Übel sei (469b) und schlimmer als Unrecht Leiden (473a). In einem zweiten Schritt behauptet er, dass der, welcher ungestraft Unrecht begeht, unglücklicher sei als der, welcher bestraft wird (472e). Polos teilt diese Ansicht nicht, sondern ist im Gegenteil davon überzeugt, dass das Unrecht leiden schlimmer sei als das Unrecht tun (474c). Nichtsdestotrotz gesteht er ein, dass das Unrecht-

¹ Übersetzung in Hildebrandt, Kurt (Hg.) (2009): Platon. Gorgia. Übersetzt von Friedrich Schleiermacher. Ditzingen: Reclam.

tun das Hässlichere von beiden ist (474c). Es wird also unterschieden zwischen übel und hässlich beziehungsweise zwischen gut und schön. Im Anschluss definiert Sokrates das Schöne über eine Lust, die es hervorruft oder aufgrund eines Nutzens oder aufgrund beider Eigenschaften (474e) und analog dazu das Hässliche über Unlust beziehungsweise Schmerz, Übel oder beides (475a). Daraus ergibt sich, dass von zwei hässlichen Dingen das eine das andere an Hässlichkeit übertrifft, indem es dieses an Schmerz, an Übel oder an beidem übertrifft (475b). Wenn nun aber das Unrecht tun hässlicher ist als das Unrecht leiden, so muss es dieses in einem der genannten Kriterien übertreffen. Da das Unrecht tun nicht mehr Schmerzen hervorruft als das Unrecht leiden, kann es dieses nicht an Schmerz übertreffen, woraus sich ebenso ergibt, dass es dieses nicht an beidem übertreffen kann (475c). Folglich übertrifft das Unrecht tun das Unrecht leiden an Übel, es ist übler als das Unrecht leiden und der erste Teil der sokratischen These ist bewiesen.

Die Definition vom Schönen

Zunächst soll die Definition, die Sokrates von Schönheit gibt, genauer betrachtet werden, da diese in der Sekundärliteratur sehr häufig kritisiert wird:

„Freilich, und sehr schön erklärst du jetzt, Sokrates, indem du das Schöne nach der Lust und dem Guten bestimmst.“ (475a)

H. Bonitz sieht den Fehler in der Beweisführung des Sokrates darin, dass sie nur möglich ist, weil der Begriff ‚kalós‘ ‚etwas Schwankendes hat‘ (Bonitz 1968: 22) und sich Sokrates diese Ungenauigkeit zu eigen macht, um seinen Gegner zu den von ihm erwünschten Zugeständnissen zu zwingen (vgl. ebd.). Er führt allerdings nicht genauer aus, inwiefern die Bedeutung dieses Begriffes schwankend ist, wodurch seine Kritik wenig überzeugend wirkt (vgl. Gauss 1956: 53; Reiner 1957: 550). Überzeugender sind an dieser Stelle die Ausführungen von P. Stemmer, der anmerkt, dass der Begriff des Schönen zunächst nur ästhetisch verstanden wird, dann aber in seiner Bedeutung auf das moralisch Schöne ausgeweitet wird (vgl. Stemmer 1985: 505.). Wenn man die Beispiele betrachtet, die Sokrates anführt, um seine Definition vom Schönen als das Gute oder Nützliche zu untermauern, ist es in der Tat so, dass zunächst Körper, Gestalten, Farben und

Töne betrachtet werden (474d,e) und anschließend das Schöne dieser Art auch auf Gesetze, Berufsarten und Wissenschaften bezogen wird (474e-475a). Auch im Bezug auf Gesetze soll das Schöne entweder nützlich oder angenehm sein (474e). Stemmer kritisiert, dass im Hinblick auf Gesetze oder Handlungen nicht mehr eine ästhetische Schönheit gemeint sein kann, sondern ein moralisches Verständnis von schön zugrunde gelegt werden muss (vgl. ebd.). Ästhetisch schön im Sinne von angenehm und nützlich könne nicht ohne Weiteres auf etwas moralisch Schönes übertragen werden, auch wenn Polos, ohne zu überlegen, dieser Begriffserweiterung zustimme (vgl. ebd.). Interessant ist diese Feststellung vor allem deshalb, weil Stemmer zu Beginn seines Aufsatzes selbst anmerkt, dass etwas, „was aus einer bestimmten Perspektive anderem vorzuziehen ist“ (ebd.: 501), als ‚kalós‘ bezeichnet wird. „Eine solche Perspektive kann eine ästhetische oder eine moralische sein [...]“ (ebd.). Dementsprechend ist die Kritik an der Begriffserweiterung wenig überzeugend, wenn Stemmer doch selbst zugibt, dass ‚kalós‘ beides bedeuten kann, zumal auch Polos, wie aus dem Zitat oben hervorgeht, dieser Begriffsdefinition freudig zustimmt.

Gauss ist der Meinung, dass die Definition des Schönen an dieser Stelle schlüssig ist und führt als Argument dafür die Tatsache an, dass der späte Platon sie aufrechterhält (vgl. Gauss 1956: 53). Im zweiten Buch der Gesetze wird das Schöne als das bezeichnet, was entweder angenehm ist oder eine innere Richtigkeit aufweist oder einen Nutzen hat (Nomoi 667b).²

Dem kann allerdings entsprechend der Ansicht G. Grotes entgegengehalten werden, dass im Hippias Maior diese Definition verworfen wird (vgl. Grote 1990: 107f):

„Wie sich also herausstellt, steht es um unsere Behauptung, daß das Nützliche und das heißt: das zum Tun von etwas Gutem Brauchbare und Fähige, das Schöne sei, eine Behauptung, die eben noch die schönste zu sein schien, nicht so, sondern sie ist, wenn das möglich, noch lächerlicher als die früheren [...]“ (Hippias Maior 297d)³

Der Grund für die Verwerfung der Definition von schön als nützlich im Hippias Maior liegt für Sok-

² Übersetzung in Loewenthal, Erich (Hg.) (1969): *Die Gesetze* (215-665). Übersetzt von Eduard Eyth. 6. Auflage. Köln, Olten: Jakob Hegner (Platon Sämtliche Werke, III).

rates darin, dass das Nützliche Gutes bewirkt, also die Ursache des Guten ist, und somit das Schöne die Ursache des Guten sein soll, das Gute also durch das Schöne entsteht. Die Ursache und das Entstehende können aber nicht identisch sein und somit kann das Schöne nicht das Nützliche sein. Dennoch ist die Auswirkung der Verwerfung dieser Definition im Hippias Maior für die Frage nach der Stichhaltigkeit der Widerlegung des Polos im Gorgias differenziert zu betrachten: Tatsächlich wird das Schöne im Gorgias von Sokrates als das Nützliche beschrieben und Polos fasst es dann im Guten zusammen. Es wird also genau die Definition aufgestellt, die im Hippias Maior verworfen wird. Zwar wird die Frage nach dem wahren Verfasser des Hippias Maior kontrovers diskutiert, doch, auch wenn das besagte Werk nicht von Platon selbst verfasst worden wäre, folgt es in seiner Argumentation nach allgemeiner Ansicht so sehr der platonischen Denkweise, dass es dennoch als sein Werk aufgefasst werden kann (vgl. ebd.: 111). Berücksichtigt man dann die Tatsache, dass eben jener zweite Teil der Definition des Schönen als das Gute im Gorgias ausschlaggebend ist, denn das Unrecht tun überwiegt nicht an Unlust sondern an Übel, gewinnt der Einwand an Überzeugungskraft.

Dennoch genügt die Verwerfung der Definition im Hippias Maior nicht, um die ganze Argumentation des Sokrates im Gorgias als gescheitert anzusehen. Es muss nämlich berücksichtigt werden, dass zum einen diese Definition vom Schönen in den Gesetzen, wie bereits dargelegt, aufrechterhalten wird. Zum anderen endet der Hippias Maior, ohne überhaupt eine positive Definition vom Schönen geben zu können, und verwirft alles scheinbare Wissen. Im Gorgias aber beschränkt sich Sokrates, aufgrund der besonderen Beschaffenheit des Dialoges, nicht auf die Prüfung des Wissens seiner Gesprächspartner. Er stellt selbst die These auf, dass Unrecht tun schlimmer ist als Unrecht leiden und beweist diese dann. Er prüft an dieser Stelle also nicht eine Definition des Schönen, von der Polos glaubt, dass sie wahr sei, sondern gibt die Definition. Es wäre die Aufgabe des Polos, diese auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Dass Polos nun nicht die gleiche Spitzfindigkeit

aufweist wie Sokrates im Hippias Maior, liegt an seinem Charakter, der nicht von derselben Entschlossenheit gezeichnet ist wie der des Kallikle Dies soll dem Vorwurf Grotes, Platon würde je nach seinem Anliegen Einwände für eine Definition finden oder nicht (vgl. Grote 1992: 108), entgegengehalten werden. Schließlich überzeugt der Einwand, dass die hier angeführte Definition vom Schönen im Hippias Maior verworfen wird, nicht.

Einen weiteren Einwand im Hinblick auf die verwendeten Begriffe zur Definition des Schönen liefert H. Reiner. Er kritisiert wie Stemmer eine unbemerkte Begriffsveränderung, sieht diese aber nicht in der Übertragung des ästhetisch Schönen auf das moralisch Schöne. Reiner stellt fest, dass das Lustgefühl, welches Sokrates beschreibt, zunächst beim Betrachten empfunden wird (vgl. Reiner 1957: 552). Körper sind in Beziehung auf eine Lust schön, die der Anschauende durch das Anschauen empfindet. (Gorgias 474d) Wenn Sokrates im Anschluss über Gesetze oder Berufe spricht, spezifiziert er aber nicht mehr, inwiefern diese eine Lust hervorrufen:

„Ferner das Schöne, was sich auf Gesetze und Berufsarten bezieht, fällt doch nicht jenseits dieser Bestimmung, daß es entweder nützlich sei oder angenehm oder beides?“ (474e)

Reiner sieht hier eine Begriffserweiterung über den visuellen Bereich hinaus, die sich im Folgenden zu einer Begriffsverschiebung weiterentwickle, wenn Polos zugestehe, dass Unrecht leiden unlustvoller sei als Unrecht tun (vgl. ebd.: 552f). Polos mache dieses Zugeständnis, weil er der Ansicht sei, dass das Unrecht tun keine physischen Schmerzen mit sich bringe, wohl aber das Unrecht leiden (vgl. ebd.: 553). Nun war zuvor die Lust zunächst als Empfindung beim Betrachten gesehen worden, die Unlust soll nun aber physischer Schmerz sein, was durchaus eine Begriffsverschiebung darstellt. Reiner schlussfolgert, dass Polos, wenn er weiterhin von der Unlust beim Betrachten ausginge, das Unrecht tun als unlustvoller wahrnehmen würde, denn es würde Scham oder Reue im Betrachter hervorrufen (vgl. ebd.). Ginge man von einem außenstehenden Betrachter aus, würde dieser Entrüstung oder Empörung empfinden und somit ebenso das Unrecht tun als unlustvoller ansehen (vgl. ebd.). Diese Feststellungen erscheinen an mehreren Stellen nicht ganz schlüssig. Betrachtet man zunächst denjenigen,

³ Übersetzung in Heitsch, Ernst (2011): *Platon Werke. Übersetzung und Kommentar. Größerer Hippias Hg. v. Ernst Heitsch und Carl Werner Müller. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (VII 1).*

der das Unrecht ausführen würde, in diesem Fall Polos, so ist es wenig überzeugend anzunehmen, dass dieser Reue für seine Tat empfindet, denn er beweist ja zuvor in seiner Lobrede auf Archelaos, dass er selbst das Unrecht dem Unrechtleiden vorziehen würde, um sich zu bereichern, und nur aufgrund seiner Kenntnis von gesellschaftlichen Moralvorstellungen und der Angst vor einer öffentlichen Verurteilung vor einer solchen Tat zurückschreckt.

Zudem hält Reiner am Begriff der Unlust im visuellen Sinne fest, um dann zu argumentieren, dass Polos beim Betrachten des Unrechttuns Reue oder Scham empfinde. Es ist nicht einleuchtend, wie diese Empfindungen auf visuelle Unlust zurückzuführen sind. Auch hier muss eine Begriffserweiterung antizipiert werden, die sich vom reinen Betrachten von Farben oder Gestalten auf das Betrachten von Handlungen und eine moralische Bewertung dieser ausdehnt. Dies trifft vor allem im Hinblick auf Reue und Scham vor sich selbst zu. Doch meint Reiner vermutlich die Scham, die Polos vor seinen Mitmenschen empfinden würde, wenn er selbst Unrecht täte. Ist dies der Fall, fasst auch Reiner den Begriff der Unlust ausgesprochen weit, denn bei dieser Art von Emotion ist nicht mehr an eine Unlust beim Betrachten zu denken. Schließlich bleibt zu überlegen, ob, würde man diese Begriffserweiterung akzeptieren, diese Art der Unlust, die Polos dann empfinden würde, tatsächlich die Unlust, die er beim Unrechtleiden empfinden würde, überträfe.

Es ist überzeugender, im Allgemeinen eine Begriffserweiterung zu akzeptieren und zu verteidigen und nicht die Unlust beim Betrachten zu suchen. Es findet definitiv eine Begriffserweiterung statt, denn Sokrates spricht von physischen Schmerzen und nicht von Unlust beim Betrachten, wenn er fragt, ob das Unrecht dem Unrechtleiden an Schmerzen übertrifft (475c). Wie schon zuvor Stemmer entgegengehalten wurde, scheint es wenig plausibel, an einer so beschränkten Bedeutung einzelner Worte festzuhalten. Lust, auch wenn zunächst die visuelle Lust als Beispiel herangezogen wird, beinhaltet doch weit mehr, als nur ein angenehmes Gefühl beim Betrachten. Zudem führt Sokrates ständig Beispiele aus verschiedenen Bereichen an, die seine Argumentation verständlicher machen und die allgemeine Gültigkeit einer Aussage beweisen sollen. So können auch an dieser Stelle

die verschiedenen Beispiele (Farben, Gestalten, Berufe etc.) als Beispiele seiner grundsätzlichen Definition des Schönen angesehen werden und nicht, wie Reiner und Stemmer annehmen, die Beschreibung des Schönen bei Farben und Gestalten als die eigentliche Definition und die weiteren Ausführungen als Erweiterung von dieser. Daher ist auch das Hässliche über eine Unlust definiert, die sowohl visuelle beziehungsweise ästhetische Aspekte als auch physische und moralische mit einschließt. Auch Polos erklärt sich hiermit einverstanden, denn er widerspricht Sokrates nicht, wenn dieser statt Unlust den Begriff der Schmerzen verwendet. (475c)

Ein Aspekt der Kritik Reiners wurde bislang vernachlässigt: Reiner bezieht auch die Gefühle mit ein, die ein Außenstehender beim Betrachten potentiell empfindet. Dies berührt die Frage, für wen das Unrecht hässlicher sein soll als das Unrechtleiden, für den Ausführenden, für den Erleidenden oder für einen Betrachter. Diese Thematik wird häufig diskutiert und die Annahme, dass Sokrates sich ausschließlich auf den Ausführenden beziehe, wird kritisiert, wie im folgenden Punkt dargestellt werden wird.

Kritik an der Frage, für wen das Unrecht tun schlimmer ist

„[W]elche die Wesen sind, denen das verübte Unrecht Schaden zufügt, ob die Unrechtübenden und nicht viel mehr die Unrechtleidenden, die Entscheidung darüber vermag keine dialektische Schwarzkunst aus jenem Urteil hervorzuzaubern.“ (Gomperz 1912: 281)

Diese These stellt Th. Gomperz im Hinblick auf die Widerlegung des Polos durch Sokrates auf. Die Frage, für wen das Unrecht tun schlimmer ist, für den, der es ausführt oder für den, der es erleidet, wird oftmals als ungeklärt angesehen. Daher lautet die Kritik an der Beweisführung, dass diese zwar auf logisch stringenten Schritten beruhe und somit beweist, dass Unrecht tun schlimmer ist als Unrechtleiden, dass das Ergebnis aber keinesfalls bedeute, dass Polos selbst nun das Unrecht tun für übler ansehen muss. Dementsprechend bemängelt auch Grote, dass Sokrates zwar beweisen will, dass Unrecht tun für den Täter schlimmer ist als Unrechtleiden, ihm dies aber in keiner Weise gelingt (vgl. Grote 1992: 108). Grote argumentiert,

dass aus der Perspektive des Unrechtleidenden Unrecht tun offensichtlich schlimmer ist als Unrechtleiden, dass Platon dieses Argument aber vernachlässigt (vgl. ebd.: 109). Hager bemerkt hierzu sehr treffend, dass durchaus aus der sokratischen Argumentation hervorgeht, dass Unrecht tun für den Tuenden schlimmer ist als Unrechtleiden und nicht für den Leidenden, denn würde die Beurteilung aus Sicht des Leidenden stattfinden, würde dieser sich ja nicht mehr auf das Unrecht tun beziehen, sondern auf das Unrechtleiden (vgl. Hager 1970: 52). Mit anderen Worten, für den Unrechtleidenden ist das Unrecht tun schlimmer, nicht, weil er es tut, sondern, weil er es leidet. Doch Sokrates gibt ganz klar zu verstehen, dass für den Unrecht tuenden das Unrecht tun schlimmer ist.

Dementsprechend kann auch Reiner, der die Frage, was schlimmer ist, von einem außenstehenden Betrachter beurteilen lässt (vgl. Reiner 1957: 553), vorgehalten werden, dass Sokrates keine außenstehenden Betrachter erwähnt. Im Gegenteil bringt er sehr deutlich zum Ausdruck, dass er den Ausführenden selbst meint: „Laß uns zuerst betrachten, [...] ob die Unrecht tuenden größere Schmerzen haben als die Unrechtleidenden.“ (475b,c) An dieser Stelle kritisiert Reiner die Erweiterung des Begriffes von Unlust auf Schmerzen und will den Begriff auf die Unlust beim Betrachten zurückführen (vgl. ebd.). Er argumentiert, man könne beim Betrachten eines Verbrechens Gefühle wie Entrüstung oder Empörung empfinden (vgl. ebd.). Dies kann nicht im Sinne Sokrates sein, der präzise angibt, dass gefragt ist, ob der Unrecht tuende größere Schmerzen habe als der Unrechtleidende. (475c)

Folglich geht aus dem Text, der den Überlegungen zugrunde gelegt werden sollte, deutlich hervor, dass das Unrecht tun für denjenigen, der es tut, schlimmer ist als das Unrechtleiden, und man kann sich hier weder auf den Leidenden noch auf einen Außenstehenden beziehen und die Kritik von Gomperz, die zu Beginn zitiert wurde, sowie von Grote und Reiner ist unangebracht.

„Unrecht tun ist schlimmer“ als das einzige mögliche Ergebnis

Einen Einwand zur Widerlegung des Polos findet man bei Friedländer. Er argumentiert, dass man mit der von Sokrates gegebenen Definition des Schönen auch eine „umgekehrte Deduktion“

(ebd.) herbeiführen könnte: „wenn Unrecht tun ‚besser‘ oder ‚gut‘ ist, das Gute aber sich dem Schönen einordnet, so ist Unrecht tun zugleich ‚schön‘“ (ebd.). Diese Schlussfolgerung erscheint doch sehr gewagt. Polos sagt nie, dass Unrecht tun ‚besser‘ ist als Unrechtleiden, sondern nur, dass Unrechtleiden schlimmer ist als Unrecht tun. Daraus kann geschlossen werden, dass Polos das Unrecht tun dem Unrechtleiden vorziehen würde, sprich, es als das kleinere Übel betrachtet. Man kann aber nicht daraus schließen, dass er es als ‚besser‘ im Sinne von ‚gut‘ ansieht, wie Friedländer es ihm in den Mund legt (vgl. ebd.).

Jedoch muss untersucht werden, ob die „umgekehrte Deduktion“ (ebd.) bei Verwendung der im Dialog vorkommenden Begriffe möglich ist, um Friedländers Einwand in seinem ganzen Ausmaß zu bewerten: Sokrates definiert das Hässliche über das Übel oder die Unlust. (475a) Ist nun eine Handlung hässlicher als die andere, so übertrifft sie diese an Übel oder Unlust. (475b) Polos bezeichnete das Unrecht tun als hässlicher, das Unrechtleiden als übler. (474c) Ist nun das Unrechtleiden übler als das Unrecht tun, wie Polos angibt, ist fraglich, ob dann auch gelten muss, dass es dieses an Hässlichkeit übertrifft, wie Friedländers Einwand vermuten lässt (vgl. ebd.). Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit dies der Fall ist. Erstens, muss die Gleichung hässlich bedeutet übel oder unangenehm oder beides im Umkehrschluss gültig sein: übel bedeutet hässlich oder unangenehm oder beide. Einen Einwand gegen diesen Umkehrschluss findet man im Hippias Maior, der, wie zuvor erörtert, das Schöne als Ursache des Guten angibt. Ist nun das Gute Resultat des Schönen oder anders, entsteht das Gute aus dem Schönen, kann nicht umgekehrt das Schöne aus dem Guten entstehen und so, um es auf das betrachtete Beispiel zu übertragen, auch das Hässliche nicht aus dem Übel. Denn die Ursache und das Entstehende sind nicht gleichzusetzen, wie Sokrates im Hippias Maior argumentiert. (Hippias Maior 297a-c) Zwar wurde die Definition des Schönen, die im Gorgias gegeben wird, bereits diskutiert und befunden, dass sie trotz ihrer Verwerfung im Hippias Maior hier als wohl begründet angesehen werden kann. Dennoch kann man den Einwand, der nicht gegen die Definition per se geltend gemacht werden soll, gegen diese Gleichung, die gelten muss, um eine „umgekehrte Deduktion“ (ebd.) herbeizuführen, anbringen.

Doch selbst wenn man diesen Einwand unberücksichtigt lässt und der Gleichung Gültigkeit zuspricht, muss eine zweite Voraussetzung erfüllt sein. Nimmt man an, dass übel hässlich oder unangenehm oder beides bedeutet, und dass das Unrechtleiden übler ist als das Unrecht, so muss es dies sein, weil es jenes an Unlust oder Hässlichkeit oder beidem übertrifft. Dies folgt aus der Schlussfolgerung des Sokrates, dass von zwei Dingen das eine hässlicher ist als das andere, weil es jenes an Unlust oder Übel oder beidem übertrifft, welcher auch Polos zustimmt. (Gorgias 475a,b) Man kann nun nicht in Abrede stellen, dass das Unrechtleiden das Unrecht an Unlust übertrifft. So fragt auch Sokrates Polos, ob das Unrecht das Unrechtleiden an Schmerzen übertrifft und dieser verneint. (475c) Folglich ist der erste Teil der Anforderung, dass nämlich das Unrechtleiden unangenehmer sei als das Unrecht, erfüllt und es können aus dieser Definition, die etwas als übel bezeichnet, weil es unangenehm oder hässlich oder beides ist, keine Schlüsse im Hinblick darauf gezogen werden, ob das Unrechtleiden auch hässlicher ist. Deswegen ist der Ansicht Friedländers, es wäre auch eine „umgekehrte Deduktion“ (ebd.) möglich, zu der Polos nur nicht den Mut besitze (vgl. ebd.), nicht zuzustimmen.

Das Beispiel des Archelaos

„The successful criminal, Archelaus himself, far from feeling any such intense misery as Plato describes, is satisfied and proud of his position, which most others also account an object of envy. This is not disputed by Plato himself.“ (Grote 1992: 110)

Ein weiterer Kritikpunkt an der sokratischen Widerlegung des Polos, den auch Grote anführt, ist die allgemeine Meinung über den Unrechttuenden. Polos führt für seine Überzeugung das Beispiel des Archelaos an, der durch üble Schandtaten Herrscher über Makedonien wurde und nach Ansicht des Polos den Neid der Athener auf sich zieht. (471d) Sokrates akzeptiert diese Art der Beweisführung nicht. (472b) Folglich entkräftet er das angeführte Beispiel des Polos auch nicht. Er führt lediglich in abstrakter Form seinen Beweis durch und zieht dann den Schluss, dass Tyrannen wie Archelaos am schlechtesten leben, weil sie das größte Unrecht begehen. (479a) Den-

noch bleibt die Frage offen, wieso Unrecht tun als schlimmer angesehen werden soll, wenn doch der Unrechttuende all jene Dinge erlangt, die zwar für Sokrates nicht erstrebenswert sind, die aber der durchschnittliche Athener als erstrebenswert ansieht. So bemerkt auch Grote, dass Archelaos als Herrscher Makedoniens nach allgemeiner Ansicht glücklich war und es daher unlogisch erscheint, wenn Sokrates beweisen will, dass dieser Mensch unglücklich sei, weil er Unrecht begangen (vgl. ebd.). Hier stellt sich die Frage, ob man Grotes Definition von glücklich, nämlich mächtig und reich, folgen soll, oder ob man nicht doch annehmen kann, dass sich außer Sokrates noch andere Athener fänden, die Glück nicht über Einfluss und Besitz definieren. Zumal das Schicksal der meisten Tyrannen das eines unnatürlichen Todes ist und ein Leben in Todesangst nicht die Idealvorstellung eines glücklichen Lebens sein kann. Man kann Sokrates also zustimmen, wenn er auf Polos Frage, ob Archelaos glücklich sei, antwortet: „Ich weiß nicht, Polo Denn ich habe nie Umgang mit dem Manne gehabt.“ (470d).

Grote kritisiert an dieser Stelle keinen formalen Fehler in den logischen Schlussfolgerungen von Sokrates, sondern führt einen inhaltlichen Einwand, nämlich die allgemeine Ansicht, an, um den sokratischen Beweis zu entkräften. Sokrates hingegen akzeptiert die Ansicht der Mehrheit nicht als Indiz für die Wahrheit einer Aussage (474a), sondern sucht die Wahrheit, die auf logischen Schlüssen gründet und seiner Untersuchung standhält, auch wenn diese der Überzeugung der Masse widerspricht. Befasst man sich dennoch mit dem Einwand Grotes und setzt sich mit der allgemeinen Ansicht auseinander, kommt man zu dem Schluss, dass die Annahme Grotes vom Glückszustand des Archelaos nicht begründet genug ist, um tatsächlich überzeugend zu zeigen, dass der Unrechttuende glücklich ist.

Grote kritisiert außerdem, dass der Schaden, den der Unrechttuende angeblich an der Seele nimmt, in keiner Weise zu spüren sei (vgl. ebd.: 111). Dies berührt den zweiten Teil der Widerlegung, in welchem Sokrates darlegt, dass es ein größeres Übel ist, ein Verbrechen zu begehen und keine Strafe zu leiden als eines zu begehen und Strafe zu leiden. (476a) Er begründet dies damit, dass der, welcher Strafe leidet von der Schlechtigkeit seiner Seele befreit wird. (478d) Dieser Teil der Argumentation des Sokrates soll nun auf seine Schlüssigkeit untersucht werden.

Die Strafe befreit von der Schlechtigkeit der Seele

Sokrates vertritt im zweiten Teil der Widerlegung des Polos die These, dass die Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit der Seele das größte aller Übel sei (477e) und dass der, welcher Strafe leidet, von diesem befreit werde. Um dies zu beweisen, wird anhand mehrerer Beispiele allgemein festgestellt, dass einem Tuenden immer auch etwas Leidendes entgegensetzen ist, welches das, was getan wird in ebender Art, wie es getan wird, erleidet. Ebenso gilt diese Korrelation dann notwendigerweise für das Gestraftwerden, was ein Leiden darstellt, aber von einem Tuenden ausgeht, der rechtmäßig strafen soll (476d). Wenn dieser nun selbst Recht tut, dann muss dem Gestraften Recht widerfahren und da das Gerechte schön ist, muss dem Gestraften auch Schönes widerfahren (476e). Anschließend wird gezeigt, dass die Strafe von der Schlechtigkeit der Seele befreit. Hierzu betrachtet Sokrates das Vermögen, den Leib und die Seele und gibt für jedes die jeweilige Schlechtigkeit an: Armut, Krankheit und Ungerechtigkeit. (477b,c) Dann stellt er eine Analogie zwischen Körper und Seele auf; der leiblich Kranke geht zum Arzt, der Übeltäter geht zum Richter. Sowohl die Behandlung beim Arzt als auch das Erleiden von Strafe sind schmerzhaft. Beide befreien aber vom jeweiligen Defizit und es lohnt sich daher, die Schmerzen der Strafe auf sich zu nehmen, denn sie befreit von der Schlechtigkeit der Seele. (478aff) Da die Schlechtigkeit der Seele das größte Übel ist, ist der, welcher von ihr befreit wird, weniger elend als der, welcher krank bleibt, und somit ist auch bewiesen, dass der, welcher großes Unrecht tut und keine Strafe leidet, der unglücklichste ist. (478d)

Die Schlechtigkeit der Seele

Nun soll zunächst betrachtet werden, mit welchem Argument Sokrates die Seele eines Unrechttuenden für krank beziehungsweise schlecht ansieht und welche Einwände hierfür geltend gemacht werden können:

Grote ist der Ansicht, dieser Schaden an der Seele, der den Unrechttuenden laut Sokrates unglücklich machen soll (479e), sei eine reine Metapher beziehungsweise Phantasie Platons (vgl. Grote 1992: 111). Seiner Meinung nach muss ein Schaden etwas Schmerzhaf-

oder Hemmendes mit sich bringen, der vom Betroffenen wahrgenommen wird, sonst kann er nicht anerkannt werden (vgl. ebd.). Er sieht Platon von seiner ständig herangezogenen Analogie von körperlicher und seelischer Gesundheit fehlgeleitet, die nicht in allen Fällen zutreffend sei (vgl. ebd.). Doch begründet Grote in keiner Weise, warum diese Analogie hier nicht zutreffend sein soll. Es kann vermutet werden, dass er den Grund im Fehlen von Schmerzen bei einer schlechten Seele sieht. Allerdings muss bedacht werden, dass auch körperliche Krankheiten wie Leberzirrhose, Diabetes und Bluthochdruck primär keine Schmerzen bereiten, aber dennoch zum Teil schmerzhaft Behandlungen fordern und ohne Behandlung zum Tod führen können. Es leuchtet nicht ein, warum an dieser Stelle nicht analog zur Krankheit des Körpers auch eine Schlechtigkeit der Seele angenommen werden soll, die behandelt werden muss

Grote sieht zudem ein Problem darin, dass ein Mensch, der an einer schlechten oder ungerechten Seele leidet, wie bereits festgestellt, keine Symptome aufweist und somit die Frage, ob eine Seele krank oder gesund ist, nicht entschieden werden kann (vgl. ebd.). Denn würden Sokrates und Archelaos selbst gefragt werden, ob sie in guter seelischer Verfassung sind, würden beide laut Grote dies bejahen, würde aber ein Dritter entscheiden, würden mehr für Archelaos stimmen als für Sokrates (vgl. ebd.: 112). Im Hinblick auf den ersten Aspekt, dass Archelaos seine eigene Seele als gesund bezeichnen würde, ist zu überlegen: wenn der, welcher größte Verbrechen begangen hat, zwar eine schlechte Seele hat, sich diese aber in keiner Weise äußert und er sich ihrer nicht bewusst ist, derjenige aber in Reichtum und Macht ein zufriedenstellendes Leben führt, wieso sollte man dann nicht doch die schlechte Seele wählen anstatt das tugendhafte Leben? Hier soll mit den Worten des Sokrates geantwortet werden:

„Das Schmerzhafte davon sehen sie ein, gegen das Heilsame aber sind sie blind und wissen nicht, wie viel elender noch, als mit keinem gesunden Leibe verbunden zu sein, das ist, keine gesunde Seele zu haben, sondern eine innerlich faule, ungerechte und ruchlose.“ (479b)

Berücksichtigt man die sokratische Vorstellung von der Unsterblichkeit der Seele im Gegensatz zum sterblichen Leib und die Hierarchie, die Sokrates Leib und Seele einräumt, so kann aus sok-

ratischer Sicht nachempfunden werden, weshalb eine gesunde Seele den höchsten Stellenwert im Leben haben muss, auch wenn dies mit körperlichen Schmerzen verbunden ist. In gleicher Weise ist die Frage, wie der, welcher für ein Verbrechen mit dem Tode bezahlt, nachdem er zusehen musste, wie seine Familie gequält und getötet wurde, glücklicher sein kann, als der, der mit dem Leben davon kommt (473b,c), zu beantworten. In der sokratischen Philosophie ist es weitaus wichtiger, ein gutes Leben zu führen, als an einem langen Leben festzuhalten, wie Sokrates im Gespräch mit Kallikles zeigt. (512d,e) Deswegen ist auch die Tatsache, dass sich Archelaos seiner schlechten Seele nicht bewusst ist, nicht als Argument dafür zu werten, dass ein Mensch Unrecht begehen kann und anschließend glücklich mit einer schlechten Seele leben kann. Ganz im Gegenteil ist ein solcher Mensch zu bedauern, weil er das wahre Glück nicht kennt und blind ist für das Wesentliche im Leben.

Nichtsdestotrotz ist anzumerken, dass dies nicht unmittelbar aus dem Gespräch mit Polos hervorgeht. Hier fragt Sokrates nur: „Welche nun unter diesen Schlechtigkeiten ist die häßlichste? Nicht die Ungerechtigkeit und überhaupt die Schlechtigkeit der Seele?“ und Polos antwortet: „Bei weitem“. (477c), stimmt ihm also zu. Doch an dieser Stelle finden sich keine weiteren Erklärungen darüber, warum die Schlechtigkeit der Seele das größte Übel ist. Dies wird erst später im Gespräch mit Kallikles erläutert. (523a ff) Das Wissen darüber ist jedoch elementare Voraussetzung dafür, dass man nachvollziehen kann, warum sogar der Tod dem straffreien Unrecht tun vorzuziehen ist. Die Argumentation kann also an dieser Stelle nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss im Kontext des ganzen Dialoges und der Philosophie Platons, die den Stellenwert der Seele begründet, gesehen werden. Akzeptiert man dann die Wichtigkeit einer makellosen Seele, wird klar, dass eine Verhaltensweise, wie Grote sie vorschlägt, rein lustorientiert ist und nicht das gute Leben mit sich bringt, denn, wie Sokrates im Gespräch mit Kallikles verdeutlicht, entspricht ein Leben, das nur an Lust orientiert ist, keinem guten Leben. (497a)

Der Zweck der Strafe

Im Folgenden soll die Thematik der Strafe und des Strafzweckes genauer betrachtet werden. Sokrates anerkennt im Gorgias nur den Nutzen der Strafe, den der jeweilige Verbrecher selbst daraus zieht. Grote führt im Hinblick darauf aus, dass Verbrechen, wenn Sokrates Recht habe, nicht begangen würden, weil Verbrecher Angst vor dem Schaden hätten, den sie sich selbst zufügten, wohingegen Strafe in die gegenteilige Richtung wirken würde (vgl. Grote 1992: 111). Der weise Gesetzgeber würde folglich Strafe nur sehr zögerlich festsetzen, denn diese verringere das eigentliche Hindernis, ein Verbrechen zu begehen (vgl. ebd.). Mit dem eigentlichen Hindernis ist die Schlechtigkeit der Seele gemeint, wovon die Strafe schließlich befreit. Grote schlussfolgert wie Kallikles, dass dies unser gesamtes politisches und soziales System auf den Kopf stelle (vgl. ebd.). Dieser Einwand ist wenig schlagkräftig, denn die Voraussetzung für eine solche Gesellschaft, in der ein Verbrecher Angst vor dem Schaden hat, den er sich selbst zufügt, ist, dass jeder Mensch, der in dieser Gesellschaft lebt, den Weg der Erkenntnis vollzogen hat und sein Leben an der Philosophie und Ethik ausrichtet. Auch an dieser Stelle kritisiert Grote nicht die innere Logik der Argumentation und entkräftet damit nicht die sokratische Logik, sondern argumentiert, wie Polos, mit Erfahrung als Beweismittel. Doch wie Sokrates feststellt, ist diese Art der Widerlegung nicht überzeugend, denn sie beweist nicht (472b)

Nichtsdestotrotz widerstrebt die Vorstellung der vollständigen Abschaffung von Strafe den Grundsätzen unseres heutigen Rechtssystem In der modernen Strafrechtstheorie gibt es zwei verschiedenen Straftheorien: Zum einen die absolute Straftheorie, nach welcher Strafe ausschließlich der Vergeltung und der Wiederherstellung des Rechts dient (vgl. Krey 2008: 45ff). Zum anderen relative Straftheorien, die nicht die Vergeltung in den Mittelpunkt stellen, sondern Strafe mit Verbrechenprävention begründen (vgl. ebd.). Sokrates bezieht sich im Gespräch mit Polos weder auf die Strafe als Vergeltung noch als Generalprävention, sondern zeigt einzig den Nutzen auf, den diese für das betroffene Individuum hat. Dies wird in der Sekundärliteratur kontrovers beurteilt:

Für Grote liegt die heilsame Wirkung der Strafe, die Sokrates ihr zuspricht (477a), nicht

in der Befreiung der Seele des Verbrechers von deren Schlechtigkeit, sondern nur im Nutzen für die Gesellschaft (vgl. Grote 1992: 110). Auch Gomperz vertritt die Meinung, dass, wenn der Nutzen der Strafe anerkannt wird, die Frage, für wen sie von Nutzen ist, im Dialog offen bleibt. Auch er schlägt vor, einen Nutzen für die Gesellschaft zu antizipieren (vgl. Gomperz 1912: 282).

Jedoch wird dieser Aspekt im zugrunde liegenden Text nicht diskutiert. Sokrates lässt keinen Zweifel darüber, dass die Strafe für den Bestraften von Nutzen ist. Dieser erlangt einen Vorteil: „Etwa den Vorteil den ich mir denke, daß er nämlich der Seele nach besser wird, wenn er doch mit Recht gezüchtigt wird?“ (477a) Sokrates vertritt an dieser Stelle weder die Überzeugung, dass die Strafe der Gesellschaft nutze, noch, dass sie Recht wiederherstelle, aber er verneint die beiden Möglichkeiten auch nicht. Sie widersprechen dem individuellen Vorteil, den der Verbrecher selbst von der Strafe erlangt, in keiner Weise.

Platon hat im Totengericht den Nutzen der Strafe als Abschreckung anerkannt, worin Gomperz einen Widerspruch dazu sieht, wie er die Strafe im Gorgias dargestellt. Dieser Widerspruch ist nicht ersichtlich. Platon hält im Gorgias kein Plädoyer für die Abschaffung der Strafe oder spricht ihr einen Nutzen für die Gesellschaft ab. Er thematisiert diese Aspekte im Gespräch mit Polos nicht, weil sie an dieser Stelle nicht von Belang sind. Von Belang ist nur die logische Schlussfolgerung, dass Strafe für den Verbrecher selbst etwas Heilsames im Hinblick auf seine Seele hat. Wenn er im Anschluss daran ausführt, dass man seinen Feind deswegen vor Strafe schützen müsste, befasst er sich nicht mit der Thematik des Strafzweckes sondern dem Nutzen der Rhetorik, denn er argumentiert, dass einzig hierfür die Rhetorik gut wäre. (481a,b) Zudem gesteht er später im Dialog, im Gespräch mit Kallikles, auch die abschreckende Wirkung der Strafe ein (525b) und somit ist der von Gomperz vermutete Widerspruch nicht ersichtlich.

Grote, der den Nutzen der Strafe nur für die Gesellschaft sieht, gesteht allerdings ein, dass Sokrates sich damit nicht beschäftigt. Dies kritisiert er: „Here, as elsewhere, he looks only at the self-regarding side of Ethics“ (Grote 1992: 109). Der Vorwurf, Sokrates befasse sich nur mit Ethik, die für das einzelne Individuum, das seiner

Lehre folgt, von Nutzen ist, erscheint unsinnig. Es ist unstrittig, dass eine Moral, die lehrt, man solle das Unrecht leiden dem Unrecht tun vorziehen, das gesellschaftliche Miteinander auf eine Art verbessern würde, die kaum vorstellbar ist. Außerdem stellt sich die Frage, warum eine Ethik, die sich auf die Interessen der Gesellschaft bezieht, besser ist, als eine solche, die sich mit dem Individuum beschäftigt. Sokrates gelingt es, den Grund dafür, dass ein Mensch lieber Unrecht leiden sollte als Unrecht zu tun, in den Menschen selbst zu verlegen. Er braucht hierfür keine sozialethische Argumentation für ein friedlichen Zusammenlebens, sondern findet den Grund im Vorteil für den Menschen selbst, denn der Mensch hält so seine Seele von Schlechtigkeit rein, was die sokratische Ethik vielleicht umso attraktiver macht. Zudem ist aus der sokratischen Sicht eine Ethik, die nicht auf der Besserung des Individuums gründet, widersinnig, denn laut Sokrates kann nur der Mensch für ein geregeltes Miteinander Sorge tragen, der zuerst sich selbst und seine Lebensweise geprüft hat und sich seiner Wahrheiten sicher ist. Dies erläutert Sokrates im anschließenden Gespräch mit Kallikle (514aff)

Sowohl der Einwand gegen die Schlechtigkeit der Seele, die keine Symptomatik aufweist, als auch die Frage nach dem Strafzweck sind jedoch inhaltliche Aspekte, die nach Ansicht der Verfechter der Alltagserfahrung oder der Realität widersprechen. Sie sprechen aber der logischen Argumentation des Sokrates keine Richtigkeit ab, sondern kritisieren nur die Ergebnisse, die Sokrates aus seinen logischen Prämissen ableitet. Ein weiterer Kritikpunkt am zweiten Teil der Widerlegung befasst sich mit der formalen Voraussetzungen für das Zustandekommen des von Sokrates erwünschten Resultats: der Korrelation zwischen Tun und Leiden.

Die Korrelation von Tun und Leiden

Gomperz glaubt, in der Korrelation von Tun und Leiden einen logischen Fehler zu finden. Er bezieht sich auf die These des Sokrates: „Wie das Tuende tut, so muß es das Leidende leiden.“ (476d) Gomperz merkt an, dass zum Beispiel der Schmerz von Schlägen im Empfinden eines Gestraften nicht immer der Heftigkeit der Ausführung entspricht (vgl. Gomperz 1912: 282). Ein Grund hierfür könnte eine partielle Anästhesie sein, was er selbst dann aber als Abnormalität

aus seiner Betrachtung ausklammert (vgl. ebd.). Es könnte aber auch an der unterschiedlichen Beschaffenheit unterschiedlicher Menschen aufgrund von Ethnie oder Erfahrung liegen (vgl. ebd.). Daraus schließt Gomperz, dass nur die objektive Beschaffenheit des Tuns und des Leidens gemeint sein kann (vgl. ebd.). Dem ist zuzustimmen. Es erscheint an dieser Stelle sinnvoll, eine objektive Korrelation anzunehmen, weil Sokrates mit seiner aufgestellten These begründen will, dass, wenn jemand Gutes tut, ein anderer Gutes erfährt. (477a) Hier kann kein subjektives Verständnis vom Guten zugrunde gelegt werden, denn die subjektive Empfindung ist durch Lust geprägt, was für Sokrates gerade nicht dem Guten entspricht, wie er auch im Gorgias verdeutlicht. (497a) Zudem kann, betrachtet man das Leiden, das subjektive Empfinden desselben Schlages zwar differieren, doch widerspricht dies nicht dem Gleichgewicht von Schlagen und Geschlagen werden. Dieses Gleichgewicht wäre nur dann zerstört, wenn der Schlag auf irgendeine Weise abgeschwächt würde, nachdem er ausgeführt wurde aber bevor er auf den Geschlagenen eintrifft. Dies ist jedoch eine Ausnahme, die ebenso als Abnormalität gesehen werden kann.

Auch Friedländer teilt die Meinung, dass sich das Gleichgewicht von Tun und Leiden auf einen objektiven Sachverhalt beziehen müsse und begründet dies damit, dass die Frage, für wen etwas gerecht ist, in der sokratischen Sichtweise widersinnig wäre (vgl. Friedländer 1957: 240). Er schlussfolgert, dass deshalb „dem gerechten Strafen das gerechte Bestraftwerden [entspricht]“ (ebd.), was er als ein „erhabenes Gleichgewicht“ (ebd.) bezeichnet.

Folglich kann im Hinblick auf den zweiten Teil der Widerlegung festgehalten werden, dass die innere Logik keine Kritik zulässt. Die Korrelation zwischen Tun und Leiden wird von Sokrates zu Recht angenommen und auch die daraus resultierenden Schlüsse, dass wenn das Strafen gerecht ist, folglich dem Bestraften Gerechtes widerfährt, dass das Gerechte aber Schön ist und ihm somit Schönes wiederfährt sind folgerichtig. (476e) Im nächsten Schritt kann wie im ersten Teil der Widerlegung die Definition von schön kritisiert werden. Sokrates folgert, dass das Strafen, wenn es schön ist, auch gut beziehungsweise nützlich oder angenehm sein muss (477a) Diese Definition wurde oben bereits gegen Einwände verteidigt und soll daher auch

an dieser Stelle aus denselben Gründen wie oben akzeptiert werden.

Einordnung in den gesamten Dialog: Die Inkonsequenz des Polos

Abschließend soll ein letzter Kritikpunkt aufgegriffen werden: die „Halbheit des Polos“ (Bonitz 1968: 20). Gemeint ist das Zugeständnis des Polos, dass das Unrechtleiden zwar übler, das Unrecht tun aber hässlicher ist. (474c) Grote vertritt die Ansicht, dass dieses Zugeständnis nicht in Einklang mit dem steht, was Polos zuvor über Archelaos sagte (vgl. Grote 1992: 106). In der Tat ist dieser Einwand berechtigt. Polos zählt sämtliche Schandtaten des Archelaos auf und scheint ihn dafür zu bewundern. Dies kann aus seinem ironischen Schlusssatz gefolgert werden: „Und vielleicht möchten alle Athener, du voran, lieber jeder andere Makedonier sein als Archelaos“ (471c,d) Dennoch bezeichnet er im Anschluss das Unrecht tun als etwas Hässliches, wobei er offenbar allgemeine moralische Ansichten zugrunde legt (vgl. Hager 1970: 51). Demnach ist der „äußere Schein“ (ebd.) das Kriterium für seine Entscheidung, er will mit seiner Äußerung dem Publikum nicht missfallen. Hierin sieht auch Hager eine Inkonsequenz in seiner Argumentation und ist nicht davon überzeugt, dass Polos selbst das Unrecht tun tatsächlich als hässlicher ansieht (vgl. ebd.). Diese Ansicht teilt auch Bonitz: „In Polos zeichnet Platon das haltungslose Schwanken zwischen einer Bewunderung des äußeren Glanzes und der äußeren Macht ohne Rücksicht auf Sittlichkeit, und doch andererseits einer Scheu, das Edle des Rechtes zu verleugnen“ (Bonitz 1968: 20). Polos bewundere zwar die uneingeschränkte Macht des Archelaos, Unrecht zu tun und dafür keine Strafe zu erleiden, er habe aber nicht den Mut, dem Unrecht tun etwas Hässliches abzu erkennen (vgl. ebd.). Dieses Zugeständnis, das Polos nur aufgrund seiner moralischen Bedenken macht, ist aber der entscheidende Punkt, mit dem Sokrates die Widerlegung gelingt (vgl. ebd.: 22). Wird nun die Widerlegung als solche als logisch stringent anerkannt, so kann dennoch in Frage gestellt werden, wie überzeugend sie ist, wenn sie auf ein Zugeständnis gründet, das nicht auf Überzeugung beruht, sondern dem Druck der Zuhörer und der gesellschaftlichen Moralverstellung zuzuschreiben ist.

Es ist richtig, dass die Widerlegung des Polos

seiner eigenen Inkonsequenz zuzuschreiben ist und daher nicht überzeugt, weil Polos eigentlich auch das Unrecht tun nicht als hässlicher ansieht. Würde Polos konsequenterweise die Frage, was von beidem hässlicher ist, das Unrecht tun oder das Unrechtleiden, mit dem Unrechtleiden beantworten (474c), wäre seine Widerlegung durch Sokrates nicht möglich. Man sollte jedoch diese Inkonsequenz nicht isoliert betrachten, um sie anschließend zu kritisieren, sondern den gesamten Dialog mit einbeziehen. Dies geschieht bereits bei Bonitz, der feststellt, dass Platon in der Person des Polos einen schwankenden Charakter zeichnet (vgl. ebd.: 20). „Platon macht ihn so recht zum Typus der gewöhnlichen sittlich-unsittlichen Halbheit“ (ebd.). Somit gesteht Polos dem Unrecht tun das Hässliche nicht zu, damit Sokrates ihn anschließend widerlegen kann, sondern, weil es seine charakterspezifische Eigenheit ist, Macht und Willkür zwar zu bewundern, aber dennoch mit den gängigen Moralvorstellungen vertraut zu sein, ohne die Radikalität aufzubringen, diese zu verleugnen. Friedländer stellt richtig fest: „Polos freilich hat diese Entschlossenheit nicht, sonst wäre er Kallikles“ (Friedländer 1957: 238). Schließlich wird die „Halbheit des Polos“ (Bonitz 1968: 20) später von Kallikles kritisiert:

„Und ich bin nun wieder eben deshalb mit Polos unzufrieden, daß er dir eingeräumt hat, das Unrecht tun sei häßlicher als das Unrechtleiden. Denn gerade durch dieses Eingeständnis ist auch er wieder von dir in den Reden verwickelt und zum Schweigen gebracht worden, indem er sich schämte, zu sagen, was er dachte.“ (482d,e)

Was Grote und Hager an Polos kritisieren, kritisiert auch Kallikles und so setzt sich Sokrates im Gorgias selbst mit dieser Kritik, beziehungsweise mit der radikalen Position des Kallikles auseinander. (483c,d) Es ist die Besonderheit im Aufbau des Dialoges, dass zunächst Polos Gorgias für seine Inkonsequenz kritisiert und an seiner Stelle das Gespräch weiterführt (462d), um dann später selbst von Kallikles aufgrund seiner eigenen Inkonsequenz kritisiert werden zu müssen (482d,e). Die „Halbheit des Polos“ (ebd.) ist folglich eine absichtliche Unvollkommenheit im Gorgias, die später von Kallikles beseitigt wird.

Doch, wie Friedländer bemerkt, macht nicht nur Polos ein Zugeständnis, das nicht seiner tiefen Überzeugung entspricht, sondern auch Sokrates. Er gesteht Polos zu, dass das Unrecht tun das

Unrechtleiden nicht an Unlust übertrifft (vgl. Friedländer 1957: 239). (475c) Jedoch merkt Friedländer an: „[W]as wäre sokratisch gesehen das schärfste Gegenteil aller Lust als Unrecht tun müssen!“ (ebd.). Zwar verwendet Sokrates den Begriff der Unlust in seinem Zugeständnis an Polos in einem weiten Sinn, denn er bezieht sich auf physische Schmerzen, doch ist der Einwand berechtigt, dass Sokrates es wohl als unangenehm empfinden würde, einem anderen Menschen Unrecht zufügen zu müssen und deswegen hier nicht in letzter Konsequenz seine eigenen Überzeugungen vertritt. Auch dies ist eine Besonderheit des Dialoges und sollte nicht als Kritik an der Widerlegung gewertet werden, sondern im Sinne von Friedländer:

„Es ist also die Eigenart dieses Stückes Dialektik, daß es weder im Sinne des Polos noch in dem des Sokrates rein durchgeführt wird. Darin liegt das „Sophistische“, aber auch das Verführende, das was in die sokratische Tiefe hineinzieht [...]“ (ebd.)

Schlussbemerkungen zur Stichhaltigkeit der Widerlegung des Polos in Platons Gorgias

Die Frage nach der Stichhaltigkeit der Widerlegung des Polos lässt sich nur unter Berücksichtigung der besonderen Form des Stückes beantworten. Es ist wahr, dass Polos ein Zugeständnis macht, das nicht seiner tiefsten Überzeugung entspricht. Dies liegt, wie dargestellt wurde, am dreigliedrigen Aufbau des Stückes und an der Tatsache, dass die Wahrheit, die Sokrates und Polos finden wollen, auch von Kallikles gesucht wird, der in seiner Suche die Radikalität und Unerschrockenheit aufbringt, die Polos fehlt.

Die Einwände, die gegen die sokratische Widerlegung des Polos vorgebracht werden, sind nicht überzeugend:

Im Hinblick auf den ersten Teil der Widerlegung des Polos, der besagt, dass Unrecht tun schlimmer ist als Unrechtleiden, wurde gezeigt, dass die sokratische Definition des Schönen an dieser Stelle wohlbegründet ist. Zudem geht aus dem Text klar hervor, für wen das Unrecht tun schlimmer ist, nämlich für den, der es tut. Es kann nicht, wie Friedländer behauptet, eine „umgekehrte Deduktion“ (ebd.: 238) erzwungen werden und auch das Beispiel des Archelaos widerlegt die sokratische These nicht.

Im zweiten Teil zeigt Sokrates, dass Strafe leiden etwas Heilsames hat und der, der Strafe leidet, glücklicher ist, als der, der ungestraft bleibt. Auch hier sind die Einwände gegen die Annahme, dass der Unrechttuende eine schlechte oder ungerechte Seele hat, nicht überzeugend und die Analogie zwischen Körper und Seele erscheint logisch. Die Frage nach dem Strafzweck wird im Gorgias nur insoweit berührt, wie sie sich auf den Verbrecher selbst bezieht, was keinen Widerspruch zu anderen Strafzwecktheorien darstellt. Für den Verbrecher selbst hat Strafe etwas Heilsames, wie Sokrates zeigt, sie befreit nämlich von der Schlechtigkeit der Seele, dem größten Übel überhaupt. Auch die Korrelation zwischen Tun und Leiden, die Sokrates aufstellt, ist bei objektiver Betrachtung logisch.

Sokrates beweist also, dass es für die Seele des Menschen besser ist, sich mit mancher Ungerechtigkeit im Leben abzufinden, als sich selbst vorwerfen zu müssen, man habe ein Unrecht begangen. Zudem zeigt er, dass Strafe nicht nur, wie im Deutschen Rechtssystem angenommen, Vergeltung oder Prävention bewirkt, sondern, dass sie, wird sie richtig und gerecht ausgeführt, dem Menschen helfen kann, der sich schuldig macht. So zeigt sich, dass dieser erhabene Grundsatz, man solle das Unrechtleiden dem Unrechttun vorziehen, nicht nur ein Gebot der christlichen Nächstenliebe ist, sondern dass die Wahrheit dieses Satzes auch in der sokratischen Logik einwandfrei hergeleitet werden kann und bewiesen ist, was von großer Bedeutung ist, denn:

„Ist doch auch das, worüber wir streiten, nichts Kleines, sondern fast wohl dasjenige, worin etwas zu wissen das schönste, nicht zu wissen aber ganz schimpflich ist. Denn das Wesentliche davon ist doch entweder einzusehen oder nicht einzusehen, wer glücklich ist und wer nicht.“ (472c).



Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Platon. Die Gesetze; Übersetzung in: Loewenthal, Erich (Hg.) 1969: Die Gesetze (215-665). Übersetzt von Eduard Eyth. 6. Auflage, Köln, Olten (Platon Sämtliche Werke, III).

Platon. Gorgia; Übersetzung in: Hildebrandt, Kurt (Hg.) 2009: Platon. Gorgia; Übersetzt von Friedrich Schleiermacher, Ditzingen.

Platon. Grösserer Hippias; Übersetzung in: Heitsch, Ernst 2011: Platon Werke. Übersetzung und Kommentar. Grösserer Hippias Hg. v. Ernst Heitsch und Carl Werner Müller, Göttingen (VII 1).

Sekundärliteratur

Bonitz, Hermann 1968: Platonische Studien, Hildesheim.

Friedländer, Paul 1957: Die Platonischen Studien. Erste Periode, Berlin.

Gauss, Hermann 1956: Handkommentar zu den Dialogen Platon. Die Dialoge der Übergangszeit. Gorgias, Meno, Euthydem, Menexenus und Cratylus, Bern.

Gomperz, Theodor 1912: Griechische Denker. Eine Geschichte der antiken Philosophie, Leipzig.

Grote, Georg 1992: Plato and the other companions of Sokrates, Chippenham (Wiltshire).

Hager, Fritz-Peter 1970: Die Vernunft und das Problem des Bösen im Rahmen der platonischen Ethik und Metaphysik, Bern, Stuttgart.

Krey, Volker 2008: Deutsches Strafrecht, Allgemeiner Teil. Grundlagen, Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit, Schuld, Stuttgart.

Reiner, Hans 1957: Unrechttun ist schlimmer als Unrechtleiden. Zur Beweisführung des Sokrates in Platons Gorgia, in: Zeitschrift für Philosophische Forschung 11:1, 548–555.

Zehnpfennig, Barbara 2001: Platon zur Einführung, Hamburg.

Dawit T. Alemu

SWIM TOGETHER OR SINK TOGETHER

Is Reconciliation Possible Between Hamas and Fatah?

Dawit T. Alemu

M.A. Governance and
Public Policy,
Universität Passau,
4. Fachsemester,
dhabesha@hotmail.
com

Dieser Beitrag beruht
auf einer Oberseminar-
arbeit im Fachbereich
Internationale
Beziehungen.

Abstract

There have been numerous initiatives undertaken to reconcile Hamas-Fatah conflict and to establish a Palestinian national unity government. Though these initiatives are ended up with signing three agreements, the reconciliation processes seem to be doomed to failure at their early stages. Hypothetically, the main cause of the conflict is lack of equilibrium of power between Hamas and Fatah. Accordingly, Morgenthau's classical realism theory is used to conceptualize the interstate political struggle within Palestinian society. Methodologically, quantitative historical analysis is employed to explore the stumbling blocks of the reconciliation processes between Hamas and Fatah within their historical contexts. The paper argues that it is crucial to discern Hamas-Fatah conflict as its own broader nature and recount the Palestinian domestic political schism not only to the religious or third parties' influence but also to the broader world structure, such as the logic of power politics and balance of power within a state-under-the-making.

Introduction

Most recently, after the 2006 Palestinian legislative election, Hamas¹-Fatah conflict has been affecting enormously the implementation of peace accords. Following the 1990s Oslo peace accords, Fatah has recognized the state of Israel and has accepted the two states solution. However, Hamas does not recognize the state of Israel and openly seeks Israel's destruction. In addition to this, these two political parties compete for political hegemony and power. There have been many initiatives undertaken to settle Hamas-Fatah conflict. These initiatives are ended up with signing three agreements: Mecca, Cairo and Doha Agreements in 2007, 2011 and 2012 respectively. The main objective of these agreements was to establish national unity government based on reconciliation² framework, whereby political and administration power will be shared between Hamas, Fatah and other political factions. However, the reconciliation processes have been threatened by power struggle one over the other, less support from the international communities and agitation of Israel and the United States (US). As a result, the reconciliation processes are doomed to failure at their early stages.

This paper seeks to explore the stumbling blocks of the reconciliation processes between Hamas and Fatah. Understanding of the stumbling blocks of the reconciliation processes will help to resolve the conflict, foster the establishment of Palestinian national unity government and the latter will have a strong impact on the peace process with Israeli. Thus, the hypothesis of the paper is that imbalance of power is the main cause of Hamas-Fatah conflict.

Morgenthau's classical realism theory is used as a guiding theoretical framework. Morgenthau's theory relays highly on the concepts of power and peace. According to him, peace can be achieved through balance of power and creating equilibrium of power between two or more competent parties is the main strategy to achieve peace. His theory is used more often in the

international political discourses. However, as he indicates, though domestic and international politics have peculiar features, both are inherently guided by the principle of 'struggle for power'. The resemblance of power politics at domestic and international level is emanated from human nature to 'dominate' one over the other. In the Palestinian context, the anarchic nature of political administration exists due to the absence of national unity government. Thus, this paper uses Morgenthau's classical realism theory to analysis the interstate political struggle within Palestinian society.

Qualitative historical analysis is used as an analytical method (this paper uses qualitative historical analysis framework as it is framed in Mahoney/Rueschemeyer (2003) and Mahoney (2004)). This method has been used frequently in the literature of state formation and state restructuring. It helps to analyze systematically the existing patterns of Fatah-Hamas conflict and its dynamism within its historical context. Qualitative historical analysis and Morgenthau's classical realism ontologically assume that actions (political) or interests, which are dominated in a particular period of history, are emanated from political and cultural context within which different parties operate. Thus, they have strong bondage and fit each other. For the empirical analysis, data and information are collated from agreement documents, journals, newspaper articles, books, institutions reports and internet polls.

The politics of power or power struggle is the dominant variant of politics between Hamas and Fatah (Gunning 2004; Kumaraswamy 2005). Though power struggle is the main cause for the fragmentation of Palestinian society, Levy (2010) and Pradhan (2008) note that the third parties, in particular the US and Israel, are responsible for such political fragmentation in order to weaken Palestinian movement to secure their national interests (Koshy 2007). Contrary to this view, Ghanem (2008) argues that not the external actors rather the deep internal split deepens the fragmentation of Palestinians, which is incompatible with the Palestinian national interest. However, beside the derivative causes of the conflict, power struggle between Hamas and Fatah deters the implementation of reconciliation agreements (Brown 2010; Cohen 2012).

Yet, some argue that Palestinian domestic

¹ Hamas is an acronym for Harakat al-Muqawamma al-Islamiyya, meaning Islamic Resistance Movement, and its ideology is radical Islam (Schanzer 2008).

² IDEA Handbook (Bloomfield 2003:12) defines reconciliation as "a process through which society moves from a divided past to shared future." This definition is inline with how the term 'reconciliation' is conceptualized and used in the above agreements.

political order is the main cause for Hamas-Fatah conflict. For instance, Cavatorta and Elgie (2010) note the ‘semi-presidentialism’ political structure is the main cause in creating two political power centers (President vs. Parliament), which are competing each other to dominate the Palestinian state affairs. In this context, both conflicting parties bypassed Palestinian Basic law and international human rights accords, which reflect the prevalence of anarchic situation in the Palestinian domestic political sphere (see Freed 2007). Cognizant to this, Issa (2010) argues that the failures of Hamas and Fatah political leadership to respond effectively to the needs of the Palestinian have a significant impact on internal political fragmentation.

This paper is organized in three sections. The first section aims to construct a theoretical framework. It discusses on Morgenthau’s classical realism theory to explore the detail theoretical elements of his theory. The next section presents the main findings of the paper. The last section summarizes main findings of this paper, major challenges of the reconciliation process and to build peace within Palestinian society.

Rationale of Morgenthau’s Classical Realism

The theoretical history of classical realism³ can be traced back to the works of Thucydides, Machiavelli and Hobbes. They paid high attention on national security, state survival, getting hold of power and make use of power as the main domains of political activities (Reus-Smit/Snidal 2008; Jackson/Sørensen 2010). Since humans are seen as self-centric and egoist, competitions and conflict to dominate one over the other are inevitable and natural. These inventible situations further triggered by asymmetrical capabilities of states. In this vein, “Thucydides considered this inequality as inevitable and natural. His realism approach has a naturalistic character” (Jackson/Sørensen 2010: 61). According to Thucydides, the existence of weak and strong nations is given by nature and their existences depend on their own capability to defend themselves or the weaker

should cede and accept the will of the stronger.

Machiavelli’s premises of classical realism theory are the antithesis of Thucydides peace resolution. According to Machiavelli, ‘national freedom’ is the ultimate objective of political activities and the utmost political value (Jackson/Sørensen 2010: 62). In this context, the normative assumption of Machiavelli’s thought is the “dependence of the people upon their ruler” for their survival, protection and wealth accumulation (Dunne/Schmidt 2005: 162-3). Cognizant to this, Hobbes argues that ‘domestic peace’ is essential, in one hand, to mobilize citizens against foreign powers and, on the other hand, it is the ultimate founding objective of any state (Reus-Smit/Snidal 2008).

Accordingly, power and peace are the main premises of Morgenthau’s classical realism. The conception of power in Morgenthau’s classical realism has a naturalistic feature, which is inherently found within human nature. For this reason, Morgenthau (2006: 4) defines politics as “governed by objective laws”. These objective laws are emanated from human nature and they are seen as human interests. In this context, he notes explicitly that politics, both international and domestic, is “the concept of interest defined in terms of power” (Morgenthau 2006: 5). Laying on these philosophical assumptions, he defines power as:

“Power may comprise anything that establishes and maintains the control of man over man. Thus, power covers all social relationships that serve that end, from physical violence to the most subtle psychological ties by which one mind controls another” (Morgenthau 2006: 11).

Hence, competitions to dominate, conflict and war are unavoidable situations, which have naturalistic roots within human nature. To mitigate these situations and to achieve peace are decidedly depend upon the capabilities to construct a system of “balance of power” (Morgenthau 2006: 9). Thus, in Morgenthau’s classical realism⁴ peace is defined in terms of the capabilities to recede imbalances of power through balancing power. Therefore, the conception of peace has a relativity feature with human nature to dominate. In his words:

“In a world whose moving force is the

aspiration of sovereign nations for power, only two devices can maintain peace. One is the self-regulatory mechanism of social forces, which manifests itself in the struggle for power on the international scene—that is, the balance of power. The other consists of normative limitations upon that struggle, in the form of international law, international morality, and world public opinion” (Morgenthau 2006: 25-26).

Therefore, power and peace are the main ideas behind every classical realism theories. However, their conceptions and as to how peace can be achieved depend upon the contextualization of political power/struggle and its ultimate objective. In this sense, Thucydides, Machiavelli, Hobbes and Morgenthau forwarded different conceptual frameworks: “necessity, security and safety”, “opportunity, security and civil virtue”, “security dilemma, peace and felicity” and “human necessities, national interest and balance of power” respectively (Dunne/Schmidt 2005: 162-6; Jackson/Sørensen 2010: 60-68). In spite of the fact that all classical realists pay high attention for the utmost role of power in politics, at international and domestic sphere, they have contextualized it differently in terms of political power/struggle and its process of possession and usage.

Accordingly, Morgenthau conceptualizes political struggle as a struggle between different interests, which are defined in terms of power. This idiom reflects that political struggle is a struggle for power and domination. With this context, political power refers to, in Morgenthau’s theory, “the mutual relations of control among the holders of public authority and between the latter and the people at large” (Morgenthau 2006: 30). This conceptualization of political power itself is emanated from Morgenthau’s theoretical understanding of the term ‘power’ and ‘political struggle’. These concepts have naturalistic feature in Morgenthau’s theory. As a result, political power has a form of power politics, which encompasses all forms of struggle. According to him:

“Political power is a psychological relation between those who exercise it and those over whom it is exercised. It gives the former control over certain actions of the latter through the effect that the former has on the latter’s mind” (Morgenthau 2006: 30).

The phrase, which says, ‘the effect that the former has on the latter’s mind’, reflects the psychological aspects of domination. The term ‘effect’ denotes the aspects that one has over the other. Accordingly, the psychological aspect of political power depicts the static feature of human nature that all classical realists believe in. In view of that, this static feature of human nature or what Morgenthau describes as ‘the effect’ emanates from “the expectation of benefits”, “the fear of disadvantages”, and “the respect or love for me or institutions” (ibid). These sources are highly interconnected with the human nature, and also guide the political struggle and define the form of political power through which national interests can be served at best.

Domestic and International Politics

Morgenthau (2006: 35) argues that the very essence of politics, both international and domestic, is “power politics.” This characterization of all forms of politics as power politics is emanated from a pessimistic view of human nature. In this view, humans are characterized as self-centric and compete with one another for their own wellbeing. Therefore, humans pursue to have power and want to enjoy the benefits of power alone i.e. the prevalence of egoism. Accordingly, all political activities are dominated and guided by “acquisition and possession of power, and the deployment and usage of power, are a central preoccupation of political activity” (Jackson/Sørensen 2010: 59). Thus, political activities, both in domestic and international level, are that of rivalry, competition, conflict and war. These situations are inevitable and resulted from human nature. In the same vein, Jackson and Sørensen argue that “the human animus dominandi inevitably brings men and women into conflict with each other” (Jackson/Sørensen 2010: 66). Thus, from general classical realism epistemological point of view, both international and domestic political activities are guided by the nature of human being.

With this context, Morgenthau notes also the similarities between domestic and international politics as:

“The essence of international politics is identical with its domestic counterpart. Both domestic and international politics are a struggle for power, modified only by the difference conditions under which this

³ After a considerable time that classical realism paradigm was pushed aside and ignored, now days political scientists are paying high attention to revive and use it in the political discourse (see Rynning and Ringsmose 2008; van Houwelingen 2010).

⁴ In this regard, Kaufman (2006) presents an epistemological criticism of Morgenthau’s classical realism.

struggle takes place in the domestic and in the international spheres” (Morgenthau 2006: 37).

Morgenthau claims that the tendency to dominate is a human nature. Accordingly, the essence of politics, at both levels, is the same – that of a struggle for power. However, the prevalence of different conditions in domestic and international political arena determines the forms of political struggle, domination and acquisition of power. For instance, in domestic level, if democratic system is well established, periodical election is a form of continuous struggle for power between political parties. In view of that, as oppose to domestic politics, political activities of states in international politics are that of rivalry, which is emanated due to the absence of global government or the prevalence of anarchism.

The existence of anarchism is the key element which differentiates international politics and domestic politics. It reflects high possibilities of violence, lack of capacities to constrain and channel the power in non-violent way, and each of the independent sovereign states act upon “self-help-principle” (Dunne/Schmidt 2005: 164). This clearly shows each and every independent sovereign state depends upon their own capacity to defend their security and existence and do not recognize a higher power above them.

Whereas, the conditions under which the political struggle takes place in the domestic sphere are different from international sphere. According to Morgenthau, these conditions are emanated from:

“[...] cultural uniformity, technological unifications, external pressure, and above all, a hierarchic political organization combine to make the national society an integrated whole set apart from other national societies.” (Morgenthau 2006: 50)

As a result, it is easy to constrain and channel the power with non-violence mechanism due to the existence of a ‘hierarchical structure’, i.e. central government, to control and assure the rule of law in domestic politics. This situation stabilizes more or less domestic political order and makes lesser possibilities to change the system through violent means.

Hence, according to Morgenthau’s classical realism, the main difference between domestic and international politics, among other things, is the existence of anarchism in international political

sphere and a hierarchic political organization in domestic political arena. This differentiation between domestic and international politics could be threatened in the absence of a hierarchic political organization in domestic political sphere. In this case, anarchism will also prevail in the domestic politics. For instance, in the case of civil war, whereby the central government loses its capacity to control over the life of its citizens and opposition political party (parties) are not capable to overthrow and bring an end to the prevailing regime, war, conflict and mess will be inevitable. The prevailing condition in Palestinian political order is the case in point here. In this case, classical realism can be used to analyze domestic politics.

Balance of Power and Peace

The concept of balance of power is both normative and an empirical concept (Jackson/Sørensen 2010: 69-70; Kegley/Rymond 2010: 235; Morgenthau 2006: 180). The theoretical rationale of balance of power is that of the normative cores of classical realism: national interest, national security and state survival. Kegley and Rymond theorize balance of power as:

“The theory [balance of power] that national survival in an anarchic world is most likely when military power is distributed to prevent a single hegemonic or bloc from dominating the state system” (Kegley/Rymond 2010: 235).

This conception targets on limiting the possibilities which could not allow a given state to be able to be capable enough to dominate the other(s), through internal balancing and/or external balancing. In this case, the term ‘power’ explained in terms of military aspect- and which is narrowly defined with relation to other non-military power.

Contrary to the above conception, Morgenthau uses the term ‘balance of power’ with different meanings: “as a policy aimed at a certain affairs”, “as an actual state of affairs”, “as an approximately equal distribution of power” and “as any distribution of power” (Morgenthau 2006: 179-182, 222-8). However, as a working definition, Morgenthau defines balance of power as “an actual state of affairs in which power is distributed among several nations with approximate equality” (Morgenthau 2006: 179). Even this Morgenthau’s definition is not precise

enough to demarcate the scope of the concept. Nominally, he associated actual state of affairs with distribution of power among states without coining what power entails and does not entail. Accordingly, these attributions of different meanings to the term-balance of power⁵ make the concept more ambiguous and imprecise to state clearly “what it contains and not contains” (Kegley/Rymond 2010: 235).

However, balance of power⁶ is, for classical realists, a desirable instrument. For classical realists, balance of power is a means to assure state survival, national interest and security. In other words, it serves as an instrument to materialize normative core values of classical realism. With this sense, Morgenthau identifies two typical patterns of the balance of power: “the pattern of direct opposition” and “the pattern of competition” (Morgenthau 2006: 184-7). The earlier is expressed in terms of policy or action that is designed as a counter of an imperialist policy. The later is focused on competitive capabilities of a state with other or among states to limit the possibilities to achieve absolute control or hegemonic dominance over others.

Balance of power is “a universal social phenomenon” – meaning it can be theorized in domestic and international level (Morgenthau 2006: 182). For him, balance of power in domestic politics takes place “within a relatively stable and integrated society” as compare to anarchistic nature of international politics (Morgenthau 2006: 182). In this case, the central government monopolizes all means of violence and it is ‘unchallengeable power’ by all competent parties. However, in the presence of civil war, illegitimate central government and total absence or too weak central government (like Palestinian Authority), balance of power in domestic sphere shares the basic features of balance of power in international politics.

Once the power of the central government is legitimized and accepted by all competent parties and groups as a super power, conditions of domestic peace are different from the international

⁵ Kegley and Rymond (2010) summarize criticisms that have been labeled to the concept of balance of power. These criticisms are mainly focused on theoretical and practicability aspects of the concept. For details, see *Ibid*: 237-239.

⁶ Balance of power can be carried through different methods: like divide and rule, compensations, armaments and alliances. For more details about these methods, see Morgenthau 2006: 190-208.

level. With this vein, Morgenthau points out these conditions of domestic peace. According to him, the existence of “suprasectional loyalties”, which denotes “pluralistic and overlapping sectional loyalties” that can limit the possibilities of violence and assures domestic peace (Morgenthau 2006: 507). The prevalence of high “expectation of justice” and acceptance of the rule of law by all social groups and parties are also critical conditions to bring peace in the domestic politics (Morgenthau 2006: 508). “Overwhelming power”, which reflects itself in the form of “material force as a monopoly of organized violence and in the form of irresistible social pressure” (Morgenthau 2006: 509), is also restrained violent mechanisms and bind all societal groups to contest each other under the law. Thus, domestic peace can be achieved through strengthen internal legal framework and pluralistic interests.

Accordingly, it is not an easy thing to bring change within the existing system or to change the system itself through peaceful balance of power mechanism in domestic politics. Morgenthau notes factors, which favor peaceful change in the domestic sphere. These factors are the “ability of public opinion to express itself freely”, “ability of social and political institutions to absorb the pressure of public opinion” and the “ability of the state to protect the new status quo against violent change” (Morgenthau 2006: 455). These abilities require a structural and institutional transformation to protect the national interest and to defend the new change/status quo. However, all these elements of domestic peace are the result of equilibrium of power between competing groups and institutionalization of this equilibrium. This might not happened if the equilibrium position is disturbed by internal or external factor(s). In Palestinian society, the prevalence of the above elements, which are needed for peaceful transition and contestation, are threatened by extreme power politics between Hamas and Fatah, who are the two predominant Palestinian political factions.

From the above theoretical discussion, this paper opts for five variables, which are used to answer the research question and to explain the possibilities of peaceful reconciliation between Hamas and Fatah. These variables are national, Hamas and Fatah interests, current distribution of power, third parties influence on the reconciliation process, future distribution of power, and people’s pressure (Palestinian) on Hamas and Fatah. These

variables are central issues of Morgenthau's classical realism. Moreover, these variables, in Palestinian politics context too, are the most critical factors of the successfulness reconciliation processes.

National, Hamas and Fatah Interests

In Palestinian context, the national interest is defined in the form of power struggle between Palestinian factions in domestic sphere and with the state of Israel in international sphere. Within these struggles, the establishment, security and survival of the state of Palestinian are the main national interests of Palestinians. These national interests are challenged by domestic and international political struggles. Domestically, according to recent Palestinian public opinion survey, "the lack of national unity due to the split between the West Bank and the Gaza Strip" (PSR 2012: pull no. 43) is one of the top three problems that Palestinians confront today. In one hand, lack of national unity has extremely damaged to have a solid and unified means to serve the national interests. On the other hand, the split between the West Bank and the Gaza Strip has enormously hindered the capabilities of Palestinian to confront the state of Israeli. According to the Doha Debate's survey result (April 2008), the Hamas-Fatah conflict (38%) and Israel (34%) are believed to be the two biggest threats to Palestinians today. However, despite these internal and external problems, in spite of the fact that Palestinian state is a state under-the-making, Palestinians have defined national interests on which both political factions and fellow citizens are agreed upon. However, Palestinians do not have well-designed and defined means to serve their national interests at best (Brown 2010; Issa 2010; Rabbani 2008).

Since form its establishment in the early 1960s, Palestinian Liberation Organization (PLO) and Fatah as dominant faction, has controlled the Palestinian political struggle. Its main interest has been to establish Palestinian state in a secular nationalist framework. In the early days, Fatah was used military operation against the state of Israel to materialize its interest. Following the 1993 Oslo accords, Fatah has recognized the state of Israel and accepted the two state solutions. Accordingly, Fatah has been using peaceful resistance, i.e. political and diplomacy

methods, as its main political strategy to achieve its objective.

Hamas, as its name denotes, has been regarded as a Sunni Islamist Movement, and is interested to establish an Islam Palestinian state. According to its political leader, Khalid Mishal, Hamas does not recognize the state of Israel and openly seeks Israeli's destruction (Rabbani 2008). As a result, it has been used resistance, in its all forms, as its main political strategy to realize its interest.

Thus, the difference between Hamas and Fatah seems to be an ideological and political strategy differences. In this vein, Ghanem notes also:

"[...] in the ideological sphere, where Hamas' worldview is incompatible with the secular approach of the PLO, and in the programmatic sphere, primarily due to differences in political programs and the methods adopted to achieve their goals." (Ghanem 2008: 473)

However, many other scholars like Ghanem paid high attention to the covering issues, rather than giving adequate account for their main difference. Their difference is not neither ideology nor political strategy. To the contrary, Pradhan evidently notes that the main difference between Hamas and Fatah is characterized by acute power struggle. According to him:

"The basic objective of Hamas had been to create a new Palestinian order. Behind this objective lay an acute power struggle between the established and dominant actors as well as the emerging ones in Palestinian politics. Hamas believed in the establishment of an Islamic state in all of Palestine" (Ghanem 2008: 308).

From its political history – from its establishment in the late 1980s till now – Hamas is not a member of PLO, which is the dominant political movement made up of many political organizations and Fatah as a dominant faction. According to Brown (2010), this is because of the sharp political competition between Hamas and Fatah to dominate the struggle for independence. Consequently, Issa (2010) argues that this power struggle among Palestinian political factions has forced the political elites to see only their factional interest and to pay less attention for the national interest. From a historical reading, Pettengill and Ahmed (2011:7) note that Hamas and Fatah have a "history of rivalry." More specifically, according to the Doha

Debate's survey result (April 2008), 64 percent of the correspondents believed that "political rivalry for control of power and wealth" is the main cause for Hamas-Fatah conflict. Thus, the Palestinian internal schism is emanated largely, if not totally, from domestic rivalry power politics.

Hence, this political struggle between Hamas and Fatah is characterized whereby Fatah tries to defend its status quo and Hamas tries to get legitimacy and hegemony. In Morgenthau's words, Fatah enacts a policy of status quo and Hamas enacts an imperialist policy. In this regard, Fatah defends its status quo in the forms of monopolizing Palestinian Authority (PA) security apparatus, dominating in the national institutions building process and presenting itself as a main channel for international aid and support. To this contrary, Hamas organized itself into three wings: political, military and social welfare (for more detailed information about the organizational structure of Hamas see Rabbani 2008). From its organizational wings, it is clear that Hamas tries to get support and legitimacy from Palestinians and anti-Israel countries. By politicization of the Oslo Peace Accords, Hamas presents itself, using Sunni Islamism as a main political doctrine, as a freedom fighter against Israeli's occupation and Fatah's surrender.

Consequently, Hamas and Fatah developed their own political strategies to serve the national interests. Moreover, these strategies are seen as mutual exclusive by their own nature (Schanzer 2008). However, these strategies are not mutual exclusive by their own nature; rather they are designed to serve the factional interests first and, then, the national interests. Since the 1993 Oslo Peace accords, domestically Fatah has lost significant amount of support, whereas Hamas has presented itself as an alternative legitimate representative force. Accordingly, Hamas political leader, Khalid Mishal, argues that Fatah's interest is "to remain the political address of the Palestinian people" (Rabbani 2008: 77). This is because Fatah is in fear of Israel will reach an agreement with Hamas and, as a result, they (Fatah) may lose their role in the struggle for independence. Another fear that Fatah has is that Hamas will become "a leading force" and "a central power among Palestinians in the occupied territories, by virtue of its armed resistance" (Ghanem 2008: 473). To put it differently in Morgenthau's words, Hamas was a direct opposition in the early days, and now

it has become a main competing political group against Fatah to control power and dominate the struggle for independence. This trend has defined the static nature of Palestinian domestic politics or what Morgenthau describes as 'the effect', which defines the political struggle.

Current Distribution of Power

Hamas and Fatah have been leading two separate Palestinian mini-governments. Hamas is now trying to build one party State in Gaza Strips and district Gaza as its basis of government administration, which is led by Prime Minister Ismail Haniya. Whereas, Fatah is trying to establish a technocratic government in West Bank, which is led by Prime Minister Salam Fayad where Ramallah as the basis of its government administration. The reconciliation processes that aimed to bring these two mini governments into one and establish the national unity government are not so far fruitful because of the power struggle. For political tactics, both are seemed like very interested in the reconciliation processes of Mecca, Cairo and Doha Agreements in 2007, 2011 and 2012 respectively. However, Palestinian politics seems like to be in deadlock state of affairs. Because, both parties are working towards to secure their survival and interests first, ahead of and sometimes at the expense of the national interests (Brom 2012).

From a historical reading of Hamas-Fatah conflict, the security aspects of the struggle have two versions. The first is related to control over the security apparatus of the PA to defend their own interest (Rabbani 2008: 76). The second is to provide an adequate security service for the Palestinian to protect from the yoke of Israeli's occupation (Pettengill/Ahmed 2011: 9). The earlier has been indicated as a main cause for the split of Palestinian political factions. Though Hamas won the 2006 Palestinian legislative election, it failed to establish a government. Following the post-election conflict between Hamas and Fatah, "Hamas militias took over the Gaza Strip after attacking Fatah-led PA security forces" (APOME 2011: 1). Fatah, with the help of the US and Israeli, was able to defend the West Bank and defended its status quo in the PA.

Consequently, following the split, both factions have established their own security apparatus in order to consolidate power. This competition for power has defined the reconciliation process and

has enormously affected the establishment of the unity government. These two neck to neck governments are established through military contestations and without having “electoral legitimization” (APOME 2011: 1). As a result, the issues of security and survival have become the central element of the reconciliation processes.

The political struggle between Hamas and Fatah is based on a political strategy and tactic to deal with Israeli’s and the US’ interferences, which are regarded by 87% and 86% respondents of the Doha Debate’s survey result (April 2008) respectively, as the main cause of Palestinian fragmentation. Fatah has gained international support since from the 1993 Oslo Peace accords, however, Hamas is still labeled as a terrorist organization by international community, more specifically by the West. Following the war-on-terror global movement, most pro-Hamas countries and supporters change “their position towards the perception of the West” (Kumaraswamy 2005: 49). Thus, Hamas is interested to involve in the PA so that to establish and defend its hegemony. Fatah has also lost its political acceptability by the Palestinians since Fatah is not able to pressurize the international community to materialize the promises they made. With these two different political rationales, both factions are employing a zero-sum political tactic against each other to build their prestige and defend their status quo and interests.

Contrary to the international sphere, which is in favor of Fatah, Hamas has gained a substantiated support and credit for its political activities. For instance, according to the Doha Debate’s survey result (April 2008), the vast majority of respondents (88%) do not believe that Israel wants peace regardless of the Palestinian troubles. The current research result is also indicated the same level of perception (PSR Poll No. 43, 2012). Accordingly, Hamas has been manipulating this Palestinian perception through its resistance strategy and social activities to mobilize the mass.

In terms of administrative and financial issues, both parties are not at equilibrium positions. In terms of administrative aspects, Fatah, more specifically during the Arafat’s regime, had been criticized for its corrupt and neo-patrimonialistic practices (Ghanem 2008: 472). However, after the split between West Bank and Gaza Strip, Fatah has tried to improve the livelihood of the people by establishing a technocratic government.

However, Hamas has well established networks to provide social services and build a better stand to fight corruption (Rabbani 2010). In terms of financial issue, Fatah has been supported by the international community and is also used Israeli’s institutions to collect tax. It is believed that Hamas receives now financial support from Iran and most other pro-Hamas Arab countries “either frozen, close down, or closely monitored the accounts of a number of Hamas leaders and affiliated associations” (Kumaraswamy 2005: 49). Thus, the current distribution of power, in terms of security, political acceptability, administration capacity and financial position, is distributed unequally. Thus, for their success, reconciliation processes should also focus not only to establish the unity government, but also on bringing these two main factions to equilibrium positions.

Third Parties’ Influences on the Reconciliation Process

External actors, particularly Israeli, the US and the European Union (EU), have been criticized for using the split between Hamas and Fatah as a central element in their policy (Brom 2011). Both reconciliation agreements, which are signed to put an end the internal schism between Hamas and Fatah, aimed to establish Palestinian national unity government. However, these external actors put conditions in order to recognize the newly established unity government. These conditions are Hamas should first recognize the state of Israel and accept previous agreements. If not, they are prepared to put financial sanctions on both Hamas and Fatah.

Israel has a great concern in the reconciliation process between Hamas and Fatah. Israel’s Prime Minister Benjamin Netanyahu has condemned Fatah’s move towards an agreement with Hamas and has argued that the “Palestinian Authority must choose between a treaty with Hamas and peace with Israel” (BBC 2012). Israeli’s concern is related to its security. Israel considers Hamas as a terrorist organization, and condemns any move towards peace talk with Hamas. Hamas also does not recognize the state of Israeli. Yet, Hamas could not change its stand in the coming short period of time since it would cause a critical political problem. (Rabbani 2010). However in the early days, Hamas had been supported financially by Israel and even Israel “looked

Hamas as a potential ally” to fragment Palestinian Nationalism (Kumaraswamy 2005: 50; Usher 1995: 66). Israel has started to marginalize Hamas when it transferred into a powerful and popular force. Moreover, Hamas is regarded by international community, particularly by the West, as anti-peace, terrorist and extreme radical force (Gunning 2004). Thus, the conflict between Hamas and Israel is one variant of the struggle for power.

The US is also interested in the reconciliation process between Hamas and Fatah for its own national interest. The US has funded and armed Abbas’s Presidential Guard and Gaza based Fatah warlord, Mohammed Dahlan to defeat Hamas in 2007 conflict.⁷ Though Hamas won the 2006 Palestinian Legislative Election, Fatah, who was defeated in the election, controlled the PA security apparatus and forced Hamas to remain in Gaza Strips. The US wants to use its financial and diplomatic ties to pressurize Fatah in order to force Hamas to recognize the state of Israel and existed agreements.

The Israel-US interference in Palestinian domestic affairs is considered by Palestinians as the major contributor to the cause of Palestinian society political fragmentation (PSR Poll No. 43, 2012). The EU is also putting pressure that the national unity government should recognize the state of Israel and abide by former peace accords. Accordingly, the US, Israeli, and the EU have indicated that if the unity government does not recognize the state of Israel and abide by existing accords, they are ready to cut their financial support and put diplomatic and economic sanctions (see Brom 2011). Thus, the reconciliation process between Hamas and Fatah is not only the Palestinian domestic affair, but also it has international implication.

Future Distribution of Power

The so-far reconciliation agreements between Hamas and Fatah have failed to bring the needed political order and peace within Palestinian domestic politics. The issues of sharing political and administrative power of the national unity govern-

ment are the central element of the reconciliation agreements. Palestinian political groups, more specifically Hamas and Fatah, compete to have a hegemonic role and have failed to design the win-win mechanisms of distribution of political and administrative power. According to Mecca agreement, Hamas and Fatah agreed on the selection criteria of prime minister and minister of interior. However, Hamas and Fatah have failed to abide by the Mecca agreement.

Cairo and Doha agreements have also been facing the same problem. Hamas and Fatah were agreed that the current PA president, Mahmoud Abbas, would lead the national unity government as “interim prime minister” (Toameh 2012). However, they could not so far agree on the post of minister of interior. Beside this, some of Hamas political leaders do not agree on Abbas (Brom 2012:1). Moreover, the so-far agreements have spelled out some general principles and left the detail issues, for instance, who will lead the security apparatus, how Hamas’s and Fatah’s security apparatus will be integrated, who will lead the national election committee and on institutional structure. All these detail issues are critical and will hinder, if not prolonged, the reconciliation process and the establishment of the national unity government.

Future distribution of power also depends upon the legitimization of PA’s institutions. Hamas and many of other opposition factions consider the PA, which is the result of the 1993 Oslo Peace accords, as “illegitimate or semilegitimate entity” (Cohen 2012: 465). More specifically, Hamas considers President Mahmoud Abbas as legitimate president and, however, considers Prime Minister Fayyad’s government as “illegitimate government” (Brown 2010: 40). As a result, Fatah also considers Hamas as an Islamic movement, which is a treat for the establishment of secular Palestinian state. Fatah and Hamas do not consider each other as a legitimate player. Consequently, they deploy a zero-sum political tactic in order to marginalize, if not destruct, each other. Contrary to this Hamas and Fatah zero-sum practice, Palestinians both in Gaza Strips and West Bank protest against the respective governments and calling for national unity government and win-win political practice (Brom 2011: 2-3). Thus, this zero-sum political practice is also a challenge to design and implement an agreeable power sharing system among Palestinian factions.

⁷ The document of the US outlined a \$1.27 billion to military program that would add seven special battalions, totaling from 4,700 soldiers to 15,000 Mahmoud Abbas presidential guard and security forces after the National Unity Government failed to run (see Steele 2007).

The success of the reconciliation process in sharing power within Palestinian political factions is also depend upon the general form of political struggle that each faction selects to operate. Hamas and some other factions like Jihad Movement argue that the general form of political struggle to get rid of Israeli's occupation, to establish the state of Palestinian, and to assure the security affairs of Palestinian people should be resistance, which may include military operation. According to Fatah, the strategy of resistance based on 'eye for eye' principle could not bring any peace rather it complicates the struggle and increase the burden and misery. Thus, this difference on the general form of struggle prohibits the establishment of balance of power among the Palestinian factions.

Peoples' Pressure on Hamas and Fatah

Both Hamas and Fatah are interested in the reconciliation process based on their own political calculations.⁸ Their political calculations are focused on maximization of their power base in order to defend either their own status quo – in the case of Fatah, and to establish prestige or status quo – in the case of Hamas. However, Palestinians have started to question the deep-rooted internal schism between different political factions. According to the Doha Debate survey result (2008), Hamas-Fatah conflict is considered as a biggest threat to Palestinians today. According to PSR survey result (Poll No. 43, 2012), 84 percent of the correspondents support the Doha agreement, however, they were skeptical about its success. This indicates a clear political gap between the needs of the people and political factions.

The power struggle between Hamas and Fatah is not inline with the national interest. According to recent survey, 62 percent of the correspondent want the reconciliation government, which is abide by the peace accords. Palestinians want to see the establishment of the national unity government, which is based on a reconciliation framework. There is a growing enthusiasm towards the national unity government by Palestinians to end Israeli's occupation, to reconstruct West Bank and Gaza in order to eradicate poverty and unemployment. Thus,

⁸ Pradhan (2008: 309-312) has stated the political calculations of Hamas and Fatah with regard to the reconciliation process (see also Brom 2011).

a vast majority of people are calling for the formation of a reconciliation government to be headed by Abbas and to undertake election to establish a democratic Palestinian government.

However, Palestinians are in fear of, if a reconciliation government is established, 57 percent expect and 35 percent do not expect the return of international boycott, financial sanctions and aid cuts. Accordingly, Palestinians want to have a reconciliation government, which is abide by the existing agreements with Israeli. Yet, this Palestinians' peaceful adherence may not stay for long if the international community and Israel do not materialize the promises they have made already. In addition, Hamas and Fatah, after the 2006 election, bypassed the Palestinian Basic law and international human right and committed human right violation (Freed 2007). Thus, lack of internal peace is also another main reason for Palestinians to vote for a reconciled government, which would be abided by peaceful accords. Thus, this Palestinians' demand is in favor of Fatah's strategy (Raman 2011), as a result, Hamas starts to politicize the reconciliation process and its discontents in order to defend its strategy and status.

Conclusion

As Morgenthau states, the modus operandi of international and domestic politics is the concept of interest, which is defined in terms of power. This notion of politics can be seen in the Palestinian domestic political sphere. In the Palestinian context, the national interest is defined in the form of power struggle between Palestinian factions in domestic sphere and with the state of Israel in international sphere. Cognizant to this, the establishment, security and survival of the state of Palestinian are the main national interests of Palestinians. However, let alone the international challenges, the domestic challenges, which are emanated from power politics between political factions, have enormously affected the realization of the national interests. A historical reading prevails that Hamas and Fatah have a 'history of rivalry', which is expressed by acute power struggle. This power struggle formed factional interests, where Fatah seeks to establish state of Palestinian in a secular nationalist framework and reconcile its existence with the state of Israeli, whereas Hamas works towards the establishment

of Islam Palestinian state and seeks Israeli's destruction. In consequence, Hamas and Fatah have competing and mutual exclusive interests, which are defined in terms of their acute power struggle.

Morgenthau's classical realism theory pays high attention for current distribution of power and its dynamism to establish a system of balance of power to achieve peace. Cognizant to this, the current distribution of power between Hamas and Fatah is distributed unevenly in terms of security, political, financial and administration aspects. Thus, the current distribution of power has prevailed high possibilities of violence, lack of capacities to constrain and channel the power in non-violent way. Moreover, Hamas and Fatah act upon 'self-help-principle', which clearly shows Hamas and Fatah depend upon their own capacity to defend their security and existence.

Political struggle between Hamas and Fatah encompasses all forms of struggle. As a result, Palestinian domestic politics is under the deadlock state of affairs. This, static feature of Palestinian politics is emanated from self-help approaches of Hamas and Fatah, which are resulted from what Morgenthau describes as 'the effect'. The absences of conditions of domestic peace, which are pointed out by Morgenthau, are not exist sufficiently in the Palestinian politics due to asymmetrical distribution of power in terms of political acceptability, finance, and administrative capacity. As a result, there is a growing challenge to restrained violence mechanisms and bind all political factions to contest each other under the law. Consequently, these situations hinder the possibilities of peaceful change through reconciliation process to establish a functioning balance of power system in the Palestinian domestic politics.

For its own peculiar feature, the Palestinian domestic politics has become part of regional and global politics. Third parties like Israel, the US and the EU have been using the split between Hamas and Fatah as a 'central element in their policy' to secure their own national and regional interests. According to their policy, the national unity government should recognize the state of Israel and previous accords. Some other Arab countries like Iran have been supporting Hamas for their own national interest. However, Arab countries' interests are in flux due to the wave of political change that are been taken place for the last one or two years. Thus, the influences of these

external actors have significantly affected the establishment of the national unity government, which is aimed in creating a system of balance of power between Palestinian political factions.

The so-far reconciliation agreements between Hamas and Fatah are not able to bring the needed political order and peace. To take out the Palestinian domestic politics from these deadlock characteristics, the up-coming agreements between Hamas and Fatah should focus on the future distribution of power and detail mechanisms of its implementation. Accordingly, future distribution of power and establishment of a system of balance of power will depend on the details of the reconciliation agreement, mutual recognition of Hamas and Fatah each other as legitimate players, win-win political practice, and on the general form of political struggle that each faction selects to operate. In theoretical speaking, all these factors are critical central issues to reduce 'the effects' in order to establish a functioning system of balance of power.

Palestinians have started to pressure Hamas and Fatah to stop their conflict and establish national unity government. Palestinians have supported the establishment of national unity government, which is based on a reconciliation framework. Thus, from the Palestinians point of view, to put in other words, the establishment of national unity government is an instrument to create and maintain a system of balance of power among Palestinian political factions, more specifically between Hamas and Fatah, whose interest and policies shape the destiny of the Palestinian society. The external actors are playing significant role, however, it is crucial to see Hamas-Fatah conflict at its own broader nature and relate Palestinian domestic political schism not only to the religious or third parties' influence, but also to broader world structure, such as the logic of power politics and balance of power within a state-under-the-making. ■■■

References

- Academic Peace Orchestra Middle East (APO-ME) 2011: *The Reconciliation of Hamas and Fatah: Smoothing the Way to the Middle East Conference by Contributing to Peace and Security in the Region*. Policy Brief. (No. 3). http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/Policy_Brief_No._3.pdf (Accessed 03/09/2012)
- BBC 2012: *Fatah-Hamas unity government: Israel condemns move*. BBC news, 07 February, 2012. <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16918834> (Accessed 08/09/2012).
- Bloomfield, David/Barnes, Teresa/Huyse, Lucien 2003: *Reconciliation After Violent Conflict: A Handbook*. Eds. David Bloomfield, Teresa Barnes and Luc Huyse. Stockholm: International IDEA.
- Brom, Shlomo 2011: *The Fatah-Hamas Reconciliation Agreement*. INSS Insight 253.
- Brom, Shlomo 2012: *The Storm within Hamas*. INSS Insight 316:1–3.
- Brown, Nathan J. 2010: *The Hamas–Fatah Conflict: Shallow but Wide*. *The fletcher forum of world affairs* 34:2, 37–51.
- Cavatorta, Francesco/Elgie, Robert 2010: *The Impact of Semi-Presidentialism on Governance on in the Palestinian Authority*. *Parliamentary Affairs* 63:1, 22–40.
- Cohen, Hillel 2012: *Society–Military Relations in a State-in-the-Making: Palestinian Security Agencies and the “Treason Discourse” in the Second Intifada*. *Armed Forces & Society* 38:3, 463–85.
- Dunne, Tim/Schmidt, Brain C. 2005: *Realism. In The globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*, eds. John Baylis, and Steve Smith. 3rd ed. Oxford: Oxford University Press, 161–84.
- Freed, Elizabeth 2007: *Fatah and Hamas Human Rights Violations in the Palestinian Occupied Territories from June 2007 to December 2007*. *The Palestinian Human Rights Monitoring Group (East Jerusalem)*.
- Ghanem, As'ad 2008: *Palestinian Politics after Arafat: The Predicament of the ‘Palestinian National Movement’*. *Journal of Developing Societies* 24:4, 465–87.
- Gunning, Jeroen 2004: *Peace with Hamas? The Transforming Potential of Political Participation*. *International Affairs* 80:2, 233–55.
- Issa, Shawqi 2010: *Palestine: Notes From the Inside*. *Race Class* 51:3, 66–72.
- Jackson, Robert H./Sørensen, Georg 2010: *Introduction to International Relations: Theories and Approaches*. 4th ed. Oxford: Oxford University Press.
- Kaufman, Robert 2006: *Morgenthau’s Unrealistic Realism*. *Yale Journal of International Affairs*: 24–38.
- Kegley, Charles/Rymond, Gregory 2010: *The Global Future: A Brief Introduction to World Politics*. New York: Wadsworth.
- Koshy, Ninan 2007: *Palestine’s New Partition*. *Economic and Political Weekly* 42: 27/28, 2871–3.
- Kumaraswamy, P.R. 2005: *The Cairo Dialogue and the Palestinian Power Struggle*. *International Studes* 42: 1, 43–59.
- Levy, Yagil 2010: *The Tradeoff between Force and Casualties: Israel’s Wars in Gaza, 1987–2009*. *Conflict Management and Peace Science* 27:4, 386–405.
- Mahoney, James 2004: *Comparative-Historical Methodology*. *Annual Review of Sociology* 30, 81–101.
- Mahoney, James/Rueschemeyer, Dietrich 2003: *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansbach, Richard/Taylor, Kirsten L. 2012: *Introduction to Global Politics*. 2nd ed. New York: Routledge.
- Morgenthau, Hans J. 2006: *Politics Among Nations*. 7th ed. Boston, Mass.
- Pettengill, Julia/Houriya, Ahmed 2011: *Regional Actors and the Fatah-Hamas Unity Deal : Shifting Dynamics in the Middle East?* Henry Jackson Society. <http://www.henryjacksonsociety.org/cms/harriercollectionitems/Fatah+Hamas+Document.pdf> (Accessed 27/08/2012).
- Pradhan, Bansidhar 2008: *Palestinian Politics in the Post-Arafat Period*. *International Studes* 45: 4, 295–339.
- PSR 2012: *Palestinian Public Opinion 03 April, 2012*. <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2012/p43efull.html#peaceprocess> (Accessed August 16, 2012).
- Rabbani, Mouin 2008: *A Hamas Perspective on the Movement’s Evolving Role: An Interview with Khalid Mishal: Part II.* *Journal of Palestine Studies* 37:4, 59–81.
- Raman, Suby 2011: *Palestinian Public Opinion 2006-2011: Decline of Hamas and Rise of Fatah*. *Tabeer*, December 03. <http://subyraman.com/palestinian-public-opinion-2006-2011-decline-of-hamas-rise-of-fatah/> (Accessed August 25, 2012).
- Reus-Smit, Christian/ Snidal, Duncan 2008: *The Oxford Handbook of International Relations*. Oxford: Oxford University Press.
- Rynning, Sten/ Ringsmose, Jens 2008: *Why Are Revisionist States Revisionist? Reviving Classical Realism as an Approach to Understanding International Change*. *International Politics* 45:1, 19–39.
- Schanzer, Jonathan 2008: *Hamas vs. Fatah: The Struggle for Palestine*. 1st ed. New York: Palgrave Macmillan.
- Steele, Jonathan 2007: *Hamas acted on a very real fear of a US-sponsored coup*. *The Guardian*, June 22. <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2007/jun/22/israel.comment> (Accessed August 15, 2012).
- The Doha Debates 2012: *This House Believes That Palestinians Risk Becoming Their Own Worst Enemy*. <http://www.thedohadebates.com/debates/series/?s=4> (Accessed August 13, 2012).
- Toameh, Khaled Abu 2012: *Hamas, Fatah agree on unity gov’t: Abbas to be PM*. *The Jerusalem Post*, February 06. <http://www.jpost.com/MiddleEast/Article.aspx?id=256671> (Accessed August 23, 2012).
- Usher, Graham 1995: *What Kind of Nation? The Rise of Hamas in the Occupied Territories*. *Race and Class* 37:2, 65–80.
- Van Houwelingen, Pepijn 2010: *(Classical) Realism in the 21st Century*. London: Edinburgh.

Vinzenz Greiner

INTERACTIO - ANIMADVERSI0 - IMAGO

Der slowakisch-ungarische Konflikt aus der Perspektive des Sozialkonstruktivismus nach Alexander Wendt

Vinzenz Greiner

B.A. European Studies,
Universität Passau,
Studium abgeschlossen,
vinzenz.greiner@
gmail.com

Dieser Beitrag
beruht auf einer
Hauptseminararbeit
im Fachbereich
Internationale
Beziehungen.

Abstract

Die EU-Mitglieder Slowakei und Ungarn stehen in einem höchst angespannten Verhältnis zueinander. Zankapfel sind die ethnisch ungarische Minorität in der Slowakei und der mit ihr in Verbindung stehende Grenzkonflikt - trotz vertraglich anerkannter Staatsgrenzen und verfassungsrechtlich garantierter Minderheitenrechte. Der Konflikt muss daher in einer irrationalen Dimension liegen.

Mithilfe des Sozialkonstruktivismus nach Alexander Wendt lassen sich als Konfliktkern staatliche Rollenidentitäten und damit einhergehende Erwartungshaltungen ausmachen, die sich historisch in ständiger Interaktion bildeten. Interessen und Policies in den genannten Problemfeldern sind somit Produkte dieser aufeinander bezogenen, weitestgehend stabilen Rollenverständnisse, die fest im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaften verankert sind.

Die Arbeit zeigt, dass es sich um einen Konflikt zwischen den Identitäten der beiden Staaten handelt; und zwar, weil Ungarn wie die Slowakische Republik die Identität des anderen für ihre Selbstkonzeption insofern benötigen, als sie sich entgegen dieser definieren.

Einleitung – Versagen von Rational-Choice-Ansätzen bei der Erklärung des slowakisch-ungarischen Konfliktes

Die Europäische Union ist nicht nur ein politisch-ökonomischer Block, sondern auch eine Werte- und Friedensgemeinschaft. Dennoch sind die Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nicht konfliktfrei. Einer dieser zwischenstaatlichen Konflikte besteht zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik. Trotz der vergleichsweise kurzen Dauer, welche die beiden Länder in der EU sind, ist der Konflikt für seine Brisanz europaweit bekannt. „Slovakia and Hungary have become notorious for having the most conflict-ridden bilateral relations of any EU member states“ (Bútorá et al. 2010: 121).

Dem Betrachter stellen sich nun folgende Fragen, auf welche diese Arbeit mögliche Antworten geben wird: Erstens, welche Ursachen die konfliktäre Beziehung hat. Zweitens, wie sich der Konflikt in den politischen Handlungen der beiden Staaten genau manifestiert. Um einen Erkenntnisgewinn bezüglich dieser Fragen zu erlangen, ist es sinnvoll, eine Theorie der internationalen Politik zur Anwendung zu bringen.

Versucht man nun mit Ansätzen der Internationalen Beziehungen, die die Rationalität eines egozentrischen Akteurs betonen – also Rational-Choice-Ansätze – diesen Konflikt zu untersuchen, gelangt der Erklärungswert solcher Theorien allerdings schnell an seine Grenzen. Institutionalisten wie Robert Owen Keohane können nicht erklären, weshalb die beiden Staaten die Verlässlichkeiten, das Vertrauen und die Sicherheiten, welche sie sich gegenseitig durch die Institutionalisierung ihrer Beziehungen zusichern, in der politischen Praxis konterkarieren. Die EU, die NATO und bedingt auch die Visegrad-Gruppe, in welche die zwischenstaatlichen Beziehungen eingebettet sind, sollten laut Keohane „stable mutual expectations about others‘ patterns of behavior and [...] develop working relationships“ (Keohane 1984: 89) etablieren, im Sinne dieser Bündnisse also Erwartungen an ein kooperatives und Autonomie-respektierendes Verhalten des Gegenübers. Dies ist aber hier nicht zutreffend, denn vielmehr erwartet die Slowakei Angriffe auf ihre Autonomie von ungarischer Seite. Außerdem ist die Annahme, dass – auch in der Abwesenheit von etwaigen Sanktionsmöglichkeiten – Akteure den Prinzipien eines Regimes treu sind, weil

sie bei deren Missachtung ihren Ruf gefährdet sehen (Keohane 1984: 105), nicht zutreffend. Würden nämlich Ungarn und die Slowakei um ihre Reputation bangen, missachteten sie nicht EU-Prinzipien wie den Schutz von Minderheitenrechten und Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten eines anderen Mitgliedsstaates und verhielten sich somit nicht destabilisierend für die Region. Betrachteten sie rein rational die Folgen ihrer Handlungen für ihre Reputation, würden sie sie nicht auf diese Weise ausführen.

Ebenso wenig vermag ein Vertreter des Neorealismus, wie beispielsweise Kenneth Waltz, zu plausibilisieren, weshalb die Beziehung zwischen den beiden Staaten überhaupt konfliktär, beziehungsweise warum deren Beziehungen zu anderen Nachbarstaaten nicht konfliktbehaftet ist. Denn seine Theorie „requires ignoring how units relate with one another [...] and concentrating on how they stand in relation to one another“ (Waltz 1979: 80), und zwar eine Beziehung, die auf der „distribution of capabilities“ (Waltz 1979: 98) basiert. Die Slowakische Republik müsste dementsprechend Polen und die Ukraine fürchten, da diese mindestens genauso viele ‚capabilities‘ wie Ungarn besitzen. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Waltz‘-schen Theorie ist, dass er dort Konflikte verortet, wo um relative Positionen im anarchischen System der Staatenwelt gekämpft wird. Zudem befinden sich beide Staaten in der NATO und EU, die jeweils als ‚Allianz‘ gemeinsam ‚capabilities‘ gegenüber anderen Blöcken aufbauen. Deshalb müssen sie nicht um ihren Fortbestand fürchten; Konflikt ist nicht möglich.

Es gibt also unter der Prämisse des Konzeptes eines Akteurs, der seine Entscheidungen auf der Basis rationaler Abwägungen trifft, für Ungarn und die Slowakei wenige Anreize, die Beziehung zum Nachbarstaat konfliktär weiterzuführen. Vielmehr scheinen die beiden Akteure nicht-rational zu agieren. Alexander Wendt liefert im Gegensatz zu Rational-Choice-Ansätzen mit dem sozialkonstruktivistischen Konzept ein Instrument, um irrationales Handeln von Staaten begrifflich zu machen. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, diesen Ansatz zu Erklärung des slowakisch-ungarischen Konfliktes heranzuziehen.

1 In Germany, party membership is much more formal than in the United States. In contrast to the U.S., where supporters can register themselves as Democrats or...

In dieser Arbeit soll diese Theorie zuerst erklärt werden; anschließend folgt eine kurze Übersicht der historischen Hintergründe der Beziehungen der beiden Staaten und deren Erscheinung im kollektiven Gedächtnis der Slowakei. Auf diesen Grundlagen erfolgt eine Analyse zweier Teilkonflikte der bilateralen Beziehungen von Ungarn und der Slowakei, nämlich des Grenz- und insbesondere des Minderheitenkonfliktes. Zudem soll auch eine Untersuchung aktueller Tendenzen in der Slowakischen Politik in Bezug auf Ungarn vorgenommen werden. Schließlich soll auf den erarbeiteten Grundlagen ein Ausblick auf die künftige Entwicklung der Beziehungen gewährt werden.

Der slowakisch-ungarische Konflikt als Folge von Konstrukten

Wie im Folgenden dargestellt wird, nehmen sich Ungarn und die Slowakei gegenseitig als Bedrohung ihrer Interessen wahr, was wiederum in dem zwischenstaatlichen Konflikt resultiert. Es existieren vier große Problemfelder, in denen sich diese Bedrohungssituation ganz konkret manifestiert (Samson 2000: 176). Die beiden wichtigsten sind das Grenz- und das Minderheitenproblem.¹

Auf slowakischer Seite fürchtet man Grenzverschiebungen zugunsten des südlichen Nachbarn und eine sprachlich-kulturelle Diskriminierung der eigenen Bevölkerung durch die ungarische Minderheit. Ungarn hingegen nimmt eine Bedrohung der relativen Autonomie der ungarischen Minderheit in der Slowakischen Republik und damit seiner Interessen wahr.

Nun ist entscheidend, die sozialkonstruktivistische Perspektive von Alexander Wendt auf eine Bedrohungssituation zwischen zwei Staaten einzunehmen. Für ihn sind soziale Bedrohungen konstruiert (Wendt 1992: 405). Ungarn und die Slowakei stellen eine Bedrohung aus sich heraus fest, sie nehmen an, bedroht zu werden. Da die beiden Länder nicht nur in geographischem, sondern in engem historischen Bezug zu einander stehen, erweist sich ein Blick in die Vergangenheit als sinnvoll für diese Arbeit. Denn die Annahmen über eine Bedrohung fußen in der Geschichte.

¹ Ivo Samson erwähnt zudem die Frage nach der Aufhebung der Beneš-Dekrete und den Streit um ein Staudammprojekt für das Wasserkraftwerk Gabčíkov-Nagymaros (Samson 2000: 176).

Diese Arbeit analysiert schwerpunktmäßig die slowakische Perspektive. Diese asymmetrische Betrachtung des Konfliktes lässt sich folgend rechtfertigen: Erstens definiert sich die slowakische Identität vor allem negativ – und zwar gegenüber Ungarn. „Ungarn [hingegen] benötigt keine negative Selbstdefinition gegenüber den Slowaken“ (Samson 2000: 173). Zweitens hegen die Ungarn keine Befürchtungen, potenziell eigenes Territorium an die Slowaken abtreten zu müssen. Drittens ist die Minderheitenpolitik Ungarns im eigenen Land für den Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn bedeutungslos – die der Slowakei allerdings gerade einer der relevantesten Eckpunkte der zwischenstaatlichen Beziehung.

Der Sozialkonstruktivismus nach Alexander Wendt

Alexander Wendt gründet seine Theorie auf einer zentralen Grundannahme. Individuen und – hier geschieht der entscheidende Schritt von der Soziologie zur Politikwissenschaft – Staaten sind Subjekte, die immer in Relation zu anderen Subjekten stehen. Sie bestehen nur in und durch diese Beziehung und Interaktion zu anderen. Wendt beschreibt konsequent diesen Weg der Analogiebildung von interpersonalen Beziehungen zu jenen zwischen sozialen Kollektiven wie Staaten.

Er geht soweit, zu sagen, dass „[i]dentities and interests are endogenous to interaction“ (Wendt 1992: 394). Durch die Interaktion zweier Subjekte entstehen erst deren Identitäten, sie existieren nur aufgrund einer Beziehung zueinander. Dies bedeutet allerdings auch, dass Staaten multiple Identitäten besitzen (Wendt 1992: 398). Denn in jeder einzelnen Beziehung zu einem anderen Subjekt besteht eine andere Identität – aufgrund von ihr nimmt ein Subjekt eine Rolle ein.²

„[R]oles [...] are internally related to the role-identities of other actors“ (Wendt 1999: 171).

Diese sich gegenseitig beeinflussenden und konstituierenden Rollen und damit Identitäten sind die Grundlage für Interessen, „because an actor cannot know what it wants until it knows who it is“ (Wendt 1999: 139). Hier stellt sich zum Einen die Frage, was ein Akteur über sich weiß oder wissen kann; zum Anderen, was Interessen

² Wenn Staaten Rollen besitzen, so ist davon auszugehen, dass es folglich auch Intra- und Interrollenkonflikte gibt.

sind.

Die Interessenlagen, die der Sozialkonstruktivismus einem Staat zuschreibt, ähneln grundsätzlichen denen anderer Theorien: Ein Staat möchte sein physisches Überleben und seine Autonomie weitestgehend absichern; zudem ist anzunehmen, dass jeder Staat nach wirtschaftlichem Wohlergehen und Wohlstand strebt.³ Alexander Wendt schreibt allerdings Staaten zudem das Interesse zu, ein ‚kollektives Selbstgefühl und Selbstwertgefühl‘⁴ zu suchen und zu schaffen (Wendt 1999: 235). Dieses Selbst ist ein Wir-Gefühl, welches in Abgrenzung zu jenen erzeugt wird, die nicht zum Kollektiv gehören oder gehören sollen. Sie sind nicht Teil davon. Das Selbstwertgefühl eines Kollektivs wird erreicht, indem man der eigenen sozialen Gruppe und ihrer Gemeinschaft Wert und Bedeutung zuschreibt. Die Gemeinschaft legitimiert sich und die eigene Herrschaft dabei symbolisch und narrativ.⁵

Um jedoch die genannten und insbesondere das letztere Interesse auszubilden, muss ein Kollektiv feststellen, was es über sich weiß und sich so definieren. Wissen ist „any belief an actor takes to be true“ (Wendt 1999: 140). Ein Akteur stellt demnach nicht objektiv fest, was er ist, sondern er stützt sich auf Annahmen über sich selbst, die für ihn wahr erscheinen.⁶ Entscheidend für Wendt ist, dass sich diese Mutmaßungen über das Selbst nicht losgelöst von anderen Akteuren bilden. „Conceptions of self and interest tend to ‚mirror‘ the practices of significant others over time“ (Wendt 1992: 404). Ego orientiert sich an den Handlungen von Alter, um sich selbst zu konzipieren – und vice versa. Die beiden befinden sich in einem Verhältnis des ständigen, reziproken Bezuges.

Der Prozess der Identitätsbildung lässt sich folgend darstellen: An erster Stelle steht eine Handlung von Ego beim ersten Zusammentreffen.

³ Bereits diese Interessen sind allesamt relationaler Natur. Denn ein Staat sichert seinen Fortbestand und seine Autonomie gegenüber und vor anderen.

⁴ Es ist sinnvoll, zwei Übersetzungen von ‚esteem‘, welches im Originaltext steht, hier anzuführen.

⁵ Dies beinhaltet zum Beispiel die Nationalhymne, Denkmäler, die Nationalflagge, aber auch Feiertage und das kollektive Gedächtnis einer Gemeinschaft.

⁶ Hier zeigt sich, dass sich der Wendt'sche Interaktionismus eindeutig in einer (kultur-)relativistischen Strömung bewegt.

Sie wird von Alter wahrgenommen. Auf der Grundlage dieser Wahrnehmung reagiert Alter, was wiederum von Ego wahrgenommen wird, und so weiter. Beide bilden nun Erwartungen aus an die nächsten Aktionen des anderen und von sich selbst. Es entstehen so Bilder, reziproke Typifizierungen vom Selbst und dem Anderen.

Diese Annahmen und Typifizierungen münden in intersubjektives ‚Wissen‘. Dieses Wissen befindet sich in einem ständigen Prozess der sozialen Willensbildung (Wendt 1992: 410). Denn es entsteht in der Deutung der Interaktion von Ego mit einem anderen Subjekt. Die Verteilung dieses Wissens, und die intersubjektiven Verständnisse und Erwartungen bilden die Konzepte vom Selbst und vom Anderen (Wendt 1992: 397).

„If repeated long enough, these ‚reciprocal typifications‘ will create relatively stable concepts of self and other regarding the issue at stake in the interaction“ (Wendt 1992: 405). Bei andauernder Interaktion schließt sich also der Kreis von Aktion und Reaktion (interactio), Wahrnehmung (animadversio) und resultierendem Bild (imago) vom anderen, und sie fügen sich zu einer Konstellation zweier aufeinander bezogener Identitäten, als relativ stabile und rollenspezifische Verständnisse von und Erwartungen an sich selbst (Wendt 1992: 397).

Alexander Wendt bezeichnet diesen Prozess der Identitäts- und Interessenbildung in seinem Werk ‚Social Theory of International Politics‘ als ‚Sozialisation‘ (Wendt 1999: 170). Aufgrund vorangehender Argumentation bedeutet dies, dass ein Akteur an der Sozialisation des anderen beteiligt ist. Man besitzt also einen Einfluss auf die Rollenbildung des anderen staatlichen Akteurs, den man auf zwei unterschiedliche Arten geltend machen kann. Der ‚kausale Effekt‘ bedeutet, „that actors learn identities and interests as a result of how significant others treat them“ (Wendt 1999: 171). Außerdem kann ein Akteur, wenn er intentional eine Rolle einnimmt, die Identität des anderen aktiv verändern. Ein solcher ‚konstitutiver Effekt‘ ist das ‚altercasting‘ (Wendt 1999: 171).

Eine aktive Einnahme einer anderen Rolle oder die Entscheidung gegen eine bisher ‚gespielte‘ Rolle setzt Folgendes voraus: Die Kosten eines beabsichtigten Rollentausches dürfen nicht höher als der Nutzen sein, welchen man aus der neuen Rollenkonstellation ziehen kann. Es muss einen Grund für eine Selbstreflexion und die Fähigkeit

sie anzustellen geben. Eine Rolle anzunehmen, sich ihr zu verweigern oder sie umzuformen, ist nach Wendt jedem Akteur möglich, „[e]ven in the most constrained situations“ (Wendt 1992: 419).⁷ ‚Altercasting‘ ist eine strategische Einnahme einer Rolle durch Ego, um Alter dazu zu bewegen, seinerseits eine andere Rolle einzunehmen (Wendt 1992: 419). „[E]go tries to induce alter to take on a new identity (and thereby enlist alter in ego’s effort to change itself) by treating alter as if alter already had this identity“ (Wendt 1992: 419). Ein Staat kann also durch gezieltes Verhalten einem anderen gegenüber, diesen dazu bewegen, sein Rollenverhalten zu ändern.

Geht man nun wieder zurück zum Normalfall, also dem Einnehmen von Rollen, die durch Interaktion den beiden Teilnehmern zugeordnet werden, muss man noch eine qualitative Komponente der zwischenstaatlichen Beziehungen in Betracht ziehen. Denn nicht jeder Staat prägt die Teilidentität eines anderen Staates auf gleiche Weise. Personen – und analog auch Staaten – agieren gegenüber Objekten und Akteuren auf der Basis von Bedeutungen, welche diese Objekte für sie besitzen (Wendt 1992: 140).

Betrachtet man die Kernpunkte von Wendts These noch einmal in der Gesamtschau, ist Folgendes festzustellen: Soziologische Theorien können von der individuellen, personalen auf die internationale Ebene übertragen und dort zur Anwendung gebracht werden. Wendt verfolgt einen intersubjektivistischen, interaktionistischen Ansatz, nach welchem staatliche Identitäten und aus ihnen hervorgehende Interessen nicht a priori zu Interaktionen bestehen. Sie entstehen erst aus diesen; und zwar indem sich in ständiger, repetitiver Interaktion Wahrnehmungen der eigenen Rollen und derer von Alter ergeben. Diese Konzepte verfestigen sich zu einer sozialen Beziehungsstruktur zwischen den beiden Akteuren. Wendt bringt dies noch einmal prägnant auf den Punkt:

⁷ Diese Annahme ist der Stringenz von Wendts Konzept allerdings abträglich. Denn er geht eigentlich davon aus, dass Entscheidungen auf Interessen und diese auf Identitäten beruhen und damit sozial determiniert sind. Die Wahl, eine Rolle anzunehmen, hat ein Akteur somit nicht, er glaubt nur sie zu haben. Diese theoretische Inkonsistenz umgeht Wendt auf zwei Wegen. Erstens sagt er, eine bewusste Wahl eine Rolle zu verändern sei eine Ausnahme. Zweitens bedient er sich folgender Subjektivitätskonzepte von George Herbert Mead: Das ‚me‘ ist in Bezug auf andere definiert; im ‚I‘ hingegen liegen die Reaktionen auf Rollen und die Freiheit (Wendt 1992: 419).

„It is through reciprocal interaction, in other words, that we create and instantiate the relatively enduring social structures in terms of which we define our social identities and interests“ (Wendt 1992: 406).

Aber nicht jede Beziehung ist gleich prägend für einen Staat. Vielmehr ist der Grad an Intimität und Interdependenz zwischen Ego und Alter entscheidend bei der Rollendefinition (Wendt 1999: 228).

Genau hier liegt der Punkt des slowakisch-ungarischen Konfliktes, an welchem man mit dem Sozialkonstruktivismus ansetzen kann. Denn die slowakisch-ungarischen Beziehungen sind interdependent, ‚intim‘, durch ständige, lang andauernde Interaktion verfestigt und, wie im Folgenden gezeigt werden soll, durch Wahrnehmungen, Selbst- und Fremdbilder konstituiert.

Geschichte und kollektives Gedächtnis

Um verstehen zu können, worauf sich der heutige Konflikt stützt, muss der Blick auf die Geschichte als einen der bedeutungsvollsten Faktoren der Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei gerichtet werden (Šutaj 2007: 41). Dabei muss allerdings bedacht werden, dass auch die Sicht auf die historischen Ereignisse, deren Interpretation, relevant für das traditionell schwierige Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist (Kipke 2010: 351). Denn beide Staaten haben ihre eigenen Annahmen über die Vergangenheit. Dies ist konstitutiv für die Konzeption des Selbst und auch für die des anderen.

Wenn man diese Annahmen nun in die Wendt’sche Theorie einpasst, so kann Geschichte als die Summe aller vergangenen Interaktionen von Ego mit verschiedenen Alteri verstanden werden. Egos Sicht auf die Vergangenheit wiederum sind Annahmen und Interpretationen der Interaktionen mit den anderen Akteuren. Jeder Akteur hat nicht nur seine objektive, sondern auch eine eigene subjektive Geschichte.

Im Fall der Slowakei und Ungarns trifft diese interaktionistisch-konstruktivistische Konstitution von Geschichte zweifach zu: Erstens ist die objektive historische ‚Verbundenheit‘ der beiden Staaten durch die geographische Nähe gegeben. Zweitens werden die beiden subjektiven Geschichten, jeweils kollektiv anders erinnert,

Geschichte und kollektives Gedächtnis sind, wie im Folgenden veranschaulicht werden soll, als Grundlage des heutigen konfliktären Verhältnisses zwischen der Slowakei und Ungarn zu bezeichnen.

Historische Hintergrundinformationen

Ein unabhängiger slowakischer Staat existiert erst seit 1993.⁸ Im 9. Jahrhundert n. Chr. war der Großteil des Territoriums der heutigen Slowakei Bestandteil des Großmährischen Reiches. Der Volksstamm der Altmagyaren drang allerdings von Osten mit berittenen Kämpfern ein und besiedelte nach und nach das Donaubecken (Mésároš 1997: 11). Schließlich besiegten sie den großmährischen Herrscher Svätopluk, die ‚Slowaken‘⁹ fielen unter magyarische Herrschaft (Škvarna 2002: 23). Nach der Krönung Stephans I. waren sie Untertanen im ersten ungarischen Königreich (Škvarna 2002: 25).

Die verschiedenen Ethnien lebten mehr oder minder konfliktfrei bis ins erste Viertel des 18. Jahrhunderts, als Streitigkeiten zwischen dem ethnisch slowakischen und ethnisch ungarischen Adel auftraten (Mésároš 1997: 20, f.). Ein offener Konflikt zwischen Slowaken und Ungarn – die seit 1780 Untertanen des Österreichischen Kaisers waren – brach allerdings erst aus, als Kaiser Joseph II. starb, der versucht hatte, das Lateinische im offiziellen Sprachgebrauch durch das Deutsche zu ersetzen. Nun versuchten die Ungarn, ihre Muttersprache als offizielle Sprache zu positionieren; Ungarisch wurde Pflichtsprache an weiterführenden Schulen (Mésároš 1997: 21).

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurde von ungarischer Seite aus versucht, die verschiedenen Volksgruppen zu magyarisieren. Diese – beeinflusst durch die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution – setzten sich zur Wehr und schlossen sich in Nationalbewegungen zusammen (Mésároš 1997: 22–25).

Ludovít Štúr, einer der Führer der slowakischen Nationalbewegung und Kodifikator des Slowakischen,¹⁰ wurde nach dem ‚Appel

⁸ Die erste Slowakische Republik unter Jozef Tiso war ein Vasallenstaat des Dritten Reiches und daher nicht als autonom zu bezeichnen. Im gesellschaftlichen Diskurs in der heutigen Slowakei wird dieser Staat als ‚Sogenannter Slowakischer Staat‘ (slowakisch: *takzvaný slovenský štát*) bezeichnet.

⁹ Es ist anzunehmen, dass es zu diesem Zeitpunkt noch kein Wir-Gefühl dieser Menschen im Sinne eines slowakischen gegeben hat.

an das slowakische Volk‘, in welchem er die Slowaken „as the original nation and the one-time only possessors of this holy land“ (Mésároš 1997: 27) bezeichnet haben soll, mit den anderen Initiatoren verhaftet (Mésároš 1997: 27). Die slowakische Nationalbewegung radikalisierte sich. Insbesondere als Reaktion auf die nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich 1867 initiierten Magyarisierungskampagnen, in deren Rahmen die slowakische Sprache immer mehr in den familiären Bereich verlagert und aus der Bildung und Öffentlichkeit zusehends verdrängt wurde (Mésároš 1997: 29–36).

Erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Friedensvertrag von Trianon und St. Germain verlor Ungarn die Dominanz über die slowakische Bevölkerungsgruppe. Die Pariser Vorortverträge hatten zwei Folgen, die für das heutige Verhältnis zwischen Ungarn und der Slowakei relevant sind: Zum Einen schuf sich die Slowakei eine Identität, die „in der Negierung der historischen Kontinuität Ungarns, in der ‚Entmagyarisierung‘ ihrer Geschichte [lag]“ (Kiss 2004: 19). Zum Anderen entstanden ungarische Minderheiten in den Nachbarstaaten wie der Tschechoslowakei oder Rumänien, da in den Friedensverträgen die ethnischen Grenzen nicht beachtet wurden (Samson 2000: 173).

Nachdem ‚Horthy-Ungarn‘ slowakische Gebiete mit ungarischer Minderheit legitimiert durch das Münchener Abkommen 1938 besetzte hatte, wurden 1947 die Vorkriegsgrenzen Ungarns wiederhergestellt (Samson 2000: 180). Unter den verschiedenen Tschechoslowakischen Republiken der Folgejahre gab es dann keine Grenzverschiebungen mehr zuungunsten Ungarns.¹¹ Seit der slowakischen Unabhängigkeit 1993 spielt die Befürchtung der Grenzverschiebung allerdings eine Rolle. Dies lässt sich nur begreifen, wenn man vor Augen hat, dass sich ein slowakisches Nationalbewusstsein nur als Reaktion auf die ungarische Dominanz entwickeln konnte. Es gründet sich auf einem dezidierten Nichtungarischsein. Dies wird in der slowakischen Gesellschaft kollektiv erinnert.

¹¹ Die Tschechoslowakische Republik bis 1960, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik bis 1990 und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik bis 1992.

¹⁰ Hier sieht man bereits den engen Zusammenhang, der in der Slowakei zwischen sprachlicher und nationaler Autonomie besteht.

Kollektives Gedächtnis in der Slowakei

Gedächtnisse von Kollektiven arbeiten selektiv – sie erinnern laut Aleida Assmann das, was für die Bildung ihrer Gruppenkohäsion und für ihr Selbstbild sinnstiftend ist (Assmann 1999: 131). Vergangene Ereignisse werden mit einem Ziel erinnert. So wird in der Slowakei der Mangel an der Geschichte einer staatlichen Autonomie als ein 1000-jähriges Streben nach Staatlichkeit mythifiziert und damit kompensiert (Samson 1999: 4).

Ungarn wird zum einen als Vernichter einer ersten slowakischen Staatlichkeit und als Hindernis für die staatliche Entfaltung der Slowaken memoriert.¹² Damit suggeriert das slowakische Kollektivgedächtnis drei Dinge: Erstens, dass der Drang des eigenen Volkes hin zu einem eigenen Staat schon immer bestand.¹³ Dies ist nicht korrekt, denn ein Streben nach politischer Autonomie kam erst im 19. Jahrhundert bei den Slowaken auf. Zweitens wird erinnert, dass sie dieses Ziel als ethnische Gemeinschaft erreicht haben. Drittens schwingt mit, dass die Ungarn als einstige ‚Eindringlinge‘ potenziell wieder die Slowakei oder zumindest Teile des slowakischen Staatsgebietes unter seine Kontrolle bringen könnte, wie es nach dem Münchener Abkommen geschah.

Die Erinnerungen an die vergangenen Ereignisse, die mit Ungarn zusammenhängen, formieren sich zu einem „ethno-historischen Mythos“ (Göllner 2009: 270). Sie sind im kollektiven Gedächtnis der Slowaken präsent. Dies bestätigt eine Umfrage aus dem Jahr 2005. In der Slowakei wurden 1091 Personen gefragt, welches historische Ereignis für die Erinnerung der Slowakei am wichtigsten sei (Reinprecht 2005: 138). 57 Prozent der Befragten kennzeichneten Ereignisse als relevant, die entweder direkt oder indirekt mit der ungarischen Herrschaft zusammenhängen (Tabelle 1). Derartige kollektive Annahmen über die eigene Vergangenheit werden laut Wendt folgendermaßen gepflegt und gefördert:

„[C]ollective memory’, the myths, narratives, and traditions that constitute who a group is and how it relates to others [...]

¹² Das Großmährische Reich wird als erste slowakische, staatliche Existenz erinnert (Kiss 2004: 19).

¹³ Der zitierte Ausspruch Ludovít Štúr, der bereits die Spuren einer primordialen Vorstellung von der ‚Gesellschaftlichkeit‘ der Slowaken trägt, macht dies klar.

are kept alive through the generations by an on-going process of socialization and ritual enactment. It is in virtue of such memories that groups acquire continuity and identity through time” (Wendt 1999: 163).

Diese Erinnerungen sind für die Mitglieder des kollektiven Gedächtnisses Wissen, das allen gemein ist und das sie verbindet (Wendt 1999: 141). Aus diesen Überzeugungen erwachsen Erwartungshaltungen an künftige Handlungen des Gegenübers, und auch des Selbst (Wendt 1999: 159).

Mit Wendt gesprochen haben sich die Identitäten der Slowaken und Ungarn in langer Interaktion gebildet, die vom gewaltsamen Vordringen magyarischer Reiter ins Donaubekken bis heute reicht.¹⁴ Im Gedächtnis der beiden Kollektive wird das erinnert, was das Bild von Ego und Alter unterstützt. Konkret bedeutet dies, dass das heutige Ungarn als direkter ‚Nachfahre‘ der ungarischen Monarchie erinnert wird. Dies hat zur Folge, dass sich die Slowakei gedacht, oder ‚empfunden‘ in einer Art Situation der Bedrohung durch den südlichen Nachbarn befindet.

Ein konkreter Fall eines solchen konstruierten „[s]ocial threats“ (Wendt 1992: 405) ist die Umbenennung der ‚Republik Ungarn‘ in ‚Ungarn‘ die durch das neue ungarische Grundgesetz erfolgte, welches im Jahr 2012 in Kraft trat (The House of the Nation 2011). Im Slowakischen bezeichnet Uhorsko das historische monarchische Ungarn, Maďarsko die heutige demokratische Republik. Somit ist nicht verwunderlich, dass die Umbenennung des ungarischen Staates im slowakischen Gedächtnis gewisse Erinnerungen aktiviert und somit eine Bedrohungssituation für die staatliche Autonomie suggeriert.

Der heutige Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik

Die Slowakei sieht ihr staatliches Überleben und ihre Autonomie potenziell – trotz NATO- und EU-Mitgliedschaft – durch Grenzverschiebungen und ein Erstarken der ungarischen Minderheit gefährdet. Ebenso wichtig ist aber auch der Faktor der Bedrohung des „collective self-esteem“ (Wendt 1999: 235). Während die Slowaken ihr

¹⁴ Wenn man nun absolut interaktionistisch argumentiert, so ist die heutige Konfliktsituation mit dem ‚First Encounter‘ der magyarischen Reiterei mit den ansässigen Bauern zu erklären.

Selbstgefühl durch einen ethnischen ‚Fremdkörper‘ gestört sehen, fürchtet das ungarische Kollektiv den Verlust von Mitgliedern seines Wir-Gefühls durch die Einschränkung der kulturellen Autonomie im Ausland lebender ‚Minderheiten-Ungarn‘.¹⁵

Um die Rolle des Grenzkonfliktes und des Konfliktes bezüglich der ungarischen Minderheit in die Selbstkonzeption der slowakischen Identität einordnen zu können, muss hier auf zwei Problematiken verwiesen werden: Erstens gründet sich der slowakische Nationalismus auf einem Minderwertigkeitskomplex; nämlich der Überzeugung, dass andere Nationen der Meinung sind, sie seien der slowakischen Nation überlegen (Samson 2000: 95). Zweitens definiert sich die slowakische Nation ethnisch, das Territorium der Slowakei hingegen nicht nach dem ethnischen Prinzip (Samson 2000: 93). Diese „Nicht-Übereinstimmung von Staat und Nation“ (Kiss 2004: 11) gilt für Ungarn gleichermaßen; diese Inkongruenzen bedingen sich sogar.

Daher ist nachvollziehbar, dass Grenzen, die den Staat territorial definieren und Minderheiten, die zu einem nationalen Kollektiv gezählt werden, hier großes Konfliktpotenzial beherbergen.¹⁶

Die ungarische Minderheit in der Slowakei

Die Slowakei ist „das Land mit dem höchsten Anteil nationaler Minderheiten in der Region“ (Samson 1997: 8). Die ungarische Volksgruppe stellt dabei die größte Minderheit dar. Laut einer Volkszählung im Jahr 2001 sind 9,7% der Gesamtbevölkerung der Slowakischen Republik ethnische Ungarn (Ondrejovič 2008: 15). Die meisten leben an der südlichen Grenze und vor allem im Südwesten der Slowakei (Grafik 1).

Der Streitpunkt zwischen der ungarischen Minderheit und der slowakischen Mehrheit ist die kulturelle Autonomie der Minorität. Für sie bedeutet dies vor allem die Möglichkeit, sich ihrer

¹⁵ Bereits in der Präambel der slowakischen Verfassung wird die Distinktion zwischen Mitgliedern der ‚slowakischen Nation‘ und den Angehörigen ethnischer Minderheiten, die auf dem Territorium der Slowakei leben, getroffen (Univerzita Komenského v Bratislave 2006).

¹⁶ Auch wenn das slowakisch-ungarische Verhältnis eines ist, „welches sehr empfindlich auf Veränderungen der politischen (Regierungs-) Eliten in beiden Ländern reagiert“ (Lukáč/Strážay 2004b: 53), so treten Schwankungen aber in einem festen Beziehungsrahmen auf, der kurzfristig nicht signifikant veränderbar ist.

Sprache zu bedienen, und zwar verfassungsmäßig gewährt in der Öffentlichkeit (Ondrejovič 2008: 17). So stieg beispielsweise die Forderung nach zweisprachigen Ortsschildern in den ersten beiden Jahren der slowakischen Selbstständigkeit stark an (Bútorová 1994: 55).

Derartige Bedürfnisäußerungen rufen bei der slowakischen Mehrheitsbevölkerung allerdings die kollektive Erinnerung an die Magyarisierung im 19. Jahrhundert hervor. Es ist durchaus plausibel, dass sich die Slowaken aufgrund der langen Interaktion mit den Ungarn eine Identität konzipiert haben, die auch darin besteht, sich gegen etwaige Besitzansprüche¹⁷ des „klassischen nationalen Erzfeind[es]“ (Samson 1997: 10) auf das slowakische Territorium zur Wehr zu setzen. Deshalb ist das restriktive Sprachengesetz von 1995¹⁸ in erster Linie als eine Handlung im Rahmen einer Rolle zu interpretieren. Sie knüpft an das Selbstbild des (kulturell) bedrohten, slowakischen Kollektivs und an das Bild vom ‚kulturimperialistischen‘ ungarischen Alter an. Für Ungarn schreibt sich hingegen der traumatische Verlust weiter Gebiete mit den Pariser Friedensverträgen, das ‚Trianon-Syndrom‘ (Kiss 2004: 12), fort. Die ehemaligen Landsleute, die nun eine Minderheit im Ausland sind, werden nun in der ungarischen Perzeption kulturell unterdrückt. Damit wird ein Eckpfeiler der ungarischen Außenpolitik, die ‚ungarisch-ungarischen Beziehungen‘, verletzt. László J. Kiss bezeichnet diese außenpolitische Strategie als „Konzept der ‚Nationalpolitik als Außenpolitik“ (Kiss 2004: 10), mithilfe derer die Minderheit im Ausland positiv diskriminiert und ihre Beziehungen zum Heimatland gestärkt werden soll (Kiss 2004: 10.)

Die nationalistischen und daher explizit antiungarischen Handlungen¹⁹, wie beispielsweise das genannte Sprachengesetz, sind die Actio, die eine Reactio von ungarischer Seite nach sich zieht. Diese fiel aber nicht, wie man strikt

¹⁷ Ein Ortsschild mit ungarischem Namen kann als semantisch-symbolische Sicherung eines Gebietes und somit als Besitzanspruch von slowakischer Seite interpretiert werden.

¹⁸ Durch dieses Gesetz wurde das Slowakische unter anderem bei öffentlichen Versammlungen, bei der Feuerwehr, im Gesundheitswesen, in Massenkommunikationsmitteln und bei kulturellen Veranstaltungen – was die kulturelle Autonomie der Ungarn in der Slowakei untergräbt – als verbindlich zu verwendende Sprache festgelegt (Ondrejovič 2008: 17).

nach dem interaktionistischen Modell folgern müsste, in einer aggressiven Geste gegenüber der Slowakei aus. Lediglich fand keine Kooperation der beiden Länder, die in der Višegrad-Gruppe institutionalisiert ist, zwischen 1993 und 1998 statt (Lukáč/Strážay 2004a).

Die Ursache für das Ausbleiben einer ‚antislowakischen Reaktion‘ seitens Ungarns, ist in der Dualität der ungarischen Außenpolitik bis zum NATO- und EU-Beitritt zu suchen. Dual ist sie deshalb, weil zum Einen Ungarn durch seine Nationalpolitik als Außenpolitik ‚seiner‘ Minderheiten in den Nachbarländern stark zu fördern versucht – dabei sind Konflikte mit diesen Staaten, insbesondere Rumänien und die Slowakei, unausweichlich. Zum Anderen hatte die Westintegration in der ungarischen Außenpolitik Priorität – und sie war nur mit konfliktlosen Nachbarschaftsbeziehungen möglich (Kiss 2004: 10, ff.).

Ungarn befand sich nach Wendt in einem Interrollenkonflikt. In der Rolle, die es in der Interaktion mit der Slowakei über lange Jahre erworben und verinnerlicht hat, hätte der ungarische Staat vehement antworten müssen. Als Land, das die Rolle eines Antragstellers für die Aufnahme in die NATO und die Europäische Union annimmt, hätte es dagegen den Dialog mit der Slowakei zu suchen versucht. Ungarn hatte sozusagen ein Rollenverständnis, sich durch ‚gutes Benehmen‘ in der internationalen Staatenwelt beweisen zu müssen. Diese Rollen und die daraus resultierenden Handlungen standen einander diametral gegenüber.

Dass die Aufnahme Ungarns in die NATO schneller als die der Slowakischen Republik verlief, gibt diesem Rollenverständnis Recht (Ungarn trat dem Militärbündnis 1999, die Slowakei erst fünf Jahre später bei). Zu behaupten, Ungarn hätte sich in diesem Rollenkonflikt ganz für die beschriebene ‚Anwärterrolle‘ entschieden, ist allerdings nicht zutreffend – sonst hätte es ja eine aktive Kooperation mit der Slowakei beispielsweise im Rahmen der Višegrad-Gruppe geben müssen. Ungarn hat gleichsam einen Mittelweg beschritten.

¹⁹ Auf internationaler Ebene wurde die Haltung des slowakischen Staates gegenüber der ungarischen Minderheit sanktioniert: So stellte die Europäische Kommission 1997 fest, dass die Slowakische Republik als einziger Beitrittskandidat die Kopenhagener Kriterien aufgrund seiner Minderheitenpolitik nicht erfüllte (Kipke 2010: 349).

Die ungarisch-slowakischen Beziehungen blieben weiterhin konfliktgeprägt. Der Beitritt zur Europäischen Union sollte daran – was auch von einigen Politikwissenschaftlern wie Tomáš Strážay vorhergesagt wurde – wenig ändern (Lukáč/Strážay 2004b: 53). Zwei Ereignisse im Jahr 2009 legten offen, dass der Konflikt um die ungarische Minderheit in der Slowakei noch nicht beigelegt ist.

So wurde dem Ungarischen Präsidenten László Sólyom am 21. August 2009 auf Anweisung des slowakischen Außenministeriums unter Miroslav Lajčák die Einreise in die Slowakische Republik verwehrt. Das ungarische Staatsoberhaupt sollte in der südslowakischen Grenzstadt Komárno ein Denkmal von Stephan I. zeremoniell enthüllen. Der slowakische Präsident Ivan Gašparovič war hingegen nicht eingeladen worden (Kolíková/Petőcz 2010: 65).

Die Einweihung eines Denkmals des Nationalheiligen und ersten Königs von Ungarn ist ein Ritual, das an die Macht und Größe seines Reiches erinnern soll. Da diese Zeremonie auf slowakischem Territorium stattfindet, wird den Ungarn dieses Gebietes signalisiert, dass sie Teil des ungarischen Kollektivs mit derselben Vergangenheit sind. Da allerdings ein hoher Repräsentant Ungarns selbst das Denkmal enthüllen soll, wird den Komárner Ungarn ganz konkret mitgeteilt, dass sie Teil der ungarischen Nation sind.

Wenn das ungarische Staatsoberhaupt auf slowakischem Territorium einen kulturpolitischen Akt vollzieht, führt er eine Tätigkeit aus, die einem slowakischen Träger der Hoheitsgewalt zukommt. In der slowakischen Wahrnehmung wird die eigene staatliche Souveränität und Autonomie verletzt.²⁰ Dass zudem ein Denkmal von Stephan I. eingeweiht wird, der im kollektiven Gedächtnis der Slowaken für die Herrschaft des monarchischen Ungarns und somit auch symbolisch für die kulturelle und politische Unterdrückung des eigenen Volkes steht, erfährt das staatliche Interesse des ‚self-esteem‘ eine Herabsetzung.

Die Handlung, den ungarischen Staatspräsidenten von der Enthüllung des Denkmals abzuhalten, ist zwangsmäßige Folge

²⁰ Für die Slowaken signalisiert die Tatsache, dass der ungarische Präsident die Zeremonie durchführen soll, dass er den Minoritätsungarn mitteilen möchte, dass sie zum ungarischen Staat gehören.

der zu Ungarn antithetischen slowakischen Identität. Die entrüstete Reaktion Ungarns ist verständlich, da es zum Einen davon abgehalten wird, die ungarisch-ungarischen Beziehungen zu pflegen und zum Anderen die Verweigerung der Einreise gegenüber dem ungarischen Staatsoberhaupt für ihn und, da er den Staat Ungarn vertritt, das ganze Land eine Demütigung darstellt. Ungarn strebte daher im Oktober bei der EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei an – dies wurde jedoch zurückgewiesen (Europäische Union 2010).

Das zweite für die slowakisch-ungarischen Beziehungen signifikante Ereignis im Jahr 2009 ist die Novelle in der Sprachgesetzgebung. Durch das Gesetz 318/2009 sollte erreicht werden, dass das Slowakische unter allen Umständen im offiziellen aber auch im öffentlichen Gebrauch auf dem Gebiet der Slowakischen Republik vor anderen Sprachen privilegiert würde (Kolíková/Petőcz 2010: 66, f.). So sollte offiziell eine „discrimination of Slovaks in their own state“ (Kolíková/Petőcz 2010: 66) verhindert werden.²¹

Im Gegenzug empörten sich Ungarn und die ungarische Minderheit. Denn wenn im öffentlichen Bereich Slowakisch gesprochen werden muss, wird die kulturelle Autonomie der Minorität und somit außenpolitische Interessen Ungarns verletzt. Die Empörung schlug in den Versuch um, die ungarische Minderheit sogar politisch zu stärken. So forderte der damalige Oppositionsführer und heutige ungarische Regierungschef Viktor Orbán, jeder ethnische Ungar solle wählen gehen, um so viel ungarische Repräsentation wie möglich zu erreichen (Kolíková/Petőcz 2010: 72).

Infolge einer geringen Wahlbeteiligung ethnischer Slowaken und einer sehr hohen Wahlbeteiligung ethnischer Ungarn, würden jene überproportional im Nationalrat, dem Parlament der Slowakischen Republik, vertreten sein. Dies wiederum könnte in der Slowakei als Bedrohung der autonomen Verfügung über staatliche Gewalt verstanden werden. Denn wenn ein Abgeordneter einer Ungarischen Minderheitspartei²² von einem ethnischen Ungarn gewählt wird, der auf die Aufforderung durch Orbán, also eines Abgeordneten des Ungarischen Parlaments, und

²¹ Dies soll sogar von Staatsbeamteten so formuliert worden sein (Kolíková/Petőcz 2010: 66).

²² Hier ist zum Beispiel die SMK zu nennen, die in der Slowakei als ‚Marionette‘ der Interessen des Ungarischen Staates gesehen wird.

aus Reaktion auf das implizit gegen ihn gerichtete Sprachengesetz zur Wahl geht, ist Folgendes vorstellbar: In der slowakischen Perzeption könnte die Legitimation dieses Abgeordneten als außerhalb des eigenen Staatsterritoriums liegend gesehen werden. Die Slowakei würde von Ungarn ‚regiert‘.

Dieser Befürchtung der schleichenden Machtübernahme durch die Ungarn bediente sich im Wahlkampf 2010 die Slowakische Nationalpartei.²³ So zeigte ein Wahlplakat einen Ungarn, der sich Schritt für Schritt in einen militanten Verfechter ungarischer Interessen verwandelt (Grafik 2). Ein anderes Plakat, auf dem die slowakische Flagge in ungarischen Farben zu sehen ist, spielt mit dem Satz ‚Damit wir uns morgen nicht wundern‘ auf den potenziellen Verlust der staatlichen Autonomie und auf die potenzielle Grenzverschiebung zugunsten Ungarns an (Grafik 3).

Die Grenze zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik

Der Konflikt um die Grenze zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik ist kein klassischer ‚Grenzkonflikt‘. Denn Ungarn hatte eine Grenzverschiebung bereits in der Schlussakte von Helsinki 1975 ausgeschlossen (Samson 2000: 176). Zudem erkennen beide Staaten 1995 in einem Grundvertrag die Staatsgrenzen und ihre Unversehrtheit an (Samson 2000: 185). Diese Anerkennung hat jedoch gerade in der slowakischen Identität keinen Platz.

Der Konflikt basiert auf der slowakischen Hypothese, Ungarn könne eine Grenzveränderung vornehmen, da sich dies zum Einen mit 1938 bereits ein Mal ereignete, und zum Anderen weil die heutige Slowakei ja einst Teil des ungarischen Staatsgebietes war und daher wieder zurückgefordert werden könnte. Denn in der slowakischen Wahrnehmung und auch in der ungarischen Selbstwahrnehmung besteht für beide Länder eine Kontinuität der ungarischen Staatlichkeit, die von monarchischen Ungarn Stephans I. bis zum republikanisch-demokratischen Staat unter Viktor Orbán reicht.

Dabei hängt die Befürchtung der territorialen Ausweitung Ungarns zuungunsten der Slowakei ganz konkret mit der Minderheitenproblematik

²³ Sie war bis zu dieser Wahl an der Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten beteiligt.

zusammen. Denn durch die Eingliederung der Gebiete der ungarischen Minoritäten, kämen ‚ungarische Nation‘ und ‚ungarischer Staat‘ zu einer Deckung. Diese Angst wird auch öffentlich explizit gemacht. Dies tat beispielsweise Ján Slota, der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei, in einer Parlamentsdebatte um das umstrittene Staatsbürgerschaftsgesetz in Ungarn im Jahr 2010 (Sme.sk 2010).

Am 26. Mai verabschiedete das ungarische Parlament eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, welches in der europäischen Medienlandschaft und vor allem in der Slowakischen Republik für Beunruhigung sorgte. Demnach kann jede Person, die ethnisch ungarische Vorfahren hat und des Ungarischen mächtig ist, die ungarische Staatsbürgerschaft erhalten (European Union Democracy Observatory on Citizenship 2010: 1, f.). Dieses Gesetz lässt sich in die außenpolitische Strategie Ungarns einordnen. Denn erstens wird versucht, die ‚ungarisch-ungarischen‘ Beziehungen zu stärken und zwar dergestalt, dass man die Zugehörigkeit der Minoritätsungarn zum kulturell-historischen ‚ungarischen Kollektiv‘ auf die staatsrechtliche Ebene hebt. Zudem stellt die Gewährung einer doppelten Staatsbürgerschaft einen Vorteil gegenüber der slowakischen Mehrheit dar.

Die Slowakei reagierte wiederum mit einer Änderung ihres Staatsbürgergesetzes. Wer ab dem 17. Juli 2010 eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalte, verlöre die slowakische (Ministerstvo Vnútra Slovenskej Republiky 2010). Die von Ungarn erstrebte positive Diskriminierung ethnischer Ungarn würde somit in eine negative umschlagen, in der Südslowakei wäre die ungarische Minderheit – sofern sie die ungarische Staatsbürgerschaft erhielten – nicht nur eine ethnische, sondern nun auch eine Minderheit im staatsrechtlichen Sinne.

Diese Handlung von slowakischer Seite lässt sich einmal mehr aus ihrer Identität, aber auch aus der generellen Praxis in der Staatenwelt heraus erklären. Wenn der ungarische Staat die Minderheiten in den Nachbarländern rechtlich in seinen Staat eingliedern will, so greift er auf den ‚Herrschaftsbereich‘ des slowakischen Staates über – dieser fühlt sich in folgendem Bild bestätigt: Die Slowakei musste immer und muss noch immer um ihre Souveränität kämpfen, welche von Ungarn infrage gestellt wird. Zudem könnte hypothetisch der rechtlichen auch eine

physische, also territoriale Eingliederung folgen.²⁴

Außerdem definiert sich die Sicherheit moderner Staaten über ihre territoriale Integrität. Diese Definition geht laut Alexander Wendt aus der Praxis von Souveränität hervor (Wendt 1992: 414). Denn Souveränitätspraktiken transformieren Sicherheits- und Machtverständnisse unter anderem dergestalt, dass „states will come to define their [...] security in terms of preserving their ‚property rights‘ over particular territories“ (Wendt 1992: 414). Wenn nun die Einwohner eines Gebietes, die auf dieses Besitzansprüche hegen, Bürger unterschiedlicher Staaten sind, so greift aus slowakischer Perspektive Ungarn durch das Staatsbürgerschaftsgesetz indirekt auf die Besitzrechte der Slowakei über.

Altercasting-Tendenzen der Slowakischen Republik?

Die slowakische und die ungarische Identität haben sich, da sie durch die Interaktionen in der Vergangenheit entstanden, verfestigt. Es dürfte also nach sozialkonstruktivistischem Verständnis keine großen Verhaltensspielräume für die beiden Akteure geben, da ihre Erwartungshaltungen und Handlungen per Rollenidentität determiniert sind.

„Slovak-Hungarian relations have [nevertheless] described something of a sine curve ever since the emergence of the independent Slovak Republic; periods of tensions alternated with periods of relative peace“ (Bútora 2010 et al.: 120).

Wenn man die slowakische Politik betrachtet, kann festgestellt werden, dass in den letzten Jahren teilweise versucht wird, Ungarn gegenüber die Rolle eines Staates zu übernehmen, der in guten Nachbarschaftsbeziehungen zu ihm steht. Wendt selbst bezieht die Möglichkeit eines Rollenwechsels ein, indem er das Konzept des ‚Altercasting‘ anführt.

Wie bereits beschrieben, nimmt nach Wendt Ego bewusst eine andere Rolle gegenüber Alter ein, um jenen dazu zu bewegen, sich nach dieser ihm zugeschriebenen Rolle zu verhalten. Alter ist gleichsam aufgrund seiner von Ego abhängigen

²⁴ Denkbar wären hier zum Beispiel Volksbegehren oder -entscheide über die staatliche Zugehörigkeit eines Bezirkes oder Ähnliches. Da allerdings der höchste Anteil der ungarischen Minderheit an einer Bezirksbevölkerung bei etwa 20 Prozent – und dies auch nur in zweien von 20 Bezirken – liegt, ist dies rational betrachtet unwahrscheinlich (Ondrejovič 2008: 17).

Identität gezwungen, der neuen Rollenidentität entsprechend zu handeln. Die Slowakei muss dazu die eigene Rolle reflektieren können, und „there must be a reason to think of oneself in new terms“ (Wendt 1999: 419).

Der Grund für diese Reflexion könnte Konflikt-Überdruß sein. Dies zeigt beispielsweise die Beteiligung der vergleichsweise jungen Partei ‚Most-Híd‘²⁵ an der letzten Regierung, die als Minderheitenpartei sozialen Ausgleich sucht. Die Ursache könnte aber auch in einer leichten Entfernung vom Bild der Ungarn zu suchen sein. Die Abwahl der Slowakischen Nationalpartei würde diese Annahme unterstreichen. Es fallen nach Alexander Wendt jedoch auch Kostenabwägungen bei der Entscheidung für eine neue Rolle ins Gewicht: Etwaige Kosten sind für die Slowakei vergleichsweise gering. Da beide Länder Mitglieder sowohl der NATO als auch der EU sind und die Grenzen wie erwähnt von beiden Seiten verbindlich akzeptiert werden, kann es für die Slowakische Republik nicht zu einem „‚sucker‘ payoff“ (Wendt 1999: 422) kommen, wenn Ungarn an seiner alten Rolle festhält. Die ‚Entlohnung‘ hingegen könnte eine bessere Zusammenarbeit bei grenzübergreifenden Problemen und sogar mehr Gewicht in der Europäischen Union bedeuten.²⁶

Allerdings fallen andere Kosten an – nämlich die eines Machtverlustes der derzeitigen Herrschaftsträger. Denn Kosten entstehen auch, wenn man die Zugeständnisse an andere – „notably domestic constituencies [eigene Hervorhebung] and foreign allies in the case of states“ (Wendt 1999: 411) – bricht. Demokratisch legitimierte Eliten handeln aber nicht nur mit Blick auf die Wählerschaft, sie – und hier liegt die Schwachstelle von Wendts Theorie – haben einen enormen Einfluss auf die Beziehungen zwischen ihrem und einem anderen Staat. So verbesserten sich beispielsweise die bilateralen Beziehungen durch den slowakischen Regierungswechsel 1998 schlagartig. Es könnte also möglich sein, dass Machteliten mit Verantwortung in der Außenpolitik, das Rollenverhalten des gesamten

²⁵ Beide Wörter bedeuten ‚Brücke‘ – einmal auf Slowakisch, einmal auf Ungarisch.

²⁶ So könnten sich beispielsweise Ungarn und die Slowakische Republik bei Abstimmungen in den verschiedenen Ministerräten vorab auf eine gemeinsame Position einigen.

Staates entscheidend abändern können. Wendt gesteht dies sogar indirekt ein, indem er sagt, dass die Bedeutungen „of their [corporate actors] identities for interests are often more open-ended, and in part for that reason subject to considerable political contestation“ (Wendt 1999: 233).²⁷

Unter dieser Prämisse sollen zwei Beispiele angeführt werden, die als altercasting-Versuch seitens der Slowakischen Republik und der sie vertretenden Eliten gewertet werden können. Nachdem der slowakische Außenminister Ján Kubiš Anfang 2009 von Miroslav Lajčák ersetzt worden war, reiste jener sofort nach Budapest, wo er Ungarn als befreundeten Staat bezeichnete (Bútora 2010 et al.: 120). Indem der Außenminister durch diesen Schritt einerseits die Wichtigkeit des Nachbarn und andererseits – entgegen dem Feindbild – die Bündnispartnerschaft betonte, nahm die Slowakei die Rolle des kooperativen und deeskalierenden Nachbarn ein.²⁸ Diese Rolle ist auch in der Entschärfung des Sprachengesetzes zu erkennen, die im März 2011 in Kraft trat (Ministerstvo Kultúry Slovenskej Republiky 2011). Diese symbolträchtige, politische Handlung suggeriert, dass ungarische Forderungen – sowohl von der Minderheit als auch vom ungarischen Staat – Gehör finden. Die Slowakei präsentiert sich als Partner, mit dem Kommunikation möglich ist. Als Folge erwartet nun die Slowakei eine positive Veränderung vom ungarischen Partner.²⁹

Festzuhalten ist, dass, sollte wirklich ein altercasting-Versuch von der Slowakei stattfinden, eher individuelle Akteure wie Außenminister oder Regierungschefs für diesen verantwortlich scheinen. Folgende Beobachtung unterstützt diese

²⁷ Hier kommt Wendt ein wenig von seinem sozialkonstruktivistischen Konzept ab und bewegt sich in Richtung des ideellen Liberalismus nach Andrew Moravcsik. Dieser behauptet, dass die entscheidenden Akteure in der internationalen Politik Individuen und soziale Gruppen sind (Moravcsik 1997: 516). Eine Synthese beider Theorien, wie sie auch Wendt am Ende seines Aufsatzes ‚Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics‘ fordert, (Wendt 1992: 425) scheint daher sehr sinnvoll.

²⁸ Miroslav Lajčák ist aber auch der Politiker, auf dessen Geheiß dem ungarischen Staatspräsidenten die Einreise in die Slowakei im August 2009 verwehrt wurde. Dies gibt wiederum Wendt Recht, wenn er behauptet, dass man sich von Rollen nur ausnahmsweise zu lösen vermag. (Wendt 1992: 419)

²⁹ Die aktuellen nationalistisch-antidemokratischen Tendenzen in Ungarn, erfüllen diese Erwartungen allerdings weniger.

Annahme: Die slowakische Ex-Regierungschefin Iveta Radičová hat selbst an der Universität über Prozesse der sozialen Inklusion und Exklusion doziert (Predsedníčka vlády SR 2010); der stellvertretende Ministerpräsident der letzten Regierung für Menschenrechte und ethnische Minderheiten, Rudolf Chmel, publiziert zur Problematik der ungarischen Minderheit und über den slowakischen Minderwertigkeitskomplex (Podpredseda vlády Slovenskej Republiky pre ľudské práva a národnostné menšiny). Der letzte Außenminister Mikoláš Dzurinda hatte in der Debatte um das slowakische ‚Gegengesetz‘ zum ungarischen Staatsbürgerschaftsgesetz, beide Gesetze kritisiert und vor einer Reaktion auf die ungarische Handlung gewarnt (Sme.sk 2010).

Es ist jedoch fraglich, ob die Reflexionsfähigkeit und die darauf womöglich gründenden altercasting-Versuche einzelner, dazu ausreichen die Rollenidentität eines ganzen Kollektivs, mittel- und langfristige zu ändern (hier ist wieder Wendt der Vorzug vor Moravcsik zu geben).

Zusammenfassung und Ausblick

Mithilfe des Sozialkonstruktivismus konnte herausgearbeitet werden, dass die Ursachen des slowakisch-ungarischen Konfliktes aus zwei Gründen in der Geschichte zu finden sind: Erstens fanden Interaktionen zwischen den beiden Staaten über einen großen Zeitraum statt. Durch den ständigen Bezug – die Interaktion, Wahrnehmung und Erzeugung von Bildern – auf den anderen, entstanden Identitäten, die ohne den Gegenpart nicht denkbar sind. Die Bilder von der eigenen und der fremden Identität werden jeweils im kollektiven Gedächtnis funktionalisiert und narrativ an die jüngeren Generationen weitergegeben. Diese Erinnerungen festigen diese Bilder und damit auch den Handlungsspielraum der Akteure, der wiederum die gesamten Beziehungsmuster vorgibt. Zweitens haben die Grenzverschiebungen nach dem Ersten Weltkrieg ungarische Minderheiten in den Nachbarstaaten hervorgerufen – Staat und Nation sind nicht kongruent. Die ungarische Minorität und die Staatsgrenze, die sie von der ungarischen Mehrheit trennt, sind der Zankapfel, um den es im Konflikt zwischen der Slowakei und Ungarn geht.

Da Grenze und Minderheit in direktem Bezug stehen, wird die Minderheitenpolitik zum Austragungsort beider Konflikte gemacht. Ungarn

versucht im Rahmen seiner ‚Nationalpolitik als Außenpolitik‘ die Rechte der ethnischen Ungarn und deren Bezug zur ungarischen Nation zu stärken. Die Slowakei hingegen versucht die politische und kulturelle Autonomie der ungarischen Minderheit zu begrenzen. Hier prallen die beiden Staatsinteressen auf einander, und hier wird der self-esteem beider Kollektive und hypothetisch auch das Autonomie- und Souveränitätsinteresse der Slowakei verletzt.

Durch policies wie Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetzgebung versuchen beide Akteure, ihre Interessen durchzusetzen. Da laut Alexander Wendt allerdings Interessen aus Identitäten entspringen, soll hier folgende These aufgestellt werden: Der slowakisch-ungarische Konflikt ist ein Konflikt zwischen den Identitäten der beiden Staaten; und zwar nicht, weil sie so unterschiedlich sind, sondern gerade weil sie die Identität des anderen für ihre Selbstkonzeption insofern benötigen, als sie sich entgegen dieser anderen Identität definieren können.

Dieser Kreislauf von Reactio, Animadversio und Imago hat sich zwischen den beiden Staaten verfestigt. Ob die beschriebenen Schwankungen dieser Rollenidentitäten, als Deeskalationsversuche von slowakischer Seite gewertet werden können, im Prozess des altercastings die Rollenidentität Ungarns zu verändern, kann in dieser Arbeit nicht abschließend beantwortet werden,³⁰ bleibt aber nach Wendt aufgrund der Interdependenz der slowakischen und ungarischen Identität doch sehr unwahrscheinlich:

„[O]nce a community of mutual have a vested interest in reproducing it. In fact, this is part of what having an identity means. But this identity and institution remain dependent on what actors do: removing those practices will remove their intersubjective conditions of existence” (Wendt 1992: 413). ■■■

³⁰ Hierfür wäre eine diachrone Analyse der slowakischen Politik nötig, die auf einer Methodik basiert, die zum einen das sozialkonstruktivistisch-interaktionistische Verständnis von Identität einerseits, mit einer akteurszentrierten Theorie von staatlicher Präferenzbildung andererseits zu einer Synthese zu bringen im Stande ist.

Quellenverzeichnis

Monographien

- Assmann, Aleida 1999: *Erinnerungsräume*, München.
- Keohane, Robert O. 1984: *After Hegemony – Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton.
- Kiss, László J. 2004: *Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa*, München, 5–27.
- Mésáros, Július 1997: *Old Hungary and the coexistence of its nations*, Bratislava.
- Ondrejovič, Slavomír 2008: *Slovenský jazyk, jazyky na Slovensku*, Bratislava.
- Samson, Ivo 1997: *Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration*, Köln.
- Samson, Ivo 1999: *Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU. Die Slowakei vor der Marginalisierung in Zentraleuropa?*, Bonn.
- Samson, Ivo 2000: *Die Sicherheits- und Außenpolitik der Slowakei in den ersten Jahren der Selbständigkeit*, Baden-Baden.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics*, Reading.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Sammelbände**
- Bútora, Martin et al. 2010: *Foreign Policy: The Year of Anniversaries and Challenges*, in: Bútora, Martin/Mesežnikov, Grigorij/Kollár, Miroslav (Hrsg.): *Slovakia 2009 – Trends in Quality of Democracy*, Bratislava, 105–123.
- Bútorová, Zora 1994: *Slovak-Hungarian relations*, in: Bútorová, Zora (Hrsg.): *Current Problems of Slovakia*, Bratislava, 54–61.
- Göllner, Ralf T. 2009: *Ethnische Heterogenität und politisches System im östlichen Europa – Wechselwirkungen zwischen Systemen, Ökonomien und ethnischen Gruppen*, in:

Vitári, Zsolt (Hrsg.): *Minderheiten und Mehrheiten in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa*, Pécs, 263–276.

Kipke, Rüdiger 2010: *Das politische System der Slowakei*, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen System Osteuropas*, Wiesbaden, 317–356.

Kolíková, Mária/Petőcz, Kálmán 2010: *Protection and Implementation of Human and Minority Rights: Problems and Challenges*, in: Bútora, Martin/Mesežnikov, Grigorij/Kollár, Miroslav (Hrsg.): *Slovakia 2009 – Trends in Quality of Democracy*, Bratislava, 63–85.

Lukáč, Pavol/Strážay, Tomáš 2004a: *Budúcnosť Visegrádskej spolupráce*, in: Duleba, Alexander/Lukáč, Pavol (Hrsg.): *Zahraničná politika Slovenska po vstupe do NATO a EÚ, Štúdie k medzinárodným otázkam*, Bratislava, 25–30.

Lukáč, Pavol/Strážay, Tomáš 2004b: *Regionálna zodpovednosť Slovenska*, in: Duleba, Alexander/Lukáč, Pavol (Hrsg.): *Zahraničná politika Slovenska po vstupe do NATO a EÚ, Štúdie k medzinárodným otázkam*, Bratislava, 52–57.

Reinprecht, Christoph 2005: *Kollektives Gedächtnis und Aufarbeitung der Vergangenheit: Zur Dynamik kollektiven Erinnerens in Ost-Mitteleuropa*, in: Weiss, Hilde/Reinprecht, Christoph (Hrsg.): *Demokratischer Patriotismus oder ethnischer Nationalismus in Ost-Mitteleuropa?*, Wien, 131–148.

Škvarna, Dušan (Hrsg.) 2002: *Slovak History – Chronology & Lexicon*, Bratislava.

Šutaj, Štefan 2007: *Slovenské a maďarské politické elity a slovensko-maďarské vzťahy na Slovensku (na príklade roku 2007)*, in: Šutajová, Jana/Đurkovič, Mária (Hrsg.): *Maďarská menšina na Slovensku v procese transformácie po roku 1989*, Prešov, 40–61.

Zeitschriften

Moravcsik, Andrew 1997: *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization* 51:4, 513–553.

Wendt, Alexander 1992: *Anarchy is what states*

make o fit: the social construction of power politics, in: *International Organization* 46:2, 391–425.

<http://www.sme.sk/c/5392834/ziadatel-dvojakeho-obciansstva-pride-o-slovenske-rozhodol-parlament.html>; 17.05.2013.

Internetquellen

Univerzita Komenského v Bratislave 2006: *Ústava Slovenskej Republike*, in:

Europäische Kommission 2010: IP/10/827 – Mit Gründen versehene Stellungnahme nach Artikel 259 AEUV – Beschwerde Ungarns gegen die Slowakei, in: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/827&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>; 17.05.2013.

http://www.fmed.uniba.sk/fileadmin/user_upload/admin/Veda-vyskum/ustavaSR.pdf; 17.05.2013.

Fotos

Greiner, Vinzenz 2010: in Bratislava.

European Union Democracy Observatory on Citizenship 2010: *Recent changes in citizenship law and policy*, in:

<http://eudo-citizenship.eu/docs/Country-Reports/recentChanges/Hungary.pdf>; 17.05.2013.

Ministerstvo Kultúry Slovenskej Republiky 2011: *Štátny jazyk*, in: <http://www.culture.gov.sk/umenie/ttny-jazyk/legislatva/zkony/prehľad-noviel>; 20.09.2011.

Ministerstvo Vnútra Slovenskej Republiky 2010: *Od 17. júla je účinný novelizovaný zákon o štátnom občianstve*, in:

<http://www.minv.sk/?tlacove-spravy-8&sprava=od-17-jula-je-ucinny-novelizovany-zakon-o-statnom-obciansstve>; 17.05.2013.

Podpredseda vlády Slovenskej Republiky pre ľudské práva a národnostné menšiny 2010: *Životopis*, in: <http://www.vicpremier.sk/zivotopis/>; 21.09.2011.

Predsedička vlády SR 2010: *Predsedička vlády SR Iveta Radičová*, in:

<http://www.premierkasr.sk/predsedička-vlady-sr-iveta-radicova/>; 21.09.2011.

The House of the Nation 2011: *The Fundamental Law of Hungary* (25. April 2011), in:

<http://www.kormany.hu/download/4/c3/30000/THE%20FUNDAMENTAL%20LAW%20OF%20HUNGARY.pdf>; 17.05.2013.

Sme.sk 2010: *Žiadateľ dvojakeho občianstva príde o slovenské, rozhodol parlament*, in:

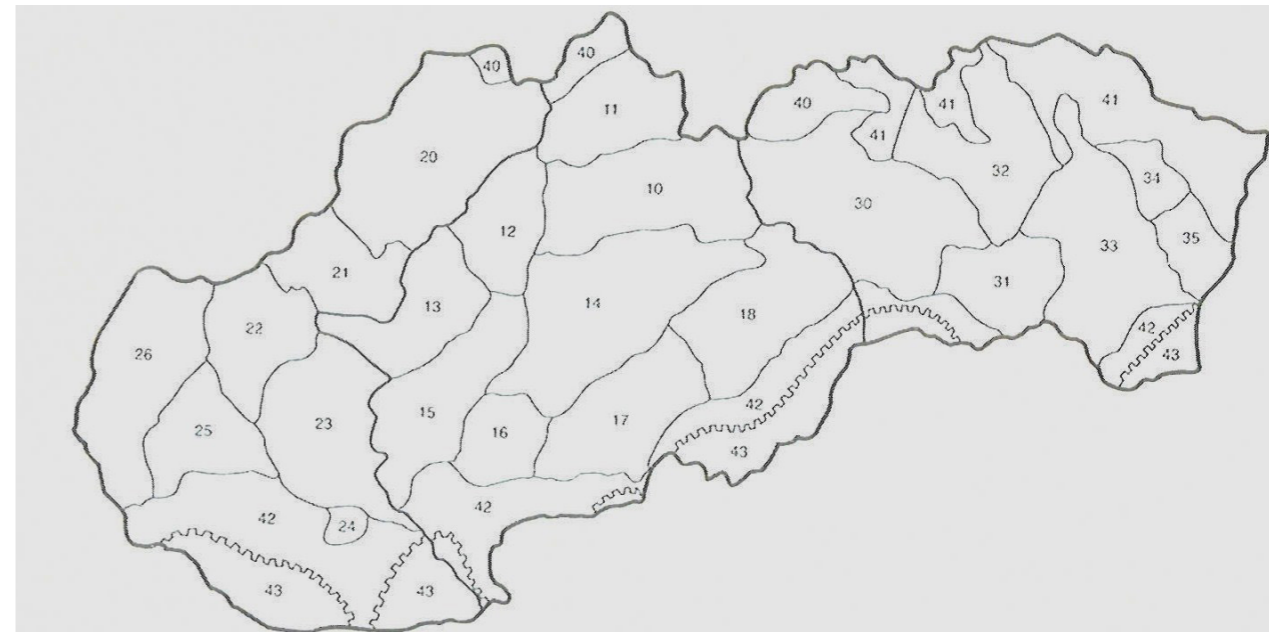
Anhang

Eigene Tabelle in Anlehnung an Original.

(n=1091)

| Historisches Ereignis | Angaben (%) |
|--|-------------|
| Christianisierung unter Cyrill und Method | 33 |
| Großmährisches Reich | 15 |
| 1000-jährige Herrschaft Ungarns | 3 |
| Revolution von 1848 | 5 |
| Gründung der Tschechoslowakischen Republik | 34 |
| Tiso-Staat | 10 |

Tabelle 1: Befragung zu für die eigene Nation relevanten historischen Ereignissen in der Slowakei (Quelle der Daten: Reinprecht 2005: 145). Wortlaut der Frage: „Welches historische Ereignis ist für die Erinnerung der Slowakei am wichtigsten?“



Grafik 1: Dialektale Karte der Slowakischen Republik (Quelle: Ondrejovič 2008: 10). In mit Nr. 43 gekennzeichneten Gebieten werden überwiegend ungarische Mundarten gesprochen. Die mit Nr. 42 gekennzeichneten Gebiete sind dialektal gemischt.



Grafik 2: Plakat der Slowakischen Nationalpartei (Slowakisch: Slovenská Národná Strana) im Wahlkampf 2010 (Wahlen zum slowakischen Parlament). Text: „Damit der Nachbar nicht zum Feind wird“ (Slowakisch: „Aby sa zo suseda nestal nepriateľ“). Foto: Greiner 2010.



Grafik 3: Plakat der Slowakischen Nationalpartei (Slowakisch: Slovenská Národná Strana) im Wahlkampf 2010 (Wahlen zum slowakischen Parlament). Text: „Damit wir uns morgen nicht wundern.“ (Slowakisch: „Aby sme sa zajtra nečudovali.“). Foto: Greiner 2010.

Marcel Lehmann

SOZIALE VORAUSSETZUNGEN UND DYNAMIKEN VON REVOLTEN UND PROTESTBEWEGUNGEN

Eine Analyse des 21. Jahrhunderts

Marcel Lehmann

M.A. Soziologie,
Universität Bamberg,
2. Fachsemester
marcel.lehmann86@
yahoo.de

Dieser Beitrag beruht
auf einer Hauptseminararbeit in Soziologie
im Rahmen des
Bachelorstudiums
European Studies
an der Universität
Passau.

Abstract

Das 21. Jahrhundert hat mit zahlreichen gesellschaftlichen und politischen Protestbewegungen begonnen. Sie scheinen dabei ein neues Ausmaß angenommen zu haben und sich sowohl hinsichtlich der Motive als auch der Lokalisierung verändert zu haben. So haben sich viele Protestbewegungen in den letzten Jahren von nationaler auf lokale oder globale Ebene verlagert. Um die soziale Dynamik der Themensetzung sowie die Verortung von Bewegungen genauer zu verstehen, sollen im Sinne Luhmanns zum einen die Fremdreferenz als auch die Selbstreferenz des Systems ‚Protestbewegung‘ betrachtet und auf sie Einfluss nehmende soziale Dynamiken genauer untersucht werden.

Protestbewegungen der Gegenwart

Acta-Protestbewegungen, Occupy-Bewegungen, Bürgerproteste in Spanien und Griechenland: Protestbewegungen prägen im 21. Jahrhundert in vielen Regionen gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen. Diese sind allerdings kein neues, noch nie dagewesenes Phänomen, sondern existieren schon seit einigen Jahrhunderten. Dabei haben sich jedoch Protestthemen und Protestschwerpunkte im Verlauf der letzten Jahrhunderte ständig verändert. In der vorliegenden Arbeit soll das Phänomen der Protestbewegungen näher betrachtet werden, indem diese spezielle Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen reflektiert und die Form der gesellschaftlichen Mobilisierung untersucht wird.

An erster Stelle wird hierbei dargelegt, was unter den Begriffen ‚Protest‘ und ‚Protestbewegungen‘ zu verstehen ist. Anschließend wird auf den Wandel der sozialen Voraussetzungen von Protestbewegungen eingegangen. Hierbei beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die Themensetzung von Protestbewegungen. Darauf folgend beabsichtige ich den Wandel der sozialen Dynamik von Letztgenannten zu analysieren. Hierbei folgt nur eine Fokussierung auf die Referenz der Systembildung von Protestbewegungen und die Form der gesellschaftlichen Mobilisierung. Der hier vorliegenden wissenschaftlichen Diskussion wird vor allem das siebte Kapitel „Protestbewegungen“ in Luhmann’s „Soziologie des Risikos“ (Luhmann 1991: 135-154) als Grundlage dienen. An ausgewählten Stellen werden die Darlegungen von Shmuel N. Eisenstadt (Eisenstadt 2006) und Albert O. Hirschman (Hirschman 1988) hinzugezogen und reflektiert. Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der hier untersuchten sich verändernden sozialen Voraussetzungen, Erkenntnisse bezüglich des Wandels der gesellschaftlichen Mobilisierung und der sozialen Dynamik von Protestbewegungen zu gewinnen.

Definition: Proteste und Protestbewegungen

Revolten und Protestbewegungen sind ein soziales Phänomen, welches aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und beschrieben werden kann. So versucht Eisenstadt anhand der Analyse von Revolutionen, unter dem Aspekt der Multip-

len Modernen (Eisenstadt 2006: 171 f.), diese von Protestbewegungen abzugrenzen und begrifflich einzuordnen. Hirschman geht in seinen Untersuchungen des öffentlichen Engagements nur am Rande auf die Protestbewegungen ein, da er sich vorwiegend mit dem regelkonformen Engagement auseinandersetzt (näher dazu Hirschman 2006: 119-128). Luhmann setzt sich innerhalb seiner ‚Risikosoziologie‘ im siebten Kapitel ausführlich mit den Definitionen von Protest und Protestbewegungen auseinander und versucht diese unter systemtheoretischen Ansatz zu analysieren (Luhmann 1991: 135- 154).

Eisenstadt betrachtet Proteste als Elemente revolutionärer Prozesse und ordnet sie als eine Art Vorstadium der meisten Revolutionen ein – „als Korrektur des von den Regierenden verursachten Unrechts“ (Eisenstadt 2006: 25). Dabei beschreibt Eisenstadt eine Revolution als den Versuch „die alte politische Ordnung zu stürzen und eine neue zu schaffen“ (Eisenstadt 2006: 22). Proteste stellen dabei oft die thematische Grundlage dar, da sie oft Themen „wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, und Mitbestimmung propagierten“ (Eisenstadt 2006: 22). Protestbewegungen allein stellen aber für Eisenstadt keine Revolution dar, sondern sind lediglich einer von vielen wichtigen Faktoren, welche es zu einer Revolution bedarf. Hinzu kommt die Rolle der Gewalt, die „ein Signal für den Zusammenbruch der bisher gültigen Regeln der politischen Macht“ darstellt und den Weg ermöglicht, „andere Regeln und Legitimitätssymbole zu etablieren“ (Eisenstadt 2006: 30). Auch „die intellektuellen und kulturellen Eliten bildeten eine zentrale Komponente des revolutionären Prozesses“ (Eisenstadt 2006: 31).

Eisenstadt schreibt Revolutionen also die Eigenschaft „einer ‚radikaleren Ablehnung jeglicher bestehender Ordnung‘ zu, welche mit ‚unermüdlichen Bestreben, eine völlig neue Ordnung zu etablieren“ (Eisenstadt 2006: 31), einhergeht. Auch wenn Eisenstadt sorgfältig und ausführlich die verschiedenen Elemente revolutionärer Prozesse erarbeitet hat und Proteste als eines dieser Elemente deklariert, muss man jedoch, bei der Fokussierung der Protestbewegung allein, Protestbewegungen eine viel bedeutendere Zentralität bei Revolutionen zugestehen, da auch die Positionierung eines Protests innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges eine wichtige Rolle für Revolutionen darstellt. Dies hebt Eisenstadt mit

der Beschreibung der Revolutionen selbst hervor:

„Bei kritischer Prüfung dieser Literatur gelangt man zu der Annahme, dass nur eine Kombination von Frustration (die eine rebellische Haltung hervorruft) mit einer erfolgreichen politischen Mobilisierung und Organisation [...] tatsächlich zu einem Sturz der prärevolutionären politischen Regimen führen kann. Ebenso wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass die Entwicklung einer vom Zugang zum Zentrum ausgeschlossenen, relativ autonomen neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kraft, entscheidend für die Kristallisierung solcher Bewegungen ist.“ (Eisenstadt 2006: 43)

Eisenstadt beschreibt Revolutionen hier als eine Opposition gegen die aktuelle Legitimation des Systems und nicht als eine Opposition innerhalb dieses Systems. Diese Eigenschaft schreibt, wie wir später sehen werden, auch Luhmann den Protestbewegungen zu. Luhmanns Einordnung ist genau deshalb so wichtig, da es sich auch bei Revolutionen nicht um eine Opposition handelt, da diesen oft Protestbewegungen und deren Themen als Fundament vorausgehen.

Auch Hirschman geht auf Protestmärsche und Demonstrationen - im Rahmen des öffentlichen Engagements aus Enttäuschungen heraus - außerhalb von Systemen ein (Hirschman beleuchtet hier das Wahlsystem). Er legt dar, dass innerhalb des politischen Systems keine Möglichkeit des Ausdrucks starker politischer Gefühle besteht, weil diese das System nämlich gerade vermeiden will, weil jede Stimme gleich viel wert ist. Aus diesem Grund wird auf andere Aktionsformen wie Streiks und Protestformen zurückgegriffen (Hirschman 1988: 119). Hirschman beschreibt zwei Kategorien von Beteiligungsformen: die Gruppe innerhalb und die Gruppe außerhalb des Wahlsystems. Letztgenannte Gruppe versucht über die Öffentlichkeit Druck auf die Regierung und somit auf das Wahlsystem selbst auszuüben. „Da viele Bürger in der Wahl kein geeignetes Verfahren sehen, ihre intensiven politischen Beweggründe adäquat zum Ausdruck zu bringen, finden und erfinden sie schließlich andere Formen, um sich Gehör zu verschaffen und Einfluß zu gewinnen“ (Hirschman 1988: 122). Daher braucht es laut Hirschman „neben dem Wahlrecht andere sinnvolle Möglichkeiten einer intensiveren Teilnahme am politischen Leben“ (Hirschman 1988:

129).

Luhmann, der sich innerhalb der Risikosoziologie explizit mit dem Begriff ‚Protest‘ und ‚Protestbewegung‘ auseinandersetzt, beschreibt Proteste als „Kommunikationen, die an andere adressiert sind und deren Verantwortung anmahnen“, welche sich jedoch nicht zum Ziel setzen, „selber die Regierung [zu] übernehmen“ (Luhmann 1991: 135). Die Form des Protests ist ergo eine Form, die eine andere Seite voraussetzt, welche auf den Einwand Position beziehen muss. Dabei unterscheidet Luhmann zwei Arten des Protests: Protest als ephemeres Ereignis und als autopoietisches System. Protest als ephemeres Ereignis stellt hierbei eine parasitäre Ausdrucksform der Unzufriedenheit des Systems innerhalb dessen dar. Die zweite Art des Protests ist jene als autopoietisches System, d.h. der Protest findet hier außerhalb des Systems in Form einer Protestbewegung statt (Luhmann 1991: 136).

Protestbewegungen definiert Luhmann allerdings als weitaus mehr als nur Protest, nämlich als selbstreferenzielles System im Hinblick auf die Strukturierung und Organisation. Gleichwohl ist es ein fremdreferenzielles System, da es aufgrund externer Anlässe Themen und Inhalte für sich aufgreift. Für diese Themen wird jedoch wiederum eine eigenständige Semantik entwickelt und als Gründe des Protests nach außen getragen (siehe Luhmann 1991: 137). Anders als Proteste als ephemeres Ereignis, sind Protestbewegungen durch und in ihren Wiederholungen erkennbar. Um dies bewerkstelligen zu können, bedarf es dabei einer kontinuierlichen Aufrechterhaltung der Themen und Differenzhaltung gegenüber anderen Themen (Luhmann 1991: 137f.). Luhmann beschreibt für Protestbewegungen daher die Notwendigkeit einer internen Grenze, damit die Gesellschaft sich aus einem fiktiv-externen Standpunkt heraus selbst reflektieren kann. Erst durch eine protestierende Reflexion können Themen angesprochen werden, welche keines der bisherigen Funktionssysteme als eigene erkennen würden (Luhmann 1991: 150f.).

Luhmann unterscheidet in seinen Ausführungen Protest und Protestbewegungen, welche entweder innerhalb oder außerhalb des Systems gegen das protestiert wird, stattfinden. Diese Differenzierung der Protestformen lässt sich auch in Hirschmans Erläuterungen des politischen Engagements - innerhalb und außerhalb des Wahlsystems - wiederfinden, wie vorausgegangen bereits

beschrieben wurde. Eisenstadt beschreibt in seiner Herleitung das Phänomen der Protestbewegungen eher als Voraussetzung von Revolutionen, da Protestbewegungen ein Ereignis an der Peripherie der Gesellschaft darstellen, die jedoch zu einem eigenständigen System heranwachsen. In vorliegender Arbeit wird sich ab diesem Zeitpunkt nur noch mit Protestbewegungen, also „autopoietischen Systemen“ (Luhmann 1991: 136), auseinandergesetzt. Die Entstehungsvoraussetzungen sowie die Themenwahl für jene können dabei variieren und sollen im folgenden Kapitel untersucht werden.

Soziale Voraussetzungen von Protestbewegungen

Die Entstehungsvoraussetzungen für Protestbewegungen können sehr verschiedenartig untersucht und veranschaulicht werden. In diesem Teil der Arbeit wird sich mit der Themenwahl als soziale Voraussetzung von Protestbewegungen auseinandergesetzt. Dabei wird zunächst auf die Ausführungen von Luhmann eingegangen und anschließend die strukturbedingten Gesellschaftsveränderungen und die damit verbundene Verlagerung von Systemen analysiert.

Luhmann beschreibt vier ausschlaggebende Faktoren, die darüber entscheiden, ob Protestbewegungen nur eine kurzfristige Verärgerung darstellen oder ob sich daraus ein langanhaltend konkurrierendes System bilden kann: Die Themen der Protestbewegungen, die strukturbedingte Lage, der situationsabhängige Auslöser und die systemgenerierenden Erfordernisse. Die Themen der Protestbewegung, so Luhmann, ermöglichen einer Gesellschaft, sich im Protest gegen sich selbst zu beschreiben (siehe Luhmann 1991: 151). Die historische Situation muss dabei als „Fremdauslöser der Selbstausslösung von Protestbewegungen“ (Luhmann 1991: 140) betrachtet werden. Das bedeutet, dass der historische Kontext Einfluss auf die Themen nimmt und diese sich aufgrund der Sozial- und Zeitdimension immer wieder verändert (Luhmann 1991: 139f.). Mit der strukturbedingten Lage ist die Tatsache gemeint, „daß immer wieder riskante Entscheidungen getroffen werden [...], von denen Nichtbeteiligte betroffen werden“ (Luhmann 1991: 149). Der situationsabhängige Auslöser soll die Wahrscheinlichkeit ausdrücken, dass es nur „unter besonderen Bedingungen zu Protestbewegungen kommt“

(Luhmann 1991: 149). Mit systemgenerierenden Erfordernissen ist das Thema der Protestbewegungen gemeint, „das eine gewisse organisatorische Kraft und Dauer versprechen muss“ (Luhmann 1991: 149). Von diesen letztgenannten Faktoren hängt es also ab, ob sich Protestbewegungen in die Form einer normalen Organisation bringen lassen, ob Teilnehmer demnach dazugewonnen werden können und sich ein dauerhaftes System etablieren kann.

a) Themen der Protestbewegungen

Die Themen der Protestbewegungen sind, wie bereits erwähnt ein entscheidender Faktor für deren Erfolg und haben sich im Laufe des sozialen Wandels immer wieder verändert. Da eine Typologisierung nach Themen für Luhmann wenig sinnvoll erscheint, versucht er, Protestbewegungen ausgehend vom Problem der sozialen Kosten und Zeitbindungen zu erklären (mehr dazu Luhmann 1991: 139). In traditionellen Gesellschaften, so Luhmann, haben sich Konflikte an normativen Erwartungen entzündet. Durch die Trennung von Staat und Kirche und die Einführungen der Souveränität des Monarchen haben das göttliche Gesetz und die Souveränität der Kirche jedoch zunehmend an Bedeutung verloren und die Staatspraxis neue Begriffe und Semantiken hervorgerufen und an Gewicht gewonnen. Dabei kam es auch zu einer Verlagerung des Themas des Widerstandes von „rechtswidrig“ auf „verfassungswidrig“. In Hinsicht auf die Themen fand ergo eine Verlagerung der Protestbewegungen statt (Luhmann 1991: 140ff.).

Auch Eisenstadt erläutert die „Tendenz, diese institutionelle Rahmen [der Gesellschaft] nicht mehr als „naturgegeben“ oder von Gott gewollt anzusehen und immer mehr in Frage [zu] stellen“ (Eisenstadt 2005: 122). Die Erkenntnis, dass der Mensch sein Leben selbst bestimmen und lenken kann, hat zur Folge, dass Protestbewegungen im Laufe der letzten Jahrhunderte kontinuierlich zugenommen haben. Die Transformation von einer transzendentalen zu einer weltlichen Ideologie hat die Gesellschaft zunehmend dazu bewegt, an der Gestaltung der Systeme aktiv teilzunehmen und ihre Enttäuschungen bzw. Frustrationen durch Protest zum Ausdruck zu bringen.

Luhmann hält in seinen weiteren Ausführungen die Veränderung der heutigen Protestbewegungen bezüglich der Themen fest. So beschreibt

er den Wandel vom Normkonflikt hin zu dem Kampf gegen Ungleichverteilung (Luhmann 1991: 140ff.). Während früher nur ein Teil der Bevölkerung im Rechtssystem einbezogen wurde und aufgrund dessen zunächst ein „Kampf um Recht“ (Luhmann 1991: 144) stattgefunden hat, ist heute in den meisten Regionen dieser Erde die ganze Bevölkerung im Rechtssystem eingeschlossen, so dass heutzutage vermehrt Kämpfe um Chancengleichheit und Gleichverteilung wahrzunehmen sind. Warum haben sich jedoch diese Themen verändert, und wie können daraus die sozialen Voraussetzungen beschrieben werden? Zur Beantwortung dieser Frage folgen wir den Ausführungen Luhmanns.

Luhmann beschreibt weiterführend den Prozess der Vervielfältigung der Protestthemen: Aufgrund der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft und aufgrund der funktionalen Differenzierung in vielen anderen Bereichen entstehen immer mehr Themen, so zum Beispiel auch wirtschaftliche Protestbewegungen. So ist es nach Luhmann nur natürlich, dass sich immer mehr Mischformen rechtlich und ökonomisch motivierter Protestbewegungen ergeben. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass nach Luhmanns Definition (Luhmann 1991: 136f.) Protestbewegungen als ‚Gegensysteme‘ verstanden werden können, welche ins Leben gerufen werden, um ein bereits bestehendes System zu kritisieren. Daher ist die Rolle der bereits bestehenden Systeme, sprich der Fremdauslöser, nicht zu unterschätzen.

b) Fremdauslöser

Luhmann beschreibt, dass die historische Situation als „Fremdauslöser“ (Luhmann 1991: 140) der Selbstauslöser von Protestbewegungen betrachtet werden muss. Ergo stellt der Fremdauslöser eine der zentralen sozialen Voraussetzungen für Protestbewegungen dar, da erst durch jenen die Themensetzung geschieht und so die Systembildung ‚Protestbewegung‘ ausgelöst wird. Aus systemtheoretischer Perspektive bedeutet dies, dass genau jenes System, gegen welches protestiert wird, betrachtet werden muss. So ist es unverzichtbar, die gesellschaftlichen Strukturen und die funktionale Differenzierung der Systeme als eine soziale Voraussetzung der Protestbewegungen zu untersuchen. Luhmann bezeichnet die Protestbewegung als ein ‚Gegensystem‘, welches das angemahnte System verändern oder eine alte

Ordnung dessen wiederherstellen will (Luhmann 1991: 154). Dabei verändert sich jedoch nicht die Form der Protestbewegung, da sie immer an die Form des Protests gebunden ist (Luhmann 1991: 154). Ergo ist es der Fremdauslöser, sprich die Systeme und deren kritisierte Zustände, die fokussiert werden müssen, um auch die Veränderungen der Gesellschaft als soziale Voraussetzung für Protestbewegungen zu erfassen.

c) Strukturbedingte Gesellschaftsveränderungen

Eisenstadt legt in seinen Ausführungen den Trend der „Entkopplung“ (Eisenstadt 2006: 56) der Gesellschaftsstruktur dar. So erläutert er, wie die Gesellschaftsstruktur „aus relativ geschlossen verwandtschaftlichen oder territorialen Einheiten gerissen“ (Eisenstadt 2006: 55) wurde. Dies führte zu neuen Formen der Mobilisierung, aber auch zu neuen Machtkonstellationen und neuen kollektiven Identitäten mit einer eigenen Dynamik (Eisenstadt 2006: 56). Es wurden neue Formen der Legitimierung eingeführt und es entstanden funktional-differenzierte Systeme, wie zum Beispiel das Wirtschaftssystem oder auch das Rechtssystem, welche auf globaler Ebene weitestgehend universalisiert wurden. Besonders nach den Revolutionen entwickelte sich die Moderne als spezifische Kultur, deren Herzstück die Entwicklung einer oder mehrerer Formen der Weltanschauungen ist. Die Entwicklung eines neuen kulturellen Programms und neuer institutioneller Strukturen hängen also mit einer noch nie dagewesenen Aufgeschlossenheit und Ungewissheit zusammen, welche sich durch den Verlust der Orientierung nur einer fest bestehender Weltanschauung erklären lassen (Eisenstadt 2006: 152). Dies führte nicht nur zu einer Transformation der kollektiven Identitäten und des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, sondern auch zur Metamorphose politischer, wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Systeme (näher dazu Eisenstadt 2006: 159ff.).

Im dritten Teil der Arbeit wurde erläutert, dass die Fremdauslöser im Fokus der Untersuchung sozialer Voraussetzungen stehen müssen, da nach Luhmann durch diese erst eine Protestbewegung entstehen kann. Dabei wurde exemplarisch auf die funktionale Differenzierung der Gesellschaft sowie auf die Internationalisierung und Globalisierung eingegangen, weil der soziale Wandel der

gesellschaftlichen Systeme maßgeblich auf die Kristallisierung von Themen Einfluss nimmt und somit wiederum auf die Schwerpunktsetzung von Protestbewegungen. Luhmann beschreibt Protestbewegungen als dauerhafte Kommunikationssysteme, welche an die Form des Protests gebunden sind, deren Themen sich jedoch mit dem Umbruch von Systemen, sprich mit dem gesellschaftlichen Wandel, ständig verändern. Aus diesem Grund wird sich im anschließenden Kapitel, welches sich mit der sozialen Dynamik der Protestbewegungen beschäftigt, mit der Transformation von Systemen sowie mit deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Mobilisierung und die Herausbildung neuer kollektiver Identitäten auseinandergesetzt.

Soziale Dynamik von Protestbewegungen

Eisenstadt beleuchtet im letzten Kapitel seines Werkes den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten und die Entwicklung neuer internationaler und interkultureller Rahmenwerke, die gleichzeitig zur Herausbildung neuer kollektiver Identitäten führen (Eisenstadt 2006: 217). Diese Transformation implizierte auch eine „Veränderung in den Beziehungen zwischen den „lokalen“ und den „globalen“ Visionen [...] - und zwar sowohl im räumlichen als auch im zeitlichen Sinne bzw. im Sinne neuer Formen der zeitlich-räumlichen Konstellation“ (Eisenstadt 2006: 215).

„Gleichzeitig führten diese Entwicklungen zu einer Verlagerung der wichtigsten Foren der Auseinandersetzung und der Kristallisierung der Modernen und zwar hinaus aus den Foren des National- bzw. Revolutionsstaats hinein in neue Foren, in denen diese unterschiedlichen Bewegungen und Gesellschaften kontinuierlich interagieren, sich gegenseitig überschneiden und ihre Programme auf neue Art und Weise propagieren.“ (Eisenstadt 2006: 244)

Dieser Wandel und die Verlagerung internationaler Rahmenwerke, welche mit neuen Grenzziehungen von Kollektiven und neuen Orientierungsformen einhergehen, haben auch Auswirkungen auf Protestbewegungen. Da Letztgenannte, wie bereits oben erwähnt wurde, immer an die Form des Protests gebunden sind, kann deren soziale Dynamik nach der Form der gesellschaftlichen Mobilisierung und Strukturierung oder nach der Themenwahl und Dauer der Protestbewegungen untersucht werden. Die Themenwahl geschieht

aber weitestgehend aufgrund des Fremdauslösers, wie im vorangegangenen Kapitel ausführlich beschrieben wurde. Daher ist ein genauerer Blick auf die Transformation von Systemen notwendig.

a) Fremdreferenz: Transformation von Systemen

Eisenstadt (Eisenstadt 2006: 224) und Luhmann (Luhmann 1991: 149ff.) kommen unabhängig voneinander zu dem Ergebnis, dass gegenwärtige Bewegungen aufgrund der pluralistischen Weltanschauung sowie aufgrund der funktionalen Differenzierung immer vielfältiger und auch häufiger in Mischformen auftreten. Wie oben bereits erläutert, haben all die ausführlich beschriebenen Veränderungen der sozialen Voraussetzungen von Protestbewegungen vielmehr Auswirkungen auf deren Themen, als auf deren eigene Dynamik. Jedoch lassen sich anhand der Protestbewegungen Aussagen über die soziale Dynamik jener Systeme treffen, deren Kritik im Fokus dieser Bewegungen steht: den Fremdauslösern. Mit dieser Thematik wird sich im folgenden Teil der Arbeit auseinandergesetzt.

Nach Eisenstadt führt der in den letzten Jahren kontinuierlich anhaltende Bedeutungsverlust der Nationalstaaten zu einer Verlagerung der Themen des Protests sowohl auf lokale als auch auf globale Ebenen (Eisenstadt 2006: 217f.). So haben in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts regionale Bewegungen ebenso wie internationale und globale Bewegungen stetig zugenommen. Diese Tendenzen führte „[...] zu einer Verlagerung der wichtigsten Foren der Auseinandersetzungen und der Kristallisierung der Modernen und zwar hinaus aus den Foren des National- bzw. Revolutionsstaats hinein in neue Foren [...]“ (Eisenstadt 2006: 254). Durch diese Verlagerung der Foren bzw. dieser Systeme, die hier als Fremdauslöser betrachtet werden, kommt es gleichermaßen zu einem „Transfer des zentralen Protestschwerpunktes“ (Eisenstadt 2006: 219), da Protestbewegungen ja immer ein System außerhalb des zu kritisierenden Systems bilden. Demnach müsste in den letzten Jahren ein Zuwachs von regionalen und internationalen Protestbewegungen zu verspüren sein.

Jackie Smith hat sich empirisch mit dem Phänomen der Verlagerung von Protestbewegungen auseinandergesetzt und ihre Analyse bestätigt die Vermutung des Anstiegs transnationaler bzw.

globaler Bewegungen (Smith 2005: 233): Ihre Ergebnisse zeigen, dass aufgrund dessen, dass transnationale politische Entscheidungen getroffen werden und diese Verlagerung der Entscheidungsfindungen durch deren Kontinuität zu einer neuen Systembildung führt, Protestbewegungen, selbst wenn diese nur in einem Land gegen dieses System stattfindet, heutzutage nur als transnational betrachtet werden können (Smith 2005: 227). Eine genauere Vertiefung der Transnationalisierung von sozialen Bewegungen, wie Smith sie vornimmt, möchte ich hier nicht eruieren, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Jedoch kommt Smith, ebenso wie bereits Eisenstadt und Luhmann, zu dem Ergebnis, dass die Veränderungen der Gesellschaft und des Staates auch in Sorgen und Ängsten der Gesellschaft gegen diese Systeme beeinflusst werden und durch Proteste zum Ausdruck gebracht werden (Smith 2005: 229).

Wie haben sich Gesellschaft und Staat jedoch verändert? Eisenstadt beschreibt im 17. Kapitel zunächst die einstige zentrale Funktion der Nationalstaaten und Revolutionsstaaten in den internationalen Systemen und Rahmen. „Diese Rahmen boten in jener Zeit jedoch das größte institutionelle Forum für die Spannungen und Widersprüche der Moderne“ (Eisenstadt 2006: 209), vor allem zwischen den pluralistischen und totalistischen Dimensionen, welche Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichten. „Hatten vormals Auseinandersetzungen zwischen den Imperien die Weltbühne bestimmt, so waren es nun die neuen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen [...] [eines bipolaren Systems, die] durch die starke Rivalität zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion bestimmt wurde[n]“ (Eisenstadt 2006: 210). Diese Situation wandelte sich jedoch im 20. Jahrhundert aufgrund der Veränderungen in den internationalen Systemen, aber auch angesichts weltweit stattfindender multipler Prozesse der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung und in Zusammenhang damit destabilisierender Prozesse vor allem in den nicht westlichen Gesellschaften. Es kam also zu weit reichenden Transformationen neuer Technologien und der Bildung neuer Muster politischer Wirtschaft (mehr dazu Eisenstadt 2006: 211).

Eisenstadt kommt zu dem Ergebnis, dass die Verlagerungen der Foren und der Fortschritt der Medien zu einer globalen Dimension von Pro-

testbewegungen geführt haben und dass diese wiederum „Neuinterpretationen und Aneignung der Modernen“ ermöglichen, die stetige Erneuerungen „der kollektiven Identitäten in Bezug auf den globalen Kontext“ mit sich bringen (Eisenstadt 2006: 244). Die Verlagerung von Systemen führt ergo zu einer Verlagerung der Themen von Protestbewegungen. Aus diesem Grund müssen sich gleichermaßen die Systeme ‚Protestbewegungen‘ „die neue internationale globale Bühne und die Moderne für die eigenen Traditionen oder ‚Kulturen‘ [aneignen]“ (Eisenstadt 2006: 244), um gegen ein globales oder internationales System überhaupt erst protestieren zu können.

„Eine der aktuellsten Entwicklungen war die Entstehung transnationaler globaler Anti-Globalisierungs-Bewegungen, die durch die neuen Medien, besonders durch das Internet, propagiert und mobilisiert wurden sowie [...] die Entstehung virtueller vernetzter Communities.“ (Eisenstadt 2006: 221)

Als Beispiel hierfür möchte ich die Occupy-Bewegungen heranziehen, welche sich erst nach Herausbildung eines globalen Kapitalismus-Systems zu weltweiten Protesten organisiert haben. Hier bleibt jedoch noch abzuwarten, ob sich aus diesen noch sehr jungen Protesten ein autopoietisches System entwickeln wird. Jedoch war der Fremdauslöser hier ebenfalls ein globales System, welches die Protestaktionen zu kritisieren versuchen (O.V. 2011). Die Veränderungen der sozialen Dynamik von Protestbewegungen durch die Fremdauslöser fasst Eisenstadt in einem Satz folgendermaßen zusammen:

„Alle diese Entwicklungen führen zu der starken Tendenz, die Grenzen von Kollektiven neu zu definieren und neue Orientierungsformen zu finden, welche „lokale“, globale, transnationale und staatsübergreifende Orientierungen verbinden.“ (Eisenstadt 2006: 224)

Bei der Analyse der sozialen Dynamik von Protestbewegungen muss die soziale Dynamik des Fremdauslösers ernst genommen werden, da durch die Veränderungen von Systemen auch deren Protestbewegungen, welche sich außerhalb dieser Systeme organisieren, zwangsläufig an diesen sozialen Wandel anschließen müssen. Auf die Form und Organisation, sprich auf die Selbstreferenz von Protestbewegungen, hat dies zunächst keine Auswirkungen, da vorerst die

Fremdreferenz, sprich externe Anlässe, für die Bildung eines Systems ‚Protestbewegung‘ notwendig ist.

b) Selbstreferenz: Auswirkungen der Veränderungen der Kommunikationstechnologien auf die gesellschaftliche Mobilisierung

Eine Analyse der Strukturierung und der gesellschaftlichen Mobilisierung bei Protestbewegungen würde sich weitestgehend auf die Selbstreferenz des Systems ‚Protestbewegungen‘ beziehen, da die Strukturierung und Bildung der Protestbewegungen unabhängig von anderen Systemen geschieht. Da es sich nach Luhmann beim Protest um Kommunikationen handelt, ist hierbei jedoch auch der Wandel der Kommunikationstechnologien zu berücksichtigen, welcher die Kommunikation nicht nur bei den Fremdauslösern sondern auch im eigenen System verändert. Durch die Modifikation der Kommunikation im Zusammenhang mit der eben beschriebenen Neuordnungen der Systeme können erste Ansätze, welche die Wandel der gesellschaftlichen Mobilisierung betreffen, erkannt werden.

Ob durch die Kommunikationstechnologien der Protest „keinen Wohnsitz“ (Eisenstadt 2006: 223) hat, steht in diesem Teil der Untersuchung nicht zur Frage, sondern lediglich, ob sich durch die zeit- und raumunabhängige Kommunikationsmöglichkeit die Organisation von Protestbewegungen und die gesellschaftliche Mobilisierung verändert hat. Luhmann beschreibt in seinen Ausführungen die Nachteile der neuen Kommunikationsmedien für Protestbewegungen. Aufgrund der neuen Massenmedien erlangen soziale Bewegungen zwar schnell öffentliches Gehör und haben auf diese Weise die Möglichkeit, in Kürze die öffentliche Meinung zu beeinflussen, jedoch geraten sie ebenso schnell wieder in Vergessenheit, da die Verweildauer neuer Themen in der Öffentlichkeit immer kürzer wird (siehe Luhmann 1991: 151). Luhmanns Überlegungen stammen aus der Zeit, in der das Internet erst kurz vor seinem Durchbruch stand und beziehen sich daher ausschließlich auf das Fernsehen. Eisenstadt hingegen versucht das neue Kommunikationsmedium ‚Internet‘ in den Zusammenhang der Protestbewegungen und Revolutionen einzuordnen. Ihm zufolge sind durch das Internet neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mobilisierung, wie etwa die Vernetzung

und Kommunikation durch virtuelle Communities, entstanden (siehe Eisenstadt 2006: 221).

Eisenstadt wie auch Luhmann messen den historischen Gegebenheiten (ausführlich Eisenstadt 2006: 227) bzw. der sozialen und zeitlichen Dimension (Luhmann 1991: 139ff.) nicht nur im Hinblick auf die Themenwahl des Protests eine wichtige Rolle zu, sondern auch im Hinblick auf Wirkung und Ausmaß von Protestbewegung. Während Luhmann die Massenmedien eher als Schaden für die Wirkung von Protestbewegungen betrachtet, beschreibt Eisenstadt jenes Medium als zentralen Faktor zeitgenössischer Revolutionen (Eisenstadt 2006: 227). Beide dieser Erläuterungen geben jedoch nicht wieder, ob und inwiefern sich durch die neuen Kommunikationstechnologien auch die soziale Dynamik von Protestbewegungen verändert hat.

Luhmann stellt dar, inwiefern sich die Form und die Kommunikation von Protestbewegungen aufgrund des Fernsehens verändert haben (Luhmann 1991: 152f.). Beim Internet, welches ein durchaus komplexes und schwer zu analysierendes Kommunikationsmedium darstellt, gibt es jedoch zwei zentrale Punkte, die die Organisation und somit die Selbstreferenz von Protestbewegung im Wesentlichen vom Fernsehen unterscheiden: Die Kommunikation mit der öffentlichen Meinung und die gesellschaftliche Mobilisierung.

Eisenstadt greift in seiner Analyse bereits das Kommunikationsmedium Internet auf und erwähnt die Tendenz der „Entstehung virtueller vernetzter Communities“ (Eisenstadt 2006: 221). Eisenstadt hat in seinem Beispiel bereits aufgezeigt, dass es zu Kristallisierung virtueller Communities kommt. Im Netz wird dadurch eine raumunabhängige Kommunikation ermöglicht, welche jedoch nicht mehr nur einseitig stattfindet, wie dies beim Fernsehen der Fall ist. Durch das Internet ist vielmehr eine interaktive Kommunikation möglich, in dem der Sender einer Protestbewegung selbst entscheiden kann, wie er sich gegenüber der Öffentlichkeit darstellen möchte. Zudem kann der Adressat in virtuellen Communities mit dem Sender, aber auch mit anderen Adressaten kommunizieren und dies auch über weite Entfernungen hinweg. Das bedeutet, dass der Adressat, sprich die öffentliche Meinung, im Internet selbst zum Sender werden kann, was beim Fernsehen damals nicht möglich war.

Durch das Internet können jedoch auch nationale Grenzen überwunden werden und sich

transnationale bzw. globale Protestbewegungen leichter organisieren. Ich verweise hierbei noch einmal exemplarisch auf die Befunde von Jackie Smith, welche die Transnationalisierung von Protestbewegungen illustrieren (Smith 2005: 227-233). Die gesellschaftliche Mobilisierung findet somit auf eine neuen Art und Weise der Kommunikation statt; oft nicht mehr direkt, wie noch vor dem Massenmedium des Fernsehens, aber auch nicht mehr indirekt und einseitig, wie es beim Fernsehen der Fall ist. Durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten können sich Adressaten auf virtueller Ebene zu Gemeinschaften zusammenfinden und werden somit automatisch mobilisiert. Die gesellschaftliche Mobilisierung beginnt daher auf einer anderen Vorstufe, nämlich oft in virtuellen Gemeinschaften und nicht mehr nur in der Öffentlichkeit.

Durch die Kommunikation im Internet ist nicht nur ein Informationsaustausch möglich, sondern ebenfalls eine Abgrenzung der kollektiven Identität. Heutzutage ist das Merkmal der kollektiven Identität nicht mehr „der enge Zusammenhang zwischen der Konstruktion politischer und kultureller Grenzen, ethnischer und nationaler Kollektive“ (Eisenstadt 2006: 159). Der zentrale Gegenstand der Konstitution moderner kollektiver Identitäten ist die „Selbstwahrnehmung“ (Eisenstadt 2006: 160) eines Kollektivs. Kollektive Identitäten, denen oft eine gesellschaftliche Mobilisierung vorausgeht, bilden sich heutzutage, ebenso wie Protestbewegungen, immer mehr in Mischformen. Diese neuen kollektiven Identitäten, die wiederum ein eigenes System bilden, können Anreiz dafür sein, dass sich neue Protestbewegungen bilden, die letztgenanntes System erneut kritisieren.

Resümee und Aussicht

In vorliegender Arbeit wurde der aktuelle Wandel der sozialen Voraussetzungen von Protestbewegungen sowie deren sozialer Dynamik reflektiert. Angelehnt wurde sich hierbei im Wesentlichen an die Definition von Protestbewegungen von Luhmann, sowie die Abgrenzungen von Eisenstadt, die er bei seiner Untersuchung der großen Revolutionen vorgenommen hat. Bei der Analyse der sozialen Voraussetzungen wurde gezeigt, dass die Themen der Protestbewegungen unmittelbar mit den Systemen zusammenhängen, gegen welche protestiert wird. Dementsprechend wurde in

vorliegender Arbeit der Fremdauslöser, also das kritisierte System oder dessen zu kritisierender Zustand, also die soziale Voraussetzung fokussiert und dessen Wandel beschrieben, um somit die Verlagerung der Protestthemen zu erläutern. Dabei wurde zusätzlich auf die funktionale Differenzierung und die daraus resultierenden strukturbedingten Veränderungen der Fremdauslöser eingegangen.

Bei der kritischen Auseinandersetzung der sozialen Dynamik wurde zum einen die Fremdreferenz des Systems ‚Protestbewegung‘ betrachtet, die ebenfalls durch die Veränderungen der Fremdauslöser beschrieben werden kann. Aus makrosoziologischer Perspektive müssen Protestbewegungen zwangsläufig den Systemen, welche sie zu kritisieren beabsichtigen, folgen. So haben sich viele Protestbewegungen in den letzten Jahren von nationaler auf lokale oder globale Ebene verlagert. Zum anderen wurde die Selbstreferenz von Protestbewegungen untersucht: Jene Analyse hat gezeigt, dass sich durch die neuen Kommunikationstechnologien und durch die Wahrnehmung und Darstellung in der Öffentlichkeit die Systembildung verändert hat und dies auch Einfluss auf die Bildung kollektiver Identitäten nehmen kann.

Der wissenschaftlichen Auseinandersetzung lässt sich entnehmen, dass die sozialen Voraussetzungen von Protestbewegungen sowie deren soziale Dynamik, sowohl in Hinblick auf die Fremdreferenz als auch die Selbstreferenz von Systemen, von außen beeinflusst werden. Interessant wären weitere Untersuchungen, inwiefern sich aktuelle Protestbewegungen heutzutage herauskristallisieren, um weitere Erkenntnisse über die Selbstreferenz zu erhalten, aber auch den Trend der Themensetzung zu verfolgen. ■ ■ ■

Literaturverzeichnis

Eisenstadt, Shmuel N. 2006: *Die großen Revolutionen und die Kulturen der Moderne*, Wiesbaden.

Hirschman, Albert O. 1988: *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*, Frankfurt a. M.

Luhmann, Niklas 1991: *Soziologie des Risikos*, Berlin.

O.V. 2011: *Occupy-Bewegung geht erneut auf die Strasse*, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-10/occupy-demonstration-deutschland>; 17.03.2012.

Smith, Jackie 2005: *Globalization and Transnational Social Movement Organizations*. In: Davis, Gerald. F et al. (Hrsg.): *Social Movements and Organization Theory*, Cambridge, 226 – 248.

Impressum

PJS - Passauer Journal für Sozialwissenschaften
Studentische Fachzeitschrift
(Un-)Recht
Heft 2/2013 (Mai), Jahrgang 2
www.pjs-online.de

Herausgeber

Hochschulgruppe PJS – Passauer Journal für
Sozialwissenschaften
c/o Julian Ignatowitsch
Schulstr. 19
86919 Utting am Ammersee
redaktion@pjs-online.de

Redaktion

Stefan Daller
Julian Ignatowitsch (verantwortlich)
Vanessa Jansche
Robin Lucke
Lukas Zech

Design & Layout

Zech Dombrowsky Design, Berlin
Lukas Zech (Layout der Ausgabe)

Die publizierten Artikel stellen die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren, nicht der Redaktion dar. Alle Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Vollständiger oder auszugsweiser Nachdruck oder Online-Publikation nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung durch die PJS-Redaktion.